Proletarier aller Länder vereinigt euch! Proletarier aller Länder und unterdrückte Völker vereinigt euch!

Kommunistische Volkszeitung

Zentralorgan des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Ausgabe Nord

Jg.5, Nr.20
16. Mai 1977

Herausgeber: Zentrales Komitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: H.J.Hager – Erscheint im Verlag Kühl KG Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Mainzer Landstr. 147, 6000 Frankfurt 19 – Gedruckt in Frankfurt

Wochenzeitung 50 Pfg.
P 21060 C

Volksrepublik China: Landeskonferenz zum Lernen von Datjing

Gegenwärtig findet in der Volksrepublik China eine tiefgreifende Revolution an industrieller Front statt. Die Masse der Arbeiter, Bauern, Techniker und Kader entfaltet große Initiativen zur Förderung der Industrieproduktion. Unter Leitung des Vorsitzenden Hua Guo-feng beraten Delegierte auf der gegenwärtig stattfindenden Landeskonferenz zum Lernen von Datjing die Weisung des Vorsitzenden Mao über die richtige Behandlung der Beziehung zwischen der Schwerindustrie auf der einen und der Leichtindustrie und der Landwirtschaft auf der anderen Seite. Vertreter von Kadern, Arbeitern und Technikern aus dem Kohlenrevier Kailuan, die zum Studium nach Datjing gefahren waren, berichten: Indem sie das Gewicht auf die Entwicklung der Landwirtschaft legten, unternahmen sie zugleich große Anstrengungen, um die Leichtindustrie mit Investitionen, Rohstoffen und anderen Materialien zu versorgen. In den Jahren 1965 bis 1976 erhöhten sie so den Gesamtwert der Produktion der Leichtindustrie um das 3,5fache. Im Kreis Dsunhua wurde in den letzten sechs Jahren das Sortiment von Wirtschaftsartikeln für den täglichen Gebrauch von 300 auf über 1 500 vergrößert. Infolge der Entwicklung der Leichtindustrie konnte in den letzten Jahren die Produktion des Kreises verdoppelt werden. Dies fördert die Mechanisierung der Landwirtschaft. Der Kreis verfügt gegenwärtig über 1 700 Traktoren. Die Bewohner von Dsunhua fassen ihre wirtschaftlichen Erfahrungen zusammen: „Durch die Leichtindustrie die Schwerindustrie fördern und durch die Schwerindustrie die Landwirtschaft unterstützen."

Betrug unter Verbrechern

Seit Mittwoch vergangener Woche fin-

Betrug unter Verbrechern

Seit Mittwoch vergangener Woche finden neue SALT-Verhandlungen statt. Die Sozialimperialisten beharren auf ihren alten Vorschlägen. Unter anderem: Jede der beiden Supermächte senkt die Zahl der Atomwaffenträger auf 2 400, wovon 1 320 mit Mehrfachsprengköpfen ausgerüstet sein können. Der Bomber B 1, den die USA neu entwickeln, müsse im „Gegenwert" von drei Raketen mit Mehrfachsprengköpfen gezählt werden. Ihr eigener neuer Atombomber stünde nicht zur Debatte, weil er nicht für Angriffe gegen Ziele in den USA konzipiert sei. Carter hat folgendes Angebot dagegengesetzt: Die Sozialimperialisten reduzieren ihre Raketen stärker als die US-Imperialisten, vernichten die Hälfte ihrer 300 besonders schweren Raketen und schaffen ihre mobilen Abschlußanlagen ab. Als Gegenleistung bietet Carter den „*Verzicht auf den Bau*" einer noch nicht im Einsatz befindlichen „Superrakete MX" an, die schnell verlegt werden kann und große Lasten tragen soll.

Gegenseitige Übertölpelungsversuche zur Erringung einzelner Vorteile in der strategischen Bewaffnung; *Täuschung der Völker der Welt* über die tatsächliche Kriegsvorbereitung und Aufrüstung, das ist alleiniger Zweck dieser Verhandlungen.

Expansionserfolge der Chemiekapitalisten

Während die Chemiekapitalisten in den laufenden Tarifverhandlungen einmal mehr über die viel zu hohen Lohnkosten jammern, sind von der Regierung die Daten über den westdeutschen Kapitalexport für 1976 veröffentlicht worden. Diese regelmäßig veröffentlichten Zahlen sind jährliche Erfolgsbilanzen der imperialistischen Expansion. Absolut führend sind dabei mit inzwischen 8 801,3 Millionen exportiertem Kapital die westdeutschen Chemiemonopolisten. Sie stellen allein 18,7 Prozent des gesamten westdeutschen Kapitalexports. Im letzten Jahr haben sie erneut 786,8 Millionen DM ins Ausland exportiert. Das ist ein Bruchteil der Profite, die sie im letzten Jahr aus den Chemiearbeitern in Westdeutschland herausgepreßt haben. Bei 573 956 Beschäftigten in der Chemieindustrie waren das 114,23 DM pro Beschäftigtem im Monat oder 201,90 DM pro Arbeiter im Monat, die die Chemiekapitalisten exportiert haben, um ihre Ausbeutung rund um die Welt betreiben zu können. Jedes Zurückstecken im Lohnkampf stärkt die Chemiekapitalisten direkt bei diesem Geschäft. In Hessen haben die Chemiekapitalisten mit Hilfe der Sozialdemokratie einen 7-Prozent-Abschluß durchsetzen können. Die Chemiekapitalisten werden sich schon ausgerechnet haben, wieviel zusätzliche Millionen Kapitalexport ihnen das ermöglicht. In Rheinland-Pfalz ist jetzt die Urabstimmung beschlossen worden. Auch dort kann nichts herauskommen, wenn es bei der sozialdemokratischen Forderung bleibt. Also ist es nach wie vor richtig, für die 170 DM als Forderung zu kämpfen.

Die imperialistische „Rentensanierung" hat erst begonnen

Mit Kürzungen der Renten und „Kostendämpfung" im Gesundheitswesen werden Beitragserhöhungen vorbereitet

Donnerstagmorgen im Bundestag zu Bonn: Stolzgeschwellt erstattete Schmidt einen Bericht über die Londoner Gipfelkonferenz, auf der er vor allem durch intimen Umgang mit dem amerikanischen Präsidenten die Weltmachtansprüche der BRD hatte demonstrieren dürfen. „Ein Erfolg der deutschen Außenpolitik", klopfte er sich auf die Schulter. Danach stieg Strauß auf die Rednertribüne und höhnte: Draußen den großen Meister spielen sei einfach, aber „drinnen im Land diese Politik mit allen Konsequenzen durchzusetzen", das sei schwer.

Man kann Schmidt vieles nachsagen, das aber nicht. Unmittelbar im Anschluß an seine Regierungserklärung stand im Bundestag die Beratung und Verabschiedung der von der Regierung vorgelegten Gesetze zur „Rentensanierung" und zur „Kostendämpfung im Gesundheitswesen" an. Die Koppelung war keineswegs zufällig. Denn beide Gesetze dienen der Sicherung der Weltmachtpläne der BRD-Imperialisten im eigenen Land, „mit allen Konsequenzen".

Zähneknirschend sieht sich die Bourgeoisie – nach der Erregung über das „gebrochene Wahlversprechen" – gezwungen, noch einmal eine Rentenerhöhung von 9,9 Prozent herauszurücken. Sie benutzt das, um ihrer tiefen

gezwungen, noch einmal eine Renten-
erhöhung von 9,9 Prozent herauszurücken. Sie benutzt das, um ihrer tiefen

Sorge über die Finanzen der Sozialversicherungen Ausdruck zu geben. Die Sorge ist begründet. Tatsächlich sind die Sozialversicherungen und besonders die Rentenversicherung dabei, den Kapitalisten ihren Dienst als Selbstbedienungsladen und Kapitalquelle zu versagen. Die sinkenden Löhne, die millionenfache Arbeitslosigkeit, die beschleunigte Ruinierung der Arbeitskraft durch die wilde Jagd der Kapitalisten nach Profit, die Folgen des sozialen Elends und der schlechteren Ernährung, die sich vor allem bei den Kindern der Arbeiter in einer dramatischen Verschlechterung des Gesundheitszustandes zeigen, haben tatsächlich dazu geführt, daß die Beanspruchung der Kassen durch die kranken, invaliden oder verrenteten Arbeiter und Lohnabhängigen und ihre Familien zunahm. Für die Bourgeoisie ist das eine „Anspruchsinflation", und die Tatsache, daß in wachsendem Umfang die Überlebenden der imperialistischen Weltkriege Renten beziehen und nicht sogleich sterben, bezeichnet sie als „Überalterung". Dagegen hat die Regierung Schmidt mit ihren Gesetzentwürfen nun ein Dickicht von Paragraphen und Regelungen ausgebrütet, die in ihrer ganzen Gehässigkeit darzustellen wenigstens eine Seite dieser Zeitung in Anspruch nehmen würde. Die schwerwiegendsten Maßnahmen sind:

– Erst in eineinhalb Jahren frühestens wird es eine neue „Anpassung" der Renten geben. Schon jetzt ist festgelegt, daß sie mindestens 1,3 Prozent niedriger als nach der bisherigen Berechnungsmethode sein wird. Das soll so bleiben und heißt „Nettoprinzip". Runde 20 Milliarden sollen so bis 1980 von den Versicherungsbeiträgen der Arbeiter und Angestellten eingetrieben, den Rentnern aber vorenthalten werden.

– Die Ausgleichszahlungen der Rentenversicherungen aufs Konto der Krankenversicherungen sollen von 17 % auf 11 % reduziert werden. Mit den anderen beschlossenen Maßnahmen zur „Kostendämpfung" im Gesundheitswesen zusammengenommen könnte man dies als eine ziemlich direkte Aufforderung besonders an die Verwaltung der Krankenhäuser zur Beseitigung der Rentner mit medizinischen Mitteln verstehen. Jedenfalls soll diese Maßnahme bis 1980 runde 30 Milliarden DM eingebracht haben. Anders als durch Beseitigung der Rentnerpatienten selbst *kann* diese Summe eigentlich nicht aufgebracht werden. „Rentenwegfälle" heißt das in der Sprache der Bourgeoisie.

– Die Maßnahmen zur „Kostendämpfung" im Gesundheitswesen sollen durch polizeimäßige Kontrolle der Ärzte sicherstellen, daß diese eine „wirtschaftliche" Krankenbehandlung betreiben: rasch wieder Gesundschreiben, Verordnung der jeweils billigsten Medikamente, weniger Kuren, keine Sonderleistungen usw. usf.

– Wie gesagt, die Gemeinheiten gehen in die Dutzende. Sie sind aber nur der Beginn. Die CDU/CSU, die mit mehr als 50 Zusatzanträgen die Regierung in puncto „Konsequenz" noch zu übertrumpfen versuchte und nach eigenem Bekunden zu jeder „unpopulären Maßnahme bereit" war, machte mit dem gewöhnlichen blechernen Pathos die Regierung für die „schlechte Lage der Sozialversicherungen verantwortlich" und beschuldigte sie, „die Karten nicht auf den Tisch zu legen". Ihr Sozialexperte Franke, Osnabrück, enthüllte, daß die Regierung sich schon ganz andere Ziele insgeheim gesetzt habe: Sie gehe davon aus, daß bereits 1980 – *nach* allen Maßnahmen zur „Sanierung" und „Kostendämpfung" – *weitere 83 Milliarden DM „fehlen"* würden. Er enthüllte weiter, daß eine Erhöhung der Krankenversicherungsbeiträge schon so gut wie feststehe.

Man versteht, wie es laufen soll: Das systematische Herabdrücken der Renten, die hundert Schikanen zur „Kostendämpfung" im Gesundheitswesen, Verabreichung von Billigmedikamenten (die die Pharmakonzerne jetzt sicher auf den Markt werfen werden), alle diese Maßnahmen werden als Vorwand und Begründung dienen, um mit Hinweis auf schreiendes Elend der

Rentner und schreckliche Mängel in
mit Hinweis auf schreiendes Elend der

Rentner und schreckliche Mängel in der Versorgung der Kranken zuerst die Krankenversicherungsbeiträge und am Ende mit Sicherheit auch die Beiträge zur Rentenversicherung zu erhöhen. Alle Maßnahmen zusammen müßten außer den 50 bis 60 Milliarden, die (nach den jetzt genannten Zahlen) die jetzigen Gesetzesänderungen bringen, und außer den 80 Milliarden, die die Finanzbourgeoisie sich schon für 1980 durch Beitragserhöhung ausrechnet, vor allem auch von jeder Lohnerhöhung, die die Arbeiter sich erkämpfen, eine gewaltige Masse an Geldern in die Schleusen der Versicherungskassen spülen.

Genau solche prall gefüllten Versicherungskassen – angriffslustige Zusatzkapitale, die sie in solcher Größenordnung und so billig auf keine andere Weise bekommen kann – braucht die

Fortsetzung Seite 2



Die Bourgeois jubeln über die Profite, die ihnen in der Automobil-Industrie zufließen.
So beim VW-Konzern. „Wunder von Wolfsburg" verkünden die Börsenblätter. Was hat es mit diesem Wunder auf sich? Die VW-Kapitalisten haben im letzten Jahr nochmal 7 000 Arbeiter auf den Arbeitsmarkt geworfen und die Fließbänder schneller gestellt, so daß trotz Entlassung 200 000 Autos mehr produziert wurden. Der Zweck der kapitalistischen Produktion ist die Erzielung von Höchstprofit für die Kapitalisten. Niemals zuvor hat ein VW-Arbeiter so viele Autos produziert. Doch solange das Privateigentum an den Produktionsmitteln nicht beseitigt ist, bringt jede Ausdehnung der Produktion für die Arbeiter nur Nachteile.

„Innere Führung": Die Soldaten bekämpfen die Kasernenunterdrückung

70 Jahre ist kürzlich Graf Baudissin geworden, der jetzt eine hohe Pension als verdienter Bundeswehrgeneral a.D. verfrißt. Als „Vater der inneren Führung" in der Bundeswehr hat er sich für die Bourgeoisie nützlich gemacht, so daß ihm die Zeitungen längere Würdigungen schreiben. „Staatsbürger in Uniform" war der Schlachtruf des Herrn Grafen, womit die Wiederaufrüstung des BRD-Imperialismus eingenebelt werden sollte, der Widerstand der westdeutschen Arbeiterklasse dagegen zersetzt und in der neu aufgebauten Armee die Rebellion gegen Kasernenunterdrückung abgestumpft werden sollte. Denn die Massen haben bittere Erfahrungen mit der Armee des Hitler-Faschismus und seinen imperialistischen Raubkriegen, so daß die westdeutsche Finanzbourgeoisie die Wiederbewaffnung nur betreiben konnte unter dem Mantel von „Demokratie" und „Friedfertigkeit".

Dazu waren Leute wie Baudissin gut. „Wir meinen, daß Demokratie, moderne Arbeitswelt und soldatisches Handwerk rationales Handeln verlangen, daß der Soldat ... sich ganz von selbst mit seinem Intellekt, Gefühl und Können stellt, zumal, wenn er spürt, daß er nicht als Mittel zu einem bestimmten Zweck, sondern unter Respektierung seiner Würde angesprochen wird." „Der Soldat in unserem technischen Zeitalter soll, nach Baudissin, ein Verteidiger sein, der mitdenkend gehorcht", schreibt die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" über die Vorstellungen Baudissins. Also keine Kasernenunterdrückung mehr, keine Grundausbildung, die den selbständigen Willen der Mannschaften brechen soll, keine kleinliche Schikane und Bestrafung für jede selbständige Rebellion der Soldaten?

Und „mitdenkend gehorchen" soll der Soldat. Da wird die Sache schon deutlicher. Gehorchen soll der Soldat. Das ist in jeder reaktionären Armee so. „Mitdenken" darf er, damit ihm das Gehorchen nicht so schwer fällt. Die „Innere Führung" soll ihm die nötige Begeisterung vermitteln, den Befehlen zu folgen, wenn es mit der Armee gegen die eigenen Klassenbrüder geht oder gegen fremde Völker.

Leber hat 1970 als Verteidigungsminister in einer Fernsehdiskussion im ZDF erklärt: „Im übrigen können Sie über einen Befehl auch diskutieren, nur über den Gehorsam nicht, den sie diesem Befehl schulden. Auch der Inhalt eines Gesetzes, sogar das Grundgesetz selber, darf debattiert werden ... was nicht debattiert werden kann, ist die Frage, ob man dem Grundgesetz Gehorsam schuldet." Befehl und Gehorsam ist das innere Wesen jeder imperialistischen Armee, die die Imperialisten aus dem Volk rekrutieren und gegen das Volk einsetzen. Darin ist die Bundeswehr kein Stück anders. Das ganze Gerede vom „Staatsbürger in Uniform" ist ein Betrug, von der Finanzbourgeoisie inszeniert und von den Sozialdemokraten warm unterstützt zur Verhüllung der wirklichen Absichten des BRD-Imperialismus. Deshalb preist die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" den Herrn Grafen als den „Prototyp des militärischen Führers in unserer Zeit".

Die Wirklichkeit in der Armee ist anders. Wie sollten auch die Soldaten, die sich ihrer Lage und ihrer Interessen bewußt sind als Arbeiter und die in die imperialistische Armee gepreßt wurden, den Befehlen ihrer Ausbeuter und Unterdrücker einfach Gehorsam leisten? Gegen Befehl und Gehorsam, gegen die Kasernenunterdrückung gibt es Rebellion und zunehmend bewußten Kampf: Das Soldaten- und Reservistenkomitee Hamburg berichtet:

„Am 11.5. wurde ein Soldat aus der 2./162 in Hamburg-Wentorf von seinem Kompaniechef vorläufig festgenommen, weil er Unterschriften gegen die Strafverfolgung von drei Soldaten aus Neumünster, die auf der DGB-Demonstration zum 1. Mai von vereinten Polizei- und Feldjägerkräften herausgeknüppelt wurden, und unter die Forderungen nach Lohnfortzahlung für Wehrpflichtige, Verweigerungsrecht für Wehrpflichtige und Kündigungsrecht für Zeitsoldaten gesammelt hatte. Acht Unterschriften standen unter der Resolution, drei davon von Zeitsoldaten auf vier Jahre, eine von einem Zeitsoldaten auf zwei Jahre und die restlichen von W 15. Der Soldat, der die Liste nicht freiwillig aus den Händen gab, wurde zur Durchsuchung zur Wache abgeführt, wobei im Protokoll über die Festnahme steht, daß „unmittelbarer Zwang" durch den Kompaniechef und einen Unteroffizier angewendet werden mußte, weil der Soldat versuchte, die Liste zu essen.

Das wurde leider verhindert. Auf der Wache mußte sich der Soldat bis auf die Unterhose ausziehen, um seine Kleidung nach Beweismaterial zu durchsuchen. Selbst Privatpost wurde ihm dabei abgenommen. Danach sperrte man ihn in eine Arrestzelle.

Zum Mittag des nächsten Tages wurde die vorläufige Festnahme aufgehoben. Alle, die unterschrieben hatten, waren inzwischen vernommen worden. Alle hatten auch jetzt ausgesagt, daß sie die Forderungen richtig finden. Ein Soldat, der nicht unterschrieben hatte, sagte später, daß er diese Forderungen jetzt unterschreiben würde, wenn die Sammlung weiterginge, und andere Soldaten erklärten ebenfalls, daß sie die Forderungen unterstützen. Einige Soldaten der Kompanie wollen jetzt schon mitfahren zu dem Soldaten- und Reservistentag am 28.5. in Hannover.

Nach der Haftentlassung wurde auf

Fortsetzung Seite 2

Die imperialistische „Rentensanierung" hat erst begonnen

Fortsetzung von Seite 1

imperialistische Bourgeoisie zum jetzigen Zeitpunkt, wo die Konkurrenz auf dem Weltmarkt in ein entscheidendes Stadium tritt und – eingeleitet durch die Londoner Gipfelkonferenz – die Neuaufteilung der Welt verhandelt und entschieden wird.

Es eilt den westdeutschen Imperialisten. Der gegebene Sachverhalt ist, daß die westdeutschen Arbeiter aus ihrem Lohn mehr als die Arbeiter irgendeines Landes an Versicherungsbeiträgen abführen müssen. Solange Arbeitskräfte relativ knapp waren, konnten die Arbeiter sich einen Teil des an die Versicherung weggezahlten Lohns durch Lohnsteigerungen wiederholen. Sie konnten die Lohnfortzahlung im Krankheitsfall erkämpfen. Gemessen am Verschleiß ihrer Arbeitskraft durch die intensiven Ausbeutungsmethoden, worin die BRD-Kapitalisten Weltmeister sind, und ihren tatsächlichen Lebensverhältnissen sind die Löhne, die Kranken- und Arbeitslosengelder, die Renten der westdeutschen Arbeiter elend niedrig. Der strotzende Reichtum der Bourgeoisie beweist es.

Aber für die Ziele der imperialistischen Expansion, für die Höchstprofite, die den westdeutschen Finanzbourgeois winken, wenn... – gemessen daran sind die Löhne, Renten, Kranken- und Arbeitslosengelder ein biblischer Luxus.

Die wichtigsten unmittelbaren Konkurrenten der BRD-Imperialisten in Westeuropa, die britischen, französischen und italienischen Finanzbourgeois, behaupten sich in der Konkurrenz durch einfache und brutale Maßnahmen der Senkung eines großen Teils der Arbeiterlöhne weit unter ihren Wert, und dies gerade dadurch, daß sie die eingezahlten Versicherungsbeiträge (bei hoher Ausplünderung durch Steuern) im Verhältnis niedrig, die ausgezahlten Renten, Arbeitslosen- u.a. Unterstützungen aber noch weit niedriger halten und die Kosten zur Versorgung der kranken, invaliden, arbeitslosen und alten Arbeiter zum großen Teil den Arbeiterfamilien aufbürden. Da gibt es Dinge, von denen die westdeutschen Bourgeois nur träumen können: Kranke Arbeiter in Großbritannien, die erst am vierten Tag der Krankheit Geld kriegen, und zwar weniger als 100 DM in der Woche für eine Familie mit zwei Kindern; dazu ein Almosen vom Staat, das sie gerade vorm Verhungern rettet. Zwei Millionen Rentner in Frankreich, die von 12 DM am Tag sich durchschlagen müssen. In Italien Hunderttausende von Arbeitslosen, die die offizielle Statistik einfach verschwinden läßt und die ausschließlich von ihren Familien ernährt werden müssen. In den USA schließlich Sozialversicherungen, die die Bildung eines Reservefonds von 36 Milliarden in den Händen der herrschenden Finanzbourgeoisie erlauben, den Arbeitern und Angestellten aber außer einer minimalen Rente im Alter nichts zahlen. Wer krank ist oder arbeitslos, kann sich privat versichern oder auf der Straße verrecken.

Die Rentenversicherungen müssen wieder Kapitalgeber werden, statt Kapitalnehmer zu bleiben. Das haben Helmut Schmidt und Franz Josef Strauß unisono in ihrer Fernsehdebatte vor den Bundestagswahlen als Programm verkündet. Die Kapitalisten sollen sich aus den Versicherungen finanzieren können, statt daß das Geld für die Versicherungszwecke verschleudert wird. So sehen es die Kapitalisten und ihre Politiker. Daß sie auch so handeln, dafür sorgt die imperialistische Konkurrenz. Großbritannien zum Beispiel hat eine enorme Reserve in der Rentenversicherung. Das wirkt für den BRD-Imperialismus als Stachel. Und ein enormer Rentenversicherungsfonds entsteht nur durch Erhöhung der Versicherungsbeiträge und Verschlechterung der Versicherungsleistungen. Das wissen die BRD-Imperialisten. Das betreiben sie mit System.

Hans Apel, der oberste Beutelschneider des westdeutschen Staatsapparats

Bundesfinanzminister Apel kämpft gegen den „ Lohnsteuerstaat". Der Lump. Er weiß, die Lohnsteuer steigt sowieso. Dank der Reform, die er mit seinen sozialdemokratischen Parteigängern zum Gesetz gemacht hat. Die hübsche Summe von 20,0145 Milliarden Mark hat er im ersten Vierteljahr durch Lohnsteuer eingenommen. Immerhin runde 2,6 Milliarden Mark mehr als Anfang 1976.

Sind vielleicht die Löhne gestiegen und ist deshalb auch die Lohnsteuer gestiegen? Beileibe nicht. Gerade erst hört man von den Rentenversicherungen, daß die Einnahmen viel niedriger als geplant sind, weil die Löhne gesunken sind und die Arbeitslosigkeit zugenommen hat. Weshalb also steigen die Lohnsteuereinnahmen der Finanzbehörde? Sie steigen, weil mit dem inflationierten Lohn der Steuer*satz* steigt. Zahlt man bei 1 500 DM Lohn – angenommen – 14 % Lohnsteuer, so bei 1 600 DM schon 15 %. Dies wird erstens dadurch bewirkt, daß der Tarifsatz auf das zu versteuernde Einkommen zunimmt, zweitens dadurch, daß die Steuerfreibeträge unverändert bleiben und daher ein immer kleinerer Teil des Lohnes von der Anwendung des Steuertarifs ausgespart wird. Diese Freibeträge machen etwa 330 DM höchstens im Monat aus, reichen also kaum hin, die Beiträge zur Sozialversicherung steuerfrei zu halten.

Die Sozial- und Freidemokraten haben vorgesorgt. Ihre Steuerreform wird noch auf Jahre *steigenden* Steuerfluß bringen, ohne daß nur ein Deut am Steuergesetz geändert werden muß. Soll man da nicht als gewiefter Betrüger laut vor dem „Lohnsteuerstaat" warnen, um im Sperrfeuer dieses Rufs an der anderen Schraube der indirekten Steuern auf die Lebensmittel der Mannen zu drehen? Hans Apel denkt sich das so.

Die CDU/CSU-regierten Länder haben im Bundesrat die Mehrwertsteuererhöhung abgelehnt. Prinzipiell sind sie nicht dagegen, haben sie gesagt. Sie wollen nur noch etwas mehr an Steuergeschenken für die Kapitalisten herausholen, als die Bundesregierung schon zusammengestellt hat. Darüber werden sich die bürgerlichen Politiker einig werden. Das viele Gerede, ob Mehrwertsteuererhöhung oder nicht, ist ein sicheres Zeichen, daß sie erhöht wird, sobald die Bourgeois der Meinung sind, sie könnten sie im Handstreich durchsetzen. Dazu soll die Sache solange parlamentarisch zerredet werden, bis die einheitliche Kampflosung der Volksmassen gegen die Mehrwertsteuererhöhung, für Abschaffung aller indirekten Steuern und für 1500 DM Steuerfreibetrag auch zerredet scheint.

Die indirekten Steuern sind für die Bourgeoisie die notwendige Ergänzung zur Lohnsteuer. Denn, wie sonst sollte die Rente besteuert werden, wie sonst sollte das Arbeitslosengeld, die Sozialhilfe, das Wohnungsgeld usw. besteuert werden? Mit der Steuer auf das Brot entgeht keiner der Verbrauchssteuer. Nur der Bourgeois, der seinen Profit in Aktien anlegt, entgeht dieser Steuer.

Apels Anti-Lohnsteuerstaats-Kampagne dient in erster Linie – in der Gewißheit, daß die Lohnsteuer sowieso steigt – der Ablenkung von der Erhöhung der Mehrwertsteuer. Es steckt aber mehr dahinter. Verschiedentlich sinkt schon jetzt nicht nur das Reproduktionsniveau, der Reallohn, sondern der pure Geldlohn. Das soll nach der Absicht der Bourgeoisie das Normale werden. Und in diesem Fall läßt die Progressionswirkung der Lohsteuer nach. Für diese zunehmende Verelendung großer Massen der arbeitenden Klassen soll vorgesorgt werden, auf daß sie der Besteuerung nicht entgehen. Dazu müssen höhere indirekte Steuern her. Für Arbeiter, die von Rente leben, wird so die zusätzliche Füllung der Staatskasse der Imperialistenklasse vorzeitigen Tod bedeuten.

Ohne Einheit in der Gewerkschaft kann der Kampf gegen diese frechen Angriffe der bürgerlichen Politiker nicht erfolgreich geführt werden. Was fordert die sozialdemokratische Gewerkschaftsführung in dieser Situation? Eine Erhöhung des Freibetrags für das Weihnachtsgeld. Er macht bisher 100 DM im Jahr aus. Angesichts der Steuerpläne der Kapitalisten ist dies eine reine Verhöhnung der Arbeiter und Angestellten, die die Gewerkschaft als Kampfinstrument brauchen. Erstens ist das Weihnachtsgeld eines der Mittel, mit denen die Kapitalisten beständig am Lohn drehen, zweitens: wie soll da eine Kampffront zustandekommen, wenn hernach für etwa 8,30 DM im Monat ein Freibetrag gilt. Soviel machen die 100 DM im Monat aus. Solche Forderungen sind schädlich und man muß sie bekämpfen. Dagegen gehen die Forderungen, die der KBW zum Kampf gegen die Steuerausplünderung durch den bürgerlichen Staat vorschlägt, von den Interessen der Arbeiterklasse aus, und sie können die notwendige Einheit herstellen. Keine Mehrwertsteuererhöhung, Abschaffung aller indirekten Steuern, 1 500 DM Steuerfreibetrag! – (Z-Red.)

„Innere Führung": Soldaten bekämpfen Kasernenunterdrückung

Fortsetzung von Seite 1

Anordnung des Truppendienstrichters noch der Spind des Soldaten durchsucht und verschiedene Broschüren beschlagnahmt. Der Freitag begann mit der Ankündigung einer Dienstplanänderung durch Leutnant Fischer, den Kompanie-Chef: Truppeninformation. Hauptpunkt: „Die Unterschriftensammlung und der letzte Artikel über die Kompanie in der ‚Volksmiliz', der Zeitung des SRK."

Gegen die Unterschriftensammlung für diese gerechten und nötigen Forderungen führte er sofort das Soldatengesetz ins Feld. Die politische Betätigung sei verboten und die Unterschriftensammlung sei ein Dienstvergehen. Dann wurde er demagogisch. Die Soldaten wüßten ja gar nicht, was sie da unterschrieben hätten. Eine heiße Debatte folgte.

Die Diskussion ging schließlich über Fragen der Armee hinaus und wurde so heftig, daß der Kp-Chef einem Soldaten das Wort verbot. Er wolle jetzt erst mal was sagen. Er, der sich als Demokrat bezeichnet, und sein Demokratieverständnis wurden ernstlich in Gefahr gebracht, so daß er schließlich den Vorschlag machte, eine Po diumsdiskussion durchzuführen, weil seine Worte bei den Mannschaften überhaupt keinen Widerhall fanden. Wir nehmen diesen Vorschlag gerne an. Als Thema schlagen wir vor: Der Wehrsold ist ein Mittel zur Unterdrückung der Soldaten. Ihre rechtlose Lage ist die Bedingung für ihre Unterdrückung. Sie muß weg! Verweigerungsrecht für Wehrpflichtige, bzw. Kündigungsrecht für Zeitsoldaten! Lohnfortzahlung für Wehrpflichtige!"

„Möglichst viele Türen offenhalten"

Bürgerliche Parteien wollen Verschärfung der Sicherheitsverwahrung / Vorbereitung von Internierungslagern

In gegenseitiger Ergänzung bereiten die bürgerlichen Parteien die Verschärfung der Sicherheitsverwahrung vor. Vogel, CDU, hat mit einem „Entwurf eines Gesetzes zur Bekämpfung des Terrorismus sowie zum Schutz des Inneren Friedens" die Initiative ergriffen:

„Sicherheitsverwahrung auch für erstmalig verurteilte Mitglieder von Terrorgruppen, wenn sie mindestens 3 Jahre Haft erhielten." (Handelsblatt vom 6./7.5.77)

Bruder Vogel von der SPD, im gleichen christlichen Geist erzogen, hatte „sorgfältige Prüfung der Frage" versprochen. Der SPD liegt der „Schutz des Inneren Friedens" nicht minder am Herzen, und entsprechend schnelle Ergebnisse hat die „Prüfung" erbracht. Am 9.5. schlug der hessische Justizminister Günther vor:

„Die zeitliche Begrenzung bei der Sicherheitsverwahrung soll nicht mehr 10 Jahre betragen. Ein Verwahrter soll nach den Vorstellungen von Günther in Zukunft so lange von der Öffentlichkeit ferngehalten werden, wie er von Psychologen und Anstaltsleitern noch als gefährlich eingestuft werden muß." (Die Welt, 10.5.)

„Die Maßregeln der Besserung und Sicherung sind in das deutsche Strafrecht durch das Gewohnheitsverbrecher-Gesetz vom 24.11.33 eingeführt worden." (Kommentar zum Strafgesetzbuch) In riesigen Konzentrationslagern wurden Hunderttausende, Millionen revolutionärer Arbeiter, verschiedenster Gegner des Faschismus, nationale und religiöse Minderheiten „sicherheitsverwahrt", in Zwangsarbeit gepreßt, später in großen Massen umgebracht. Die aus dem Faschismus übernommene gesetzmäßige Grundlage wird heute weiter verschärft.

In dem zitierten Kommentar heißt es zur Sicherheitsverwahrung: „Ihr Zweck ist in erster Linie, die Allgemeinheit vor gefährlichen Hangtätern zu sichern."

Was ist ein „gefährlicher Hangtäter"? Nach bisherigem Recht kann jeder, der mehrere Vorstrafen oder mehrere „Vortaten" zu verzeichnen hat, nach Absitzen seiner Strafe bis zu zehn Jahren „sicherheitsverwahrt" werden. Dann nämlich, wenn

„.... die *Gesamtwürdigung* des Täters und seiner Taten ergibt, daß er infolge seines Hanges zu erheblichen Straftaten, namentlich zu solchen, durch welche die Opfer seelisch und körperlich schwer geschädigt werden oder schwerer wirtschaftlicher Schaden angerichtet wird, für die Allgemeinheit gefährlich ist."(§ 66, 3.1 StGB)

Was ein „Hangtäter" ist, bestimmen die Bourgeois. Sie, deren Existenz auf der Ausbeutung der Lohnarbeiter beruht, „würdigen", wieweit der „Täter" wieder zum willigen Arbeitssklaven zurechtgebogen werden kann:

„Dauerndes Versagen in der Schule, Versagen in der Lehre, äußerlich unbegründeter Berufswechsel ergeben Anhaltspunkte für eine ungünstige Diagnose."

Und:

„Anhaltspunkte ergeben sich weiter aus dem sozialen Verhalten des Täters in der straffreien Zeit... Besonders wichtig ist auch das Verhältnis des Täters zur Arbeit."

Insofern sind die Bourgeois vor der Anwendung dieser Sicherheitsverwahrung auf ihre eigenen Gesellschaftskreise bereits sicher, denn sie haben bloß zur Arbeit anderer ein Verhältnis. Dies ist leicht umrissen. Sie müssen sich die Ergebnisse dieser Arbeit anderer aneignen.

Die Kriminalität ist eine Erscheinung der bürgerlichen Eigentumsverhältnisse. Der Bankeinbrecher stellt bloß die einfache, freilich sympathische Seite des Bankdirektors vor.

Die Verlogenheit der Bourgeois ist ungeheuer. Während ihre Herrschaft Produktionsverhältnisse bedeutet, die den Arbeiter von der Arbeitsmöglichkeit so offensichtlich abtrennen, die ganze Massen zwingen durch die Gewalt des Hungers, sich durch Diebstahl oder auch Prostitution durchs Leben zu schlagen, spielen sich diese üblen Unterdrücker als die Macht, die Ordnung schafft und den „Hangtäter" aus dem Verkehr zieht, auf.

Der Hang des Hangtäters, zu essen, wird sich als unausrottbar erweisen. Ebenso, daß er sich zu diesem profanen Zweck anderer Mittel bedient als des Einbruchs ins Allerheiligste der Bourgeois.

„Wer die (sozialgebundene) Freiheit verbrecherisch mißbraucht und voraussichtlich weiterhin mißbrauchen wird, wird in seiner Menschenwürde nicht verletzt, wenn die Gemeinschaft ihm die Freiheit entzieht."

In Zukunft soll die Mitgliedschaft in einer „kriminellen Vereinigung" ausreichen, um Sicherheitsverwahrung verhängen zu können. Der Nachweis einer kriminellen Vereinigung ist leicht. Sie braucht bloß gegen bestehende Gesetze gerichtet zu sein.

Der Hang der Hangtäter, die in Wahrheit hier ganz allgemein die unterdrückten Volksmassen bedeuten, gegen die Unterdrückung zu kämpfen, wird hier mit der Sicherheitsverwahrung bedroht.

Die Entwicklungsrichtung des imperialistischen Systems wird hier sichtbar. Eine allumfassende Sicherheitsverwahrung zwecks Mehrwertauspressung.

(Z-Red)

Lehrstellensuche

Also, 1974 ging ich mit einem mittelmäßigen Abschlußzeugnis von der Graubündnerschule. Ich habe dann nach einer Lehrstelle gesucht bis zum Sommer 75 – ein Jahr lang.

Ich ging zum Arbeitsamt. Unterstützung bekam ich natürlich keine, Mutter mußte mich weiter finanzieren, das war Scheiße. Ich kann mich nicht mehr an alle Lehrstellen erinnern, es waren jedenfalls noch mehr als mir jetzt einfallen:

1. Hastedter Autoelektrikfirma – die haben einen Mittelschüler genommen.

2. Elektrikerstelle – ich war dort, habe nie mehr was gehört.

3. Elektrofirma in Walle

4. Kohl in Borgfeld, die suchten einen Elektromechaniker oder einen Fernmeldetechnikerlehrling. Für insgesamt 20 DM habe ich dort drei Tage zur Probe gearbeitet: Kabel ziehen, Steckdosen setzen usw. Sie haben dann einen anderen genommen, der hätte einen besseren Durchblick gehabt als ich, meinten sie.

5. In Oyten, auf dem Land, habe ich bei Stock (Elektroladen) auch auf Probe gearbeitet. Vier Tage für null Pfennig. Die Lehrlinge haben mir erzählt, wie es ihnen dort ergeht: Der Chef hat sich ein Haus gebaut und seine Lehrlinge fleißig eingespannt. Sie haben fast alles ersetzt: Maurer, Maler, Automechaniker, den Wagen haben sie geputzt usw., gelernt haben sie nicht viel. Ja, so eine Stelle wollte ich nicht haben und habe abgesagt.

Ich wollte ja Elektriker werden. Das Arbeitsamt hat schließlich versucht, mich zum Maler zu machen, wie kommen die darauf?

Wie gesagt, ich war noch bei mehr Stellen. War ziemlich Scheiße die Zeit. Von zuhause bekam ich 20 DM die Woche, wegen jedem Fatz muß man ankommen. Es gab oft Krach Zuhause, mit den Eltern und Geschwistern, weil ich den ganzen Tag da war und auch wegen dem Geld. Kneipe konnte ich mir nicht leisten, ich hab mich draußen aufgehalten.

Ist schwierig eine Lehrstelle zu finden, überhaupt wenn man so schlechte Zensuren hat wie ich. Ich hatte drei Vierer im Zeugnis. Da sehn die ja als erstes drauf. Können die ja auch bei so vielen Arbeitslosen. Jetzt bin ich Landwirtschaftsgärtner – Hilfsarbeiter – bekomme 1 198,13 DM brutto und 800 DM netto im Monat. Jeden Samstag mache ich 8 bis 10 Überstunden. Dafür kriege ich 8 DM die Stunde. Normaler Lohn ist 6,75 DM die Stunde. Mein Bruder hat auch in der Firma gearbeitet. Er hatte dort an der Sägemaschine einen schweren Unfall, fast hätte man ihm das Bein abnehmen müssen. Die Maschine war nicht in Ordnung. Jetzt haben sie ihn entlassen, weil er ihnen zu langsam ist. – (Stadtteilzelle Osterholz-Tenever)

Die KVZ erscheint

in Zukunft montags

Kommunistische Volkszeitung – Ausgabe Nord – Herausgeber: Zentrales Kommitee des Kommunistischen Bundes Westdeutschland (KBW) – Für die Redaktion verantwortlich: H.J. Hager – Erscheint im Verlag Kühl KG, Verlagsgesellschaft Kommunismus und Klassenkampf, Postfach 190 240, Mainzer Landstraße 147, 6000 Frankfurt 19, Telefon 0611 / 730236 – Gedruckt in Frankfurt – Redaktion: Hindenburgstraße 15, Postfach 3 406, 3000 Hannover, Telefon 0511 / 814045 – Zu bestellen über: Buchvertrieb Hager GmbH, Postfach 190 240, Mainzer Landstraße 15, 6000 Frankfurt 19 – Jahresabonnement incl. Porto: 36 DM – Gesamtauflage der Kommunistischen Volkszeitung Nr. 20/1977: 32 000

Erdgas und Schuldscheine gegen Industrieanlagen

Wachsende Ungleichgewichte im Ost-West-Handel / Neue Formen der „Industriekooperation"

Höchst ungleich stellen sich die Handelsbeziehungen zwischen der Sowjetunion und der Bundesrepublik Deutschland dar. Sie ähneln eher den Beziehungen zwischen imperialistischen Staaten und Ländern der dritten Welt. Die Sowjetunion ist jedoch eine Supermacht, die nach der Weltherrschaft greift. Militärisch sind die Sozialimperialisten gerüstet bis an die Zähne, aber ökonomisch stehen sie schwach da, indem sie z.B. darauf angewiesen sind, Großanlagen und hochentwickelte Maschinenprodukte zu importieren. Um ihre Weltherrschaftspläne zu verwirklichen, kaufen sie diese Anlagen in den westlichen imperialistischen Ländern und betreiben gleichzeitig den Ausverkauf der natürlichen Reichtümer der Sowjetunion. In der nebenstehenden Tabelle haben wir die stoffliche Struktur des Handels zwischen der BRD und der Sowjetunion im Jahre 1976 aufgeführt. Während die BRD fast ausschließlich hochwertige Industriegüter in die Sowjetunion exportiert, exportiert die Sowjetunion hauptsächlich Rohstoffe, Erdgas und Erdöl und Erdölprodukte in Form von Kraftstoffen und Schmieröl. Diese Stoffe machen knapp 60 Prozent des Exports in die BRD aus. Die Sozialimperialisten begründen diese Politik damit, daß „die Aneignung aller Errungenschaften der wissenschaftlich-technischen Revolution durch viele Länder gleichzeitig, die oft großen Kapitalaufwand erfordert und langer Zeit bedarf, ökonomisch unvorteilhaft und praktisch unzweckmäßig" sei. Sie wollen vielmehr sich die fortgeschrittene Technologie in den westlichen imperialistischen Mächten kaufen oder durch Raub aneignen, wobei sie die Mittel dazu den Völkern in ihrem Einflußbereich und dem eigenen Volk abpressen. Dies ist direktes Ergebnis der Tatsache, daß die Revisionisten die sozialistische Sowjetunion in eine sozialimperialistische Macht verwandelt haben. Unter der Diktatur des Proletariats hat die Sowjetunion große Fortschritte im Aufbau der Schwerindustrie gemacht, weil die größte Produktivkraft, die Arbeiterklasse, von den Fesseln der kapitalistischen Produktion befreit war und selber das Ruder führte. Jetzt gilt nicht mehr das Prinzip „Vertrauen auf die eigene Kraft", sondern Einkauf der Industrieanlagen bei den westlichen Imperialisten. Die BRD ist der größte Lieferant von Industrieanlagen in die Sowjetunion, der Export von Maschinen macht fast ein Drittel des Gesamtexports in die Sowjetunion aus, und dabei überwiegt der Anteil von Großmaschinen.

Im „metallurgischen Komplex" in Kursk, einem riesigen Stahlwerk mit weiterverarbeitender Industrie, dessen Gesamtvolumen bis zu 20 Milliarden DM erreichen soll, ist nach Angaben des „Handelsblatts" „praktisch die gesamte Bundesrepublik" beteiligt. Das westdeutsche Vorprojekt, das in bar zu zahlen ist, beträgt 90 Millionen DM. Salzgitter baut ein Pelletierwerk und Korf das dazugehörende Reduktionswerk zur Roheisenherstellung. Später soll das Stahlwerk von Krupp, das Walzwerkkombinat von Demag-Mannesmann und der elektrotechnische und elektronische Teil unter Federführung von Siemens angeschlossen werden. Im letzten Jahr erhielten Mannesmann und AEG einen Großauftrag von 1,5 Milliarden DM für den Bau von 17 Gasturbinenkompressorstationen für die Erdgas-Pipeline von Orenburg nach Chust. Die Sozialimperialisten haben sich in ihrer Profitgier als unfähig erwiesen, diese Industrieanlagen selbständig zu bauen; stattdessen öffnen sie immer mehr das Land den westlichen Imperialisten.

Neue Formen der „Kooperation"

Im Rechenschaftsbericht vor dem ZK hatte Breschnew von „neuen Formen von Außenwirtschaftsbeziehungen, die über den Rahmen des konventionellen Handels hinausgehen", gesprochen. Das Zauberwort ist jetzt gefunden: „Industriekooperation". Es ermöglicht den westlichen Kapitalisten zunehmend, direkt Einfluß auf die Produktion und die Ergebnisse der Produktion in der Sowjetunion zu nehmen, an der Ausbeutung des sowjetischen Proletariats teilzunehmen, wie es andererseits den sowjetischen Kapitalisten ermöglicht, durch gemeinsame Fabriken z.B. in den Ländern der Dritten Welt die Ausplünderung dieser Länder gemeinsam mit den westlichen Imperialisten zu betreiben. „Die westlichen Partner erhalten im Austausch für ihren Beitrag zum Kooperationsprodukt die – wenn auch indirekte – Möglichkeit, die Resultate der Produktion – Roh- und Brennstoffe, Maschinen und Ausrüstungen sowie Arbeitskraftreserven – zu nutzen." (Außenhandel, Nr. 4/1977)

Diese Formen der „Kooperationsproduktion" sind Vorstufen des Übergangs vom Warenexport zum Kapitalexport, den die BRD-Imperialisten schon seit Beginn des Osthandels anstreben. Die höchste Form dieser „Industriekooperation" ist die „Komplexform: gemeinsame Produktion, die die Teilnahme der Partner an allen oder vielen Etappen der Einführung der Technologie voraussetzt – von den Forschungs- und Entwicklungsarbeiten bis zur Verteilung der Resultate der industriellen Anwendung der Technologie gemäß dem Arbeitsaufwand der Partner; gemeinsames Unternehmen, das auf den Prinzipien der gemeinsamen Produktion basiert, aber auch gemeinsame Investitionen der Partner zuläßt", so preisen die Sozialimperialisten in ihrem offiziellen Organ „Außenhandel" diese neue Zusammenarbeit mit den westlichen Imperialisten, wobei der Krach um die Beute schon in der Form dieser „Kooperation" angelegt ist. Für die Sozialimperialisten ist dies auch gleichzeitig eine Möglichkeit, Kapitalexport in die Länder der Dritten Welt zu betreiben. „Die Errichtung von Industrieobjekten in dritten Ländern durch Kooperation gewinnt in den letzten Jahren immer mehr an Bedeutung. 1976 waren schon 7 Prozent sämtlicher Kooperationsabkommen Verträge dieser Variante." Konkret wird in der Zeitschrift „Außenhandel" das „erfolgreiche" Beispiel der Kooperation mit den Anker-Werken (BRD) beschrieben:

„Nach dem erwähnten vierseitigen Abkommen erzeugt jeder Partnerbetrieb (in Ungarn und der CSSR) nach Lizenzen von Anker bestimmte Teile für einzelne Typen von Kassen und liefert sie an die anderen Koproduzenten. (...) Das Basis-Lizenzabkommen sieht die Realisierung der Erzeugnisse der ungarischen und tschechoslowakischen Partner nur auf deren eigenen Märkten vor, während Anker-Werke Kassen auch in andere RGW-Länder liefern. Die westdeutsche Firma kontrolliert indirekt die Tätigkeit ihrer Partner in Ungarn und in der CSSR, indem sie ein bestimmtes System der Numerierung der Teile und Apparate gemäß den für ihre Erzeugung gewährten Lizenzen verwendet. Die Qualitätskontrolle wird von den Forschungszentren der Firma in der BRD und in Österreich vorgenommen. (...) Die Lieferung von Teilen aus den ungarischen und tschechoslowakischen Betrieben in die BRD wird in frei konvertierbarer Währung bezahlt, die danach für die Bezahlung der Lizenzgebühren und Käufe anderer für die Montage der Apparate in den Betrieben benötigter Teile verwendet werden kann." Es ist dies eine verdeckte Form des Kapitalexports über die Form der Lizenz und gibt den westdeutschen Kapitalisten schon die Möglichkeit der direkten Einflußnahme auf die Produktion in den RGW-Staaten.

Der Krach zwischen Schuldner und Gläubiger ist unvermeidlich

Im Handel zwischen der BRD und der Sowjetunion tritt die Sowjetunion als Schuldner und die BRD als Gläubiger auf. Teilweise bezahlt die Sowjetunion die Waren direkt mit Gegenleistungen, so beim großen Röhrenkauf bei Mannesmann mit der Verpflichtung zur Lieferung von Erdgas, und teilweise zahlt sie überhaupt nicht, sondern läßt anschreiben. Auf 18,9 Milliarden DM sind die Kredite westdeutscher Banken und Industriekapitalisten schon gegenüber den RGW-Staaten angewachsen, wobei der Hauptteil davon auf die Sowjetunion entfällt. Die Bundesregierung übernimmt die Versicherung der Risiken dieser Kredite. Sie beteuert: „Alle osteuropäischen Länder haben ihre Kredite bisher stets zurückgezahlt", aber die Schuldenlast ist inzwischen schon viel zu groß, als daß die Sowjetunion sie zurückzahlen könnte. Die Gesamtschulden einschließlich der Verpflichtungen aus den Warenlieferungen sollen sich auf über 150 Milliarden DM belaufen. Die westdeutschen Imperialisten versuchen mit dem Schuldenberg als Druckmittel in die Staaten des RGW einzudringen, wobei ihnen die neuen Formen der „Industriekooperation" ein willkommener Anlaß sind. Umgekehrt nutzen die Sozialimperialisten die von den Krediten gekauften Industrieanlagen zur Aufrüstung ihres Staates, um dem Gläubiger an die Gurgel zu gehen und den Schuldenberg mit einem Schlag wegzuräumen. Sicher ist nur, daß dieser Widerspruch nur gewaltsam lösbar ist und daß es für die internationale Arbeiterklasse darauf ankommt, dem zuvorzukommen, indem sie jeweils die eigene Ausbeuterklasse stürzt – (Z-Red.).

Struktur des Handels zwischen der BRD und der Sowjetunion

Ausfuhr in die Sowjetunion

Ware	Mill. DM	Prozent der Gesamtausfuhr
Fertigwaren	**6 531**	**96,7**
Sonstige Maschinen	978	14,5
Werkzeugmaschinen	962	14,3
Sonstige Eisenwaren	832	12,3
Blech aus Eisen	629	9,3
Kraftfahrzeuge	621	9,2
Elektrotechnische Erzeugnisse	289	4,3
Stab- und Formeisen	265	3,9
Stahlröhren	218	3,2
Sonst. chemische Vorerzeugnisse	202	3,0
Halbwaren	**124**	**1,8**
Synthetische Fäden	45	0,65
Ernährungswirtschaft	**67**	**1,0**
Malz	40	0,6

Einfuhr aus der Sowjetunion

Ware	Mill. DM	Prozent der Gesamteinfuhr
Halbwaren	**2 298**	**52,7**
Kraftstoffe, Schmieröl, Erdgas	1 762	40,4
Bau-, Nutz- und Schnittholz	182	4,2
Kupfer roh	78	1,8
Rohstoffe	**1 213**	**27,8**
Erdöl	749	17,2
Baumwolle	155	3,6
Rohphosphate	81	1,9
Felle zu Pelzwerken	79	1,8
Chromerze	54	1,2
Fertigwaren	**625**	**14,3**
Chemische Vorerzeugnisse	214	4,9
Wasserfahrzeuge	76	1,8

Quelle: DIW, Wochenberichte, Nr. 12/1977

Neue Verbrechen geplant

Die US-Imperialisten weigern sich, Reparationen an Vietnam zu zahlen

Seit zwei Wochen finden in Paris Verhandlungen zwischen der Sozialistischen Republik Vietnam und den USA über die Aufnahme diplomatischer Beziehungen statt. Die US-Imperialisten haben bisher auch den UNO-Beitritt Vietnams durch ihr Veto im Sicherheitsrat blockiert.

Hauptpunkt der Verhandlungen ist die Zahlung von Reparationen durch die US-Imperialisten. „Die Normalisierung der Beziehungen zwischen den beiden Ländern kann nicht erreicht werden, wenn die Vereinigten Staaten ihre Verpflichtungen und Verantwortungen nicht akzeptieren und ihre feindliche Politik gegenüber Vietnam aufgeben", hieß es in Nahn Dan, dem Organ der vietnamesischen Kommunistischen Partei. Die US-Imperialisten sollen zahlen für die Kriegsschäden, die sie durch ihre imperialistische Aggression gegen das Volk von Vietnam verursacht haben. Inzwischen berichtet die Presse, daß die US-Imperialisten 1973 die Reparationszahlungen selbst anerkennen mußten. Der damalige Präsident Nixon erklärte in einem Brief, die USA würden 3,25 Milliarden Dollar innerhalb von 5 Jahren zahlen.

Das vietnamesische Volk weiß, daß dies Geld nicht den Wiederaufbau seines Landes nach den Zerstörungen durch die Imperialisten bewirken kann. Den bewirken und haben bewirkt die Arbeiter und Bauern Vietnams. Das Geld, das die US-Imperialisten zahlen müssen, kann dabei von Nutzen sein. Entscheidend aber ist, daß die Reparationszahlungen klar und deutlich die Tatsache belegen, daß der US-Imperialismus das vietnamesische Volk überfallen hat und von diesem besiegt worden ist. Reparationen , das sei Eingeständnis von Schuld, schreibt die „Washington Post".

Das vietnamesische Volk hat dem US-Imperialismus eine schwere Niederlage beigebracht und einen bedeutenden Sieg für die proletarische Weltrevolution errungen. Mit einfachsten Waffen, geleitet von seinem revolutionären Willen und Zusammenschluß, gestützt auf eine rasche fortschrittliche Entwicklung der kollektiven Produktion, vor allem in der Landwirtschaft, konnte das vietnamesische Volk die tausendfach besser bewaffnete Supermacht schlagen. Die US-Imperialisten wollten mit Bombardierungen, Giftgasen, Entlaubungen und Zwangsumsiedlungen in KZ-Dörfer die politische Macht und damit die Aufrechterhaltung der imperialistischen Ausbeutung des Landes und der umliegenden Länder Indochinas sichern. Beides, sowohl die Niederlage wie auch der imperialistische, ungerechte Zweck des Krieges, wird anerkannt durch die Reparationszahlungen.

Am Montag vergangener Woche hat das US-Repräsentantenhaus beschlossen, daß keinerlei Geld aus dem Staatshaushalt für Zahlungen an Vietnam verwendet werden dürfe. Dazu haben die US-Imperialisten zwei Hauptgründe:

Erstens: Die US-Imperialisten fürchten mit Recht ideologischen Schaden für ihre Herrschaft davon, und zwar ideologischen Schaden in zweierlei Hinsicht. Erstens wird eine solche Zahlung die Zersetzung der Armee und die ideologische Lösung der Volksmassen in den USA von der Herrschaft des Finanzkapitals beschleunigen. Die US-Imperialisten haben die Mär von der „kommunistischen Aggression", gegen die man „geholfen" habe, streng durchgehalten. Sie behandeln Tausende von Soldaten, die sich nicht für das Geschäft der Imperialisten hergeben wollten und desertierten, immer noch als Straftäter. Wenn jetzt Reparationen gezahlt würden, wäre öffentlich und offiziell der Zweck des Krieges und der Krieg von den Imperialisten als ungerecht zugegeben. Großen ideologischen Einfluß hat das auf die imperialistische Armee. Wie leicht kommt man in einem neuen Krieg auf ähnliche Ideen! Und dies in einer Lage, wo die US-Imperialisten chauvinistisch die Massen zu gewinnen suchen für die Konkurrenzschlachten gegen die konkurrierende Supermacht und gewinnen wollen für den Krieg.

Die zweite ideologische Wirkung hat eine Reparationszahlung *international.* Carters „Menschenrechtskampagne" hat den US-Imperialisten vorübergehend einigen ideologischen Boden wiedergebracht. Das erneute und offene Eingeständnis der imperialistischen Aggression und der Niederlage gegen Vietnam würde diesen ideologischen Bodengewinn gefährden.

Zweitens. Dazu kommt, daß die US-Imperialisten das Geld lieber profitabel anlegen wollen. Reparationen haben im allgemeinen die Eigenschaft, unprofitabel zu sein. Damit sind die Imperialisten nicht einverstanden und wollen mit Vietnam lieber ein Abkommen über „Wiederaufbauhilfe", „Kapitalabkommen" usw. schließen, um so ökonomisch den Fuß wieder in die Tür zu bekommen. Die „Washington Post" sagt das so: „Vietnams verzweifeltes Bedürfnis nach Zugang zur internationalen Wirtschaft, um im Wiederaufbau voranzukommen, garantiert Washington den Hebel dafür, daß die Beziehungen auf einer fairen Grundlage wieder hergestellt werden." Das sind die Träume der US-Imperialisten: Vietnam locken und erpressen zu können mit dem Geld, um auf „fairer Grundlage", das heißt ohne Reparationszahlungen, aber mit imperialistischer Einflußnahme, wieder Profite zu machen.

Begründet wird die Ablehnung der Zahlung, wie sie zugesichert war, von den US-Imperialisten mit dem „Bruch des Waffenstillstandsabkommens" durch „die andere Seite". Nordvietnam habe Südvietnam besetzt, das sei der eine Bruch, weiter seien nicht alle Namen der Kriegsgefangenen mitgeteilt worden, das sei der zweite Bruch des Pariser Vietnam-Abkommens. Die Frechheit der Imperialisten ist bedeutend. Nicht eine Invasionsarmee, sondern das vietnamesische Volk im Volkskrieg hat sie hinausgeworfen. Das haben sie selbst erfahren müssen, denn weil es ein Volkskrieg war, haben die vietnamesischen Arbeiter und Bauern gewonnen gegen die Imperialisten. Danach reden sie dann von einer Invasion, wenn das vietnamesische Volk die imperialistische Spaltung des Landes nicht akzeptiert, gemeinsam den Feind bekämpft und nach dem Sieg die Spaltung des Landes überwindet. Zu der Begründung, die Namen der Gefangenen seien nicht bekanntgemacht worden (mit dieser Begründung wurde auch die UNO-Aufnahme von den US-Imperialisten abgelehnt), enthüllt die „Washington Post": „Es ist nahezu gewiß, daß keine Person, die als MIA („in der Aktion verlorengegangen", Red.) betrachtet wird, noch am Leben ist. *Aber die Forderung nach mehr Information muß weiter erhoben werden.*" Als Täuschungs- und Druckmittel, zu welchem Zweck sonst.



Den US-Imperialisten, die gegen Vietnam die schwersten Bombardements der Geschichte entfesselten, wurde vom vietnamesischen Volk eine der schwersten militärischen Niederlagen beigebracht. Tausende und Abertausende ihrer hochgezüchteten Mordgeräte wurden abgeschossen.

Die US-Imperialisten wollen weismachen, Carter sei „personell unbelastet" durch den Vietnamkrieg, und nun könne ein „neuer Anfang" gemacht werden. Richtig ist, daß Carter nicht im ersten Glied stand während des Vietnamkriegs. Ebenso richtig ist auch, daß er als Gouverneur von Georgia einer der größten Kriegshetzer war und zum Beispiel zur Rechtfertigung des My Lai-Massakers und zur Freilassung von Calley einen bundesstaatlichen Aktionstag organisierte. Der richtige Mann für „neue" imperialistische Anfänge!

Das vietnamesische Volk hat über 30 Jahre den bewaffnetnen Kampf gegen die imperialistische Aggression geführt. Die Hoffnung der US-Imperialisten, einem „verzweifelten Bedürfnis" nach „Zugang zur internationalen Wirtschaft" durch „Hilfe", sie meinen erneute imperialistische Infiltration, nachkommen zu können, ist auf Sand gebaut. Es gibt diese Verzweiflung nicht. Die Massen machen die Geschichte. Die Nachrichtenagentur Hsinhua meldet am 30. April, daß die Arbeiter der Nguyen Eisen- und Stahlgesellschaft ihre Pläne um 26 bis 68 Prozent übererfüllt haben. Viele Fabriken bauen mehr Produkte zur Entwicklung der Landwirtschaft. Mehr als 1 000 Pumpen wurden seit Beginn des Jahres produziert. Im ganzen Land ist eine Bewegung zur Einsparung von Rohmaterial im Gang.

Man darf die Gefährlichkeit der Manöver des US-Imperialismus nicht unterschätzen. Er ist ein gerissener Feind der Völker. Das vietnamesische Volk hat lange Erfahrung mit ihm. Durch den Aufbau, den die Massen, betreiben, geben sie den Erpressungs- und Verwischungsversuchen die richtige Antwort. – (Z-Red)

Professor Altvaters Hymne an den „Eurokommunismus"



Eurokommunisten beratschlagen . . .

Eurokommunisten beratschlagen . . .

. . . über „Ausräucherung der Höhlen"

Donnerstag, 12. Mai. In Paris verkündet der Politbüromitglied der revisionistischen KPF Kanapa die Atomrüstung der französischen Imperialisten zur „einzig reellen Abschreckung gegen jede Aggression von außen". Ein neuer Tupfer für den „Sozialismus in den Farben Frankreichs". In Rom toben zur gleichen Zeit Straßenkämpfe. Sieben Stunden lang setzen sich Demonstranten, die den Jahrestag des erfolgreichen Referendums für das Scheidungsrecht feiern wollten, gegen die Polizei zur Wehr, die auf Anweisung der Regierung mit Schußwaffen vorgeht. Eine junge Frau wird erschossen. Die revisionistische KPI, die gegen die Regierung Andreotti noch nie stimmen wollte, schickt sich nach zwei toten Demonstranten in wenigen Wochen an, in die Regierungsmehrheit einzutreten. Der „historische Kompromiß" ist fast erreicht.

Ein Tag Praxis des „Eurokommunismus". Ein Tag voller „Momente der sozialen Emanzipation der Arbeiterklasse"? Solch lyrische Worte hat der Professor Dr. Elmar Altvater kürzlich in einem Aufsatz in der Zeitschrift „Probleme des Klassenkampfes" (Nr. 26), den er gemeinsam mit einer Renate Genth verfaßt hat, über die „Reformen" der italienischen Revisionisten gefunden. Bestimmten „Linken" gilt die Zeitschrift „Probleme des Klassenkampfes", Altvaters Hausorgan, als der Gipfel an „Marxismus" auf dem westdeutschen und Westberliner Markt. Um die Verballhornung des Marxismus hat er sich schon in den sechziger Jahren solche Verdienste erworben, daß ihn die Bourgeoisie 1970 zum Professor am Otto-Suhr-Institut an der Freien Universität in Westberlin gemacht hat. Seitdem hat er sich redlich bemüht, die Studentenbewegung dort auf den Hund zu bringen, mit solchen Erfolgen, daß ihn das „Sozialistische Büro" in seine Leitung gewählt hat, von wo aus dieser sozialistische Bürokrat jetzt die Gründung einer linkssozialdemokratischen Partei vorbereitet.

Dieser Altvater also hat sich jüngst in der „Probleme des Klassenkampfes" über „Politische Konzeptionen und Schwierigkeiten der KPI in der Krise – ein Aufriß von Problemen einer Strategie der Arbeiterbewegung" ausgelassen. Allem Anschein nach handelt es sich um ein epochemachendes Werk. Die „entscheidende Aufgabe der Arbeiterbewegung" ist endlich gefunden, nicht nur hierzulande, sondern gleich „überall in Westeuropa". Daraus „ergeben sich" „auch" „die gemeinsamen Bezugspunkte einer ‚Strategie der Arbeiterbewegung in Westeuropa' ".

Dieses Ei des Kolumbus, aus dem alles weitere „sich ergibt", ist – „aus der Abwehr der Krisenfolgen heraus positive Formen gesellschaftlicher Machtentfaltung zu entwickeln". Was ist das? Altvater läßt uns nicht warten auf die „Hauptthese": „Die Krise enthält ja nicht nur die Möglichkeit einer unter Umständen verzweifelten Niederlage der Arbeiterbewegung und der demokratischen Massenbewegung wie in Deutschland nach der Weltwirtschaftskrise 1933 oder wie in Chile 1973, sondern auch die Chance für die Durchsetzung alternativer Vergesellschaftungsformen im Interesse der Arbeiterklasse."

„Alternative Vergesellschaftungsformen" – wir sind nicht klüger. Wir suchen über 30 Seiten lang, was das ist – vergeblich. Das Editorial endlich hilft weiter. Der Aufsatz sei „in Thesenform gehalten". So kommt es also, daß über den Inhalt der „Hauptthese" dem Leser Rätsel aufgebürdet werden. Wir versuchen das Rätsel zu lösen. Was soll hier alternativ vergesellschaftet werden? Sollte von Arbeit die Rede sein? Im Kapitalismus, wo die Arbeiter für den Profit der Kapitalisten schaffen müssen, stellt sich der gesellschaftlich nützliche Charakter ihrer Arbeiten erst im Nachhinein, auf dem Warenmarkt heraus. Sollte gemeint sein, daß die Arbeiter die Kapitalisten von den Produktionsmitteln enteignen und nach einem einheitlichen gesellschaftlichen Plan selbst die Produktion organisieren? Aber eine so weitreichende „Chance" hat der Professor nicht im Auge gehabt, es wären ja auch nicht seine. Gemeint sind die Reformen, die die „Eurokommunisten" ankündigen, und die können gar nicht laut genug betonen, mit der Aufhebung des Privateigentums hätten sie nichts im Sinn. Wir sind so klug wie vorher.

Vielleicht hilft, wenn wir schon nicht wissen, wo die Reise hingehen soll, die Analyse der Lage weiter. Hier bei der Untersuchung der Ursachen der Krise, hält der Herr „marxistische" Politökonom eine Überraschung bereit. Schuld an der tiefen Krise des italienischen Kapitalismus sind – die Löhne. Wahrscheinlich ist das auch „überall in Westeuropa" so. Wer's nicht glaubt, soll nachlesen: Da der italienische Kapitalismus „nur aufgrund von im internationalen Vergleich niedrigen Löhnen konkurrenzfähig ist, bringen ihn Lohnsteigerungen sofort in schwere Krisen."

Originell ist das nicht gerade. Welche imperialistische Bourgeoisie posaunt nicht hinaus: Gerade bei uns sind die Löhne viel zu hoch. Wie das Wunder zustandekommt, daß alle imperialistischen Länder zugleich in der Krise stecken, weil die Löhne „im internationalen Vergleich" zu hoch seien, dies werden die Herren bürgerlichen Ökonomen unter Einschluß des Professor Altvater wohl nicht mehr beantworten, bevor sie allesamt von der siegreichen Arbeiterklasse produktiver Arbeit zugeführt werden.

Entsprechend sind die Rezepte, die Altvater und die „Eurokommunisten" gegen die Krise verordnen. Die „Gewerkschaften und die Arbeiterparteien" müßten auch „politische Konzeptionen entwickeln, wie denn auf anderem Wege als durch *bloße* Lohnkostensenkung die Krise überwunden werden kann". „Lohnkostensenkung" muß sein, nur nicht „bloß". Jetzt wird der Nebel der „alternativen Vergesellschaftung" gebraucht, oder das „neue Entwicklungsmodell", wie er italienisch heißt. Wie die „bloße Lohnkostensenkung" vernebelt werden kann, darin liegen die „eigentlichen Schwierigkeiten", freilich der Bourgeoisie und nicht „einer jeden Strategie der Arbeiterbewegung".

Dieser Nebel, der auf den Magen geht, zerreißt leicht. Damit er wirkt, muß er *Spaltung* bewirken. Darauf richten die Eurokommunisten ihr ganzes Handeln aus, und nur soweit sie solche Spaltung in der Arbeiter- und Volksbewegung tatsächlich bewirken können, sind sie was wert für die imperialistische Bourgeoisie. Ein Beispiel dafür hat das KPI-Leitungsmitglied Amendola schon in einer Wahlkampfbroschüre gegeben. Im Interesse einer „höheren öffentlichen Moral, die an die erste Stelle die Interessen der Gemeinschaft stellt", wird verkündet: „Wenn es auch unzureichende Löhne und Gehälter gibt, so gibt es auch andere, die zunächst auf dem gegenwärtigen Niveau bleiben können." Wo ist die Grenze? Bei 250 000 Lire, so daß die meisten Industriearbeiter so eben darüber liegen und große Teile der niedrig bezahlten Lohnabhängigen in den öffentlichen Diensten darunter.

Altvater hält weitere Vorschläge bereit. Die Differenz zwischen dem eigentlich ausbezahlten Lohn und den gesamten „Arbeitskosten" in Italien ist hoch, stellt er fest. Das ist wahr, denn in der Kunst der Steuerplünderung hatten die italienischen herrschenden Klassen noch nie den „internationalen Vergleich" zu fürchten. Aber darum geht es nicht. Die italienischen Arbeiter haben in langen Kämpfen durchgesetzt, daß der größte Teil der Beiträge zu den Sozialversicherungen von den Kapitalisten bezahlt werden muß. Dagegen haben die historischen Kompromißler als nächstes beschlossen, daß die „Soziallasten" vom Staat übernommen und durch höhere Steuern und Tarife bei den arbeitenden Massen wieder eingetrieben werden sollen. Das ist auch eine Methode der Senkung der „Personalkosten . . . ohne daß die Löhne gesenkt zu werden brauchen".

Unter der schönen Überschrift „Die Abwehr der Politik der Lohnsenkung" weist der Ökonom darauf hin, daß der Preis der Arbeitskraft auch durch Verausgabung von mehr Arbeit in gleicher Zeit unter ihren Wert gesenkt werden kann. Hier besteht „angesichts des im westeuropäischen Vergleich niedrigen Produktivitätsniveaus der italienischen Wirtschaft" „tatsächlich ein Spielraum".

Altvaters „alternative Vergesellschaftungsformen" entpuppen sich als „Vergesellschaftung" von Teilen des Bruttolohns durch wachsende Steuerplünderung und Verkürzung der Lebenszeit der Arbeiter durch Intensivierung der Arbeit. Daß am Ende vom Lied die Steuererhöhung kommt, hätte man sich wirklich denken können bei einem, der davon lebt und gleich anhebt zum Hohelied vom „reformistischen Block", in dem der Arbeiterklasse die „Hegemonie" angedreht werden soll.

Mit den Reformen sollen „die Voraussetzungen für einen neuen Aufschwung der Kapitalakkumulation zu schaffen versucht werden". Diese Voraussetzungen sind Vernichtung von menschlichen und sachlichen Produktivkräften im Massenumfang, Steigerung der Ausbeutung zur Hebung des Profits. Und „dies" soll nach Altvater die Voraussetzung sein „für ein gemeinsames Interesse von Arbeiterklasse, Mittelschichten und Teilen des Kapitals an Reformen des Systems, also für die Möglichkeit der Errichtung eines relativ breiten ‚reformistischen Blocks' ". „Voraussetzung" für den Block soll also sein, daß die Arbeiterklasse ihre eigenen Interessen den Interessen der Bourgeoisie unterwirft. Natürlich alles im „gemeinsamen Interesse".

Die „Eurokommunisten" bieten ihren jeweiligen imperialistischen Bourgeoisien ein Tauschgeschäft an. Wir bieten Unterdrückung und Spaltung der Arbeiterklasse, wir verlangen Beteiligung an der Führung des Staatsapparats und der Aufteilung des Mehrwerts. Die italienischen und französischen Revisionisten *können* dieses Geschäft anbieten, weil sie die elementaren Massenorganisationen der Arbeiter beherrschen und die Bourgeoisie in der Verfolgung ihrer imperialistischen Pläne auf Spaltung der Arbeiterorganisationen angewiesen ist, um die Klasse niederdrücken zu können. Altvater hat solches nicht zu bieten, mag er auch die „Hegemonie" der Arbeiterklasse über das Otto-Suhr-Institut in seiner Person verkörpert verkünden.

In Italien soll das Geschäft jetzt perfekt gemacht werden. Voraussetzung war, daß die Revisionisten ihre Bereitschaft zur gewaltsamen Unterdrückung der Volksbewegung erklären und unter Beweis stellen. Mit *nur* spalten gibts keine Ministersessel im Imperialismus, dafür ist der Klassengegensatz zu weit herangereift. In wilden Reaktionen, die die italienische Bourgeoisie gegen die revolutionäre Bewegung unter der Jugend und den Studenten entwickelt, haben sich die Revisionisten hervorgetan, indem sie als erste nach „Ausräucherung der Höhlen" zur Wiederherstellung der „Ordnung" geschrieen haben. Es sollte also Blut fließen. Die Schwäche der imperialistischen Bourgeoisie und ihre Fäulnis hat sich von Anfang an darin ausgedrückt, daß sie nur im direkten Bündnis mit Agrariern und Mafiosi die Macht halten konnte. Milliarden versickern in solchen Kanälen und sind für die zielstrebige Vorbereitung der imperialistischen Expansion verloren. Der „historische Kompromiß" der Christdemokraten, der Hauptträger der Klientelwirtschaft und der Mafia, mit den Revisionisten ist das offizielle Eingeständnis, daß die Bourgeiosherrschaft gegen die Arbeiterklasse nicht anders als durch das Bündnis ausnahmslos aller Bourgeois aufrechterhalten werden kann. Da nützt es nichts, wenn der Prof. Altvater auf einen stromlinienförmigen Staatsapparat durch „Staatsreform" hofft.

Zielstrebig betreiben die Eurokommunisten die Vorbereitung des imperialistischen Krieges und die Stärkung der Ausgangsbedingungen dazu in der imperialistischen Konkurrenz. Eine „Achse Paris – Rom" wollen Marchais und Berlinguer zusammenzimmern gegen die BRD-Imperialisten, und die französische Atomstreitmacht soll dem ganzen das nötige militärische Gewicht geben. Die ökonomischen Bedingungen sollen durch Verschärfung der Ausbeutung der eigenen Arbeiterklasse geschaffen werden. Altvater: „. . . auf kapitalistischer Grundlage (gibt es) bei starker Verflechtung in den kapitalistischen Weltmarkt keine andere Lösung des Problems." Der Drohung folgt die Versprechung auf dem Fuß: „. . .Da-

Versprechung auf dem Fuß: „. . .Da-

her kommt es ja auch wesentlich darauf an, die strukturellen Bedingungen durch Reformen so zu ändern, daß mittelfristig dieser Sachzwang aufgehoben wird." Es ist die altbekannte sozialchauvinistische Leier. Heute den Gürtel enger schnallen und für die glorreichen Zeiten schuften, in denen auch für die Arbeiterklasse was abfällt. Was abfällt, ist dann der Krieg. Schon 1974 hat Berlinguer vor dem KPI-ZK das Programm fast Carter-reif formuliert:

„Ein harter Einsatz heißt, daß man mehr produzieren muß, nicht verschwenden, sondern sparen und jede Hilfsquelle gut ausschöpfen, die Industrie erneuern und die Wirtschafts- und Verwaltungsaktivität nach Kriterien der Effektivität und Strenge reorganisieren. Dieser Einsatz ist auf eine gemeinsame Zielsetzung gerichtet, die die Rettung, das Wiederaufblühen und den Fortschritt des Landes verwirklichen soll." Die italienischen und französischen Imperialisten gehen daran, sich auf „eurokommunistisch" kriegsfähig zu machen, nachdem die vorige Garnitur an politischem Personal, weil in den Klassenkämpfen verbraucht, es allein nicht mehr bringt.

Die sozialistischen Bürokraten sollen „am linken Rand des Parteienspektrums" die Massenbewegung in Westdeutschland von den Revolutionären fernhalten. Der Biermann schreibt die Melodie, Altvater und Benneter sollen den Text dichten. Diese Klassenversöhnler liefern schon Kostproben: „. . . muß die Arbeiterklasse einen Lernprozeß durchmachen, der sie in die Lage versetzt, der Protagonist der allgemeinen Interessen der Gesellschaft zu werden, um die kapitalistische Krise zu lösen, *ohne* die ganze Macht in der Gesellschaft übernehmen zu *können*." Altvater fürchtet, daß sie schließlich gar doch *können* wird: „Die Zeit für diesen Lernprozeß wird durch die Verschärfung der Krise allerdings sehr stark komprimiert, so daß sich der Aktionsraum zusehends zu einer Gratwanderung verschmälert." Der Absturz hat schon begonnen, bevor sich Altvater so richtig in die Höhen des „Eurokommunismus" emporgeschwungen hat. Die Erfahrungen, die die Abteilungen der Weltarmee des Proletariats in Frankreich, Italien und Spanien zur Zeit machen müssen, kommen ihren westdeutschen Klassenbrüdern zunutze. Aus Altvaters hochdotierten Träumen wird nichts werden. – (N-Red.)

VW Wolfsburg

Manöver der Sozialdemokratie gegen die Forderung nach 7-Stundentag bei vollem Lohnausgleich

Wolfsburg. Kurz vor dem 1. Mai hat eine Ortsteilversammlung des Wohnbezirks Wolfsburg der IGM folgenden Antrag an die Vertreterversammlung der Verwaltungsstelle Wolfsburg/Gifhorn beschlossen: „Die Ortsteilversammlung Detmerode/Westhagen fordert die Vertreterversammlung der Verwaltungsstelle Wolfsburg/Gifhorn auf, auf dem 12. ordentlichen Gewerkschaftstag der IGM zu beantragen: Der 12. ordentliche Gewerkschaftstag erhebt die Forderungen 7-Stundentag, 35-Stundenwoche an 5 Wochentagen, tariflich abgesicherter Lohnausgleich. Er fordert den Hauptvorstand auf, die Kraft der ganzen Organisation für die Durchsetzung der Forderungen auf allen Ebenen des gewerkschaftlichen Kampfes einzusetzen." Neben dem IGM-Bevollmächtigten Kaufmann und dem stellvertretenden Betriebsratsvorsitzenden waren auf dieser Mitgliederversammlung ausschließlich Arbeiter und Angestellte aus dem Volkswagenwerk anwesend.

Es gab Auseinandersetzungen mit den Spitzensozialdemokraten. Der Stellvertretende Betriebsratsvorsitzende von VW, Blank, hielt direkt nach dem Antrag eine Rede gegen den KBW, ging aber mit keinem Wort auf den Antrag ein. Weder die Antragsteller ließen sich durch diesen Wink mit den Unvereinbarkeitsbeschlüssen einschüchtern, noch die restlichen anwesenden Arbeiter. Sie beharrten auf dem Antrag. Kaufmann, der IGM-Bevollmächtigte, verlangte dann, daß die Begründung des Antrags gestrichen wird. Die Begründung richtete sich gegen die Überstundenarbeit und die Intensivierung der Arbeit und stellte fest, daß eine Verringerung der täglichen Arbeitszeit unumgänglich ist. Kaufmann ist ein Verfechter der „Personalpolitik der mittleren Linie" im VW-Werk, also der Ausdehnung der Arbeitszeit durch Sonderschichten und der Kostensenkung durch Rationalisierungsmaßnahmen. Schmücker hat im Geschäftsbericht für 1976 gesagt, daß er auch in Zukunft daran festhalten will. Der Antrag und insbesondere seine Begründung würde die Sozialdemokraten schon bei der nächsten Verhandlung um neue Sonderschichten in Schwierigkeiten bringen, zumal die Vertrauensleute-Sitzungsgruppe Schicht I aus der Halle 12 beschlossen hat, eine Großbereichssitzung zum Zweck der Ablehnung der Sonderschichten einzuberufen, falls sie vom VW-Vorstand gefordert würden.

Jetzt liegt das Manöver der Spitzensozialdemokraten auf dem Tisch, das mit der Streichung der Begründung eingeleitet worden war. Zunächst hat die Wohnbezirksleitung den beschlossenen Antrag abgeändert in: „Der 12. ordentliche Gewerkschaftstag möge

den 7-Stunden-Tag bzw.

die 35-Stunden-Woche an 5 Wochentagen

bei vollem tariflich abgesichertem Lohn- und Gehaltsausgleich in den Mittelpunkt der tariflichen Forderungen stellen." (Antragsteller: Wohnbereich Südwest)

Diesen Antrag empfiehlt die Antragsprüfungskommission zur Annahme in folgender Fassung:

„Der 12. ordentliche Gewerkschaftstag möge beschließen:

Automation und Rationalisierung verändern die Arbeitswelt ständig. In deren Gefolge führen Leistungsdruck und psychisch-nervliche Belastungen in immer stärkerem Ausmaße in die Frühinvalidität.

Das Wegrationalisieren von Arbeitsplätzen, fehlende Investitionen aus der Wirtschaft und Strukturveränderungen großen Ausmaßes führen zur Arbeitslosigkeit. Deshalb ist der Verkürzung der Arbeitszeit für die Zukunft noch stärkeres Gewicht beizumessen.

Die Tarifpolitik der IG Metall muß darauf ausgerichtet sein, einen tariflichen Mindestjahresurlaub von 30 Arbeitstagen noch in den 70er Jahren zu verwirklichen. Darüber hinaus wird der Vorstand aufgefordert, die Herabsetzung des Rentenalters und die Verlängerung der Schulzeit auf allen Ebenen verstärkt voranzutreiben."

(Antragsteller: Antragskommission)

Kein Wort mehr vom 7-Stundentag, 35-Stunden-Woche und vollem Lohnausgleich, sondern einfach Arbeitszeitverkürzung, die nicht etwa erkämpft werden muß, sondern der „noch stärkeres Gewicht beigemessen werden muß". Als dieses Manöver in der Halle 12 des VW-Werkes bekannt wurde, herrschte große Empörung unter den Arbeitern. Die Mitglieder der Vertreterversammlung aus der Halle 12 wurden von Arbeitern dort aufgefordert, für die ursprüngliche Fassung des Antrages einzutreten, was diese auch zusagten. Um mit dieser Dreistigkeit auf der Vertreterversammlung durchzukommen, mußten berechtigte Forderungen der Arbeiterbewegung herhalten. Und um die Stoßrichtung des ehemaligen Antrages vollends zu verwischen, mußten sie zum Kampf gegen die Arbeitslosigkeit gewendet werden. Kaufmann begründete die Neufassung des Antrages damit, daß man sich jetzt auf die Urlaubsforderung konzentrieren müßte, denn mit der Forderung nach 7-Stundentag mache man sich auf dem Gewerkschaftstag lächerlich, und die Arbeitszeitverkürzung sei schließlich notwendig. Fünf Arbeiter nahmen auf der Vertreterversammlung für den alten Antrag Stellung. Trotzdem ging die Abstimmung mit ca. 160 Stimmen für den Antrag der Antragsprüfungskommission, 13 Stimmen gegen ca. 20 Enthaltungen verloren. Die Sozialdemokraten konnten die Schlacht gewinnen, weil sich bisher der VW-Vertrauenskörper zum Kampf für den 7-Stundentag nicht geäußert hat, obwohl diese Forderung von den Arbeitern und den Vertrauensleuten unterstützt wird.

Desertiert, weil Familie ohne Geld

Ein Arbeiter berichtet über seinen Wehrdienst 1962

Ihr ward der 1. Lehrgang, der für 18 Monate eingezogen wurde. Wie war deine materielle Lage bei der Einberufung 1962?

Sehr schlecht! Ich war gerade frisch verheiratet. Es ist klar, daß ich in dem Moment finanziell ziemlich schlecht dastand. Ich bekam den Einberufungsschein und mußte in einem Monat los. Dabei blieb die Versorgung meiner Frau völlig unberücksichtigt, obwohl sie hochschwanger war. Ja, die Militärbehörde legte das so aus, daß sie sagten, „da ihre Frau bei ihren Schwiegereltern lebt, ist ihre Versorgung ja sichergestellt." Es war aber so, daß die Eltern durch die Flutkatastrophe 1962 ausgebrannt waren und deshalb waren sie nicht in der Lage, meine Frau mit durchzufüttern.

Der Kompaniechef bekam einen Brief von meinen Eltern und meiner Frau und sagte zu mir: „Warum haben Sie sich nicht um die Finanzen Ihrer Frau gekümmert." Das war eine Unverschämtheit. Ich wurde kaserniert und hatte keine Gelegenheit, mich darum zu kümmern.

Was hast du gemacht, als du erfuhrst, daß es deiner Frau schlecht ging?

Ich beantragte sofort ein verlängertes Wochenende, um mich darum kümmern zu können. Der Kompaniechef erklärte: „Was kümmert mich die Versorgung deiner Familie. Das geht nicht. Wenn das jeder machen würde, hätten wir keine Kompanie mehr." Ich habe darauf, auf deutsch gesagt, geschissen – meine schwangere Frau sitzt ohne Geld da, da bin ich von der Truppe abgehauen und zu meiner Frau gegangen. Dann bin ich zum Versorgungsamt in Billstedt gegangen. Die sagten mir, wenn ich nicht sofort zurück zu meiner Kompanie gehen würde, dann zeigen sie mich an wegen Fahnenflucht. Diese Anzeige kam prompt. Feldjäger nahmen mich fest und brachten mich zur Ausbildungskompanie und dort wurde ich in Untersuchungshaft genommen. Zu sieben Monaten Gefängnis wurde ich verurteilt.

Du warst auf der Veranstaltung des Soldaten- und Reservistenkomitees und dort wurde die Forderung nach Lohnfortzahlung aufgestellt.

Diese Forderung ist hundertprozentig richtig. Damit ist die materielle Versorgung gesichert. So wäre das alles nicht gekommen, deshalb ist der Kampf der Soldaten für diese Forderung gerecht und muß von den Arbeitern unterstützt werden. Ich bin jetzt Mitglied des SRK und werden diesen Kampf unterstützen.

Bremen. Auf der Vulkan-Werft, wo seit gut einem Jahr keine Neueinstellungen mehr vorgenommen wurden und die Belegschaft über den „natürlichen Abgang" verringert wird, werden in wachsender Zahl Jugendliche zur Anlehre eingestellt. Sie machen z.B. einen monatlichen Schweißkurs in der Lehrwerkstatt, wonach sie gerade so viel können, daß sie zum stumpfsinnigsten und eintönigsten Flachschweißen eingeteilt werden. Ein Teil von ihnen wurde auf die neue Flachstraße gesetzt und Zeitnehmer dazu geschickt. Fünf Minuten vor Feierabend zwang man sie zum Schweißen. Einige von ihnen versuchten schon, langsam zu arbeiten, trotzdem müssen sie mehr als andere Arbeiter arbeiten. In Lohngruppe 6 oder 7 sind sie jetzt eingestuft, das sind 1 270 DM bis 1 320 DM Tariflohn. Jeder andere Schweißer hat mehr. Die gesamte Schweißerbranche hatte vor einem Jahr beschlossen, daß niemand von ihnen auf dieser Schweißstraße arbeitet, weil die Eingruppierung zu niedrig ist. Die Jugendlichen durchbrechen jetzt diesen Beschluß und werden als Lohndrücker eingesetzt. „Was sollen wir denn machen? Wieder ohne Arbeit, ohne Geld für ein paar Mark Unkraut am Weserstadion oder an der Autobahn zupfen? Nee, alles, blos das nicht wieder", sagen sie. Für den Einsatz der Jugendlichen erhalten die Werftkapitalisten große Lohnzuschüsse aus der Arbeitslosenkasse als „Arbeitsbeschaffungsprogramm".

Bremen. „Stückzahlerhöhung, Sonderschichten, Zwangsüberstunden, Lohnabbau und jetzt noch die Einführung der Nachtschicht sollen uns hier wohl den Rest geben. Menschen gehören nachts ins Bett und nicht anders! Wir sind gegen die Nachtschicht, gegen Schichtarbeit überhaupt, einschließlich Akkord! Wir sind doch keine Maschinen, die man an- und ausschalten kann, wie man will." erklärte ein Genosse unter Beifall auf der Betriebsversammlung bei Hanomag-Henschel am 11.5.

Schon seit Wochen jubelt die bürgerliche Presse über die Umstellung der Hanomag-Henschel GmbH zum 11. Werk der Daimler-Benz AG: „Der gute Stern auf allen Straßen" habe endgültig den Weg nach Bremen gefunden. Die Umstellung auf eine neue Transporterproduktion und die Kombi-Produktion bedeutet für die Arbeiter: Die neuen Transporter sollen von wesentlich weniger Arbeitern produziert werden als der alte, und die Arbeit soll durch Automaten ersetzt werden. Das Fließband in der Montagehalle wird keine Takte mehr haben, sondern ununterbrochen laufen. 150 Arbeiter sollen zur Vorbereitung der Kombi-Produktion für zwei bis sechs Monate nach Sindelfingen, um „angelernt" zu werden, wozu sie Unterkunft, Essen und bis auf zwei Fahrten selbst bezahlen sollen. Weitere 400 Arbeiter sollen jetzt für drei bis vier Monate in der Transporterproduktion Nachtschicht machen. Außerdem hat es für viele Arbeiter bei den Umbesetzungen Lohnabbau gegeben. Gegen diese Maßnahmen schließt sich die Hanomag-Belegschaft auf den Forderungen: ausreichender Lohn, Siebenstundentag und 1 500 DM Steuerfreibetrag zusammen. Auf der Betriebsversammlung ist es den Sozialdemokraten mit formalen Argumenten und Verschleppungstaktik noch gelungen, den Antrag auf Abstimmung der Resolution der Opel-Arbeiter zur Vorbereitung des Gewerkschaftstages zu verhindern, doch haben die Arbeiter diese Forderungen in allen Abteilungen und in Gruppen beraten und unterstützt.

tion Nachtschicht machen. Außerdem hat es für viele Arbeiter bei den Umbesetzun-

Westberlin. Die Bundesversicherungsanstalt für Angestellte Berlin (BfA) ist durch einen Haustarifvertrag von den Tarifkämpfen in den anderen Bereichen des Öffentlichen Dienstes abgetrennt. Abgeschlossen wurde mit 5,3 % „Gehaltserhöhung", weiter wurde von den Herren der Geschäftsführung „angeboten", die beiden bestehenden Berlin-Urlaubstage gegen die im Bundesgebiet durchgesetzte Urlaubserhöhung für die unteren Vergütungsgruppen aufzurechnen. Das heißt, keinen Urlaubstag mehr für die Kollegen der Vergütungsgruppen sieben bis 10 der Angestellten. Sollte das in der Gewerkschaft ÖTV nicht angenommen werden, sollten diese „Berlintage" allen Kollegen gestrichen werden. Den ab 1.9.77 neu einzustellenden Auszubildenden sollen die Ausbildungsvergütungen um rund 10 % gekürzt werden. Die einzustellenden Anwärter sollen ab 1.9.77 anstatt 75 % nur noch 66 2/3 % der Eingangsstufe erhalten, was für sie 100 DM im Monat weniger bedeuten würde. Dagegen hat sich der Vertrauensleutekörper der ÖTV in der BfA entschieden ausgesprochen. In einer einstimmig angenommenen Resolution wurde beschlossen, gegen diese Angriffe der Geschäftsleitung energisch vorzugehen und die Forderung nach 900 DM einheitlicher Ausbildungsvergütung zu bekräftigen. Als erster Schritt sollte die am 18.5.77 nächste Verhandlungsrunde durch eine Unterschriftensammlung unterstützt werden. Diese Unterschriftensammlung im Betrieb wurde von der Geschäftsleitung der BfA verboten, weil das laut Bundesarbeitsgerichtsurteil als eine „verbotene Werbemaßnahme im Betrieb" anzugehen sei. Die Vertrauensleute anworteten darauf am letzten Donnerstag und am Freitag mit einer Unterschriftenaktion mit Ständen vor den wichtigsten Eingängen der BfA, die auf großes Interesse unter den Kollegen stieß. Über 5 000 Kollegen haben die forderungen der Vertrauensleute durch ihre Unterschrift unterstützt.

Mehr Lohn und 7-Stundentag bei vollem Lohnausgleich gehören zusammen

Klöckner-Arbeiter debattieren über die Lohnabrechnung für April

„Damit soll nun einer lang kommen", war der Kommentar eines Arbeiters, als er seine Lohnabrechnung sah. Knapp 2 000 DM brutto, und netto bleiben noch etwas über 1 400 DM. Bei den meisten Arbeitern in der Scherenstraße im Kaltwalzwerk beliefen sich die Abzüge für Lohnsteuer und Sozialversicherung auf um die 500 DM. Bei einigen, deren Frauen mitarbeiten, waren die Abzüge noch höher. „Dabei war der Monat April noch ein ziemlich ‚guter' Monat", meinte ein anderer Arbeiter, „mit einer Überstundenschicht und zwei vollen Nachtschichten und einer Spätschicht. Sonst komme ich meistens nur auf 1 200 bis 1 300 DM. Wenn ich nicht nebenbei arbeiten würde, ginge es überhaupt nicht. Ich habe drei Kinder." Ein anderer Arbeiter, verheiratet und zwei Kinder, hat daraufhin seine fixen Ausgaben ausgerechnet: Er kam auf 1 230 DM ohne die „kleineren Kosten für Rundfunk, Zeitung usw."

An der Beize, wo die Arbeiter im Unterschied zu denen an der Scherenstraße in Contischicht arbeiten, sehen die Nettobeträge auch nicht viel anders aus. Ein Arbeiter hatte aufgrund der Lohnsteuer- und Sozialversicherungsabzüge in dem „guten" Monat April netto genau soviel wie im Februar mit 16 Arbeitstagen und drei Kurzarbeitstagen. „Von den 6 % hast du schon jetzt gar nichts mehr."

An der Scherenstraße und in der Verladung sind für Samstag Überstunden beantragt und vom Betriebsrat genehmigt worden. „Ich komme nicht mehr, mir reichen fünf Tage. Aber wundern kann es keinen, wenn die Mehrzahl der Kollegen kommt, bei dem Lohn!", meinte ein Arbeiter. Ein Vertrauensmann bedauerte den Betriebsrat für den Fall, daß er die Überstunden abgelehnt hätte: „Man muß den Kollegen doch die Möglichkeit lassen, sich was dazu zu verdienen." Gleichzeitig wandte sich dieser Vertrauensmann aber gegen die Forderung der Bremer IGM-Vertreterversammlung nach dem 6-Stundentag, weil sie die richtige Forderung der Opelarbeiter nach dem 7-Stundentag bei vollem Lohnausgleich absichtlich lächerlich mache.

Das passe nicht zusammen, wurde ihm gesagt, denn was nütze uns der 7-Stundentag bei vollem Lohnausgleich, wenn wir gleichzeitig Überstunden machen müssen, weil der Lohn hinten und vorne nicht reicht. „Nein, mehr Lohn und keine Überstunden und 7-Stundentag bei vollem Lohnausgleich, das gehört zusammen."

Montag sollen noch Unterschriften unter einen Brief an „Metall" und die Vertrauenskörperleitung gesammelt werden, in dem steht, daß man schon jetzt über Lohnforderungen beraten muß und daß auf dem Gewerkschaftstag die Forderung nach 7-Stundentag bei vollem Lohnausgleich unbedingt beschlossen werden muß. Dazu soll auch der Vertrauensmann auf der nächsten Vollversammlung sprechen. – (Betriebszelle Klöckner Bremen)

Bezahlung der Versicherungsbeiträge durch die Kapitalisten erkämpfen

IGM-Vertreterversammlung Osnabrück

Osnabrück. Die Vertreterversammlung der IG Metall, Verwaltungsstelle Osnabrück, hat am Freitag die Anträge an den Gewerkschaftstag behandelt. Alle Anträge waren vorher auf einer Vertrauensleutesitzung bei Klöckner Osnabrück verabschiedet worden. Drei Anträge forderten die Erhöhung der Steuerfreibeträge bei der Jahresabschlußzahlung, den Jubiläumsgeldern und die Heraufsetzung der Kilometerpauschale bei Fahrten der Arbeiter zur Arbeitsstätte.

Diese Anträge drücken aus, daß die Arbeiterklasse sich gegen die Steuerausplünderung des Staates zur Wehr setzen. So gingen diese Anträge ohne Debatte auf der Vertreterversammlung durch. Die Sozialdemokraten in der Gewerkschaftsführung hatten aber einen weiteren Antrag eingebracht, der die tarifvertraglichen Zulagen auch versicherungspflichtig machen sollte.

Dies sei eine „Lösungsmöglichkeit", um den hohen Verlust bei Kurzarbeit, wo die Zulagen nicht auf das Kurzarbeitergeld berechnet werden, auszugleichen. Damit wird aber die ständige Besteuerung und Versicherungspflicht für die Zulage ebenfalls eingeführt, eine Quelle der zusätzlichen Bereicherung des Staates. Die Ortsverwaltung hatte Annahme empfohlen.

Von Delegierten wurde er angegriffen. „Ein Herumdoktern an dem Steuersystem verschärft nur die Ausplünderung, dem können die Arbeiter nur mit der Forderung nach 1 500 DM Steuerfreibetrag monatlich entgegentreten", führte ein Delegierter aus.

Doch der erste Bevollmächtigte Weber blockte ab: Dies sei ein neuer Antrag. Das ginge nicht. Es kam nur der ursprüngliche Antrag zur Kampfabstimmung, der nur mit knapper Mehrheit angenommen wurde.

Ein weiterer Antrag stellte die Forderung an den Staat, daß die Sozialversicherungsbeiträge in voller Höhe durch die Kapitalisten gezahlt werden sollen. Der Kommentar der Ortsverwaltung hieß: Nichtbefassung. Dagegen gab es sofort Widerstand. Alle Hebel der Demagogie mußte Weber ziehen, um die Forderung vom Tisch zu kriegen. Erst störte ihn die Formulierung, daß die Forderung baldmöglichst verwirklicht werden sollen denn wie solle das vor sich gehen. Dann könne man keine Tarifforderung mehr stellen, weil die Kapitalisten die rund 16 % über Jahre hinweg anrechnen wollen. Demgegenüber wurde von Delegierten das berechtigte Interesse der Arbeiterklasse an dieser Forderung dargestellt, denn die Arbeiter wollen nicht für die Ruinierung ihrer Gesundheit durch den kapitalistischen Produktionsprozeß draufzahlen. Und gegen die Absichten der Bundesregierung, über die „Rentendebatte" letztlich die Beiträge für die Arbeiterklasse zu erhöhen, ist diese Forderung geeignet, dem entgegenzutreten.

Die SPD-AfA-Betriebsgruppe hatte in ihrer Zeitung die Durchsetzung der Forderung auf der Vertreterversammlung propagiert. Weber war gezwungen, um die Verabschiedung zu verhindern, den „Kompromiß" einzubringen, daß die Delegierten zum Gewerkschaftstag sich auf Grundlage des Antrags bei der Sozialversicherungsdebatte in dieser Richtung aussprechen sollten. Dafür konnte er die Mehrheit bekommen. – (Bezirk Osnabrück/Emsland)

DIE BAUARBEITER SIND ZUM KAMPF BEREIT

Am Donnerstag, den 12.5. hat der Beirat der IG Bau-Steine-Erden dem 6,4 %-Lohnraubabschluß zugestimmt. In der Abstimmung über dies Ergebnis, daß der Vorstand gezwungenermaßen durchführen mußte, hat sich die Mehrheit der Bauarbeiter gegen diesen Abschluß ausgesprochen:

Kiel. Am 10. und 11. Mai sind wir bei fast allen Baustellen vorbeigefahren, haben mit den Bauarbeitern diskutiert, Flugblätter vorbeigefahren,verteilt und Plakate geklebt. Die Stimmung unter den Bauarbeitern war sehr kämpferisch. Wir verteilten 400 Flugblätter. Jeder nahm eins. Dann wurden Spaten, Hacke, Kelle und Hammer zur Seite gelegt und das Flugblatt gelesen. Daß die 6,4 % abgelehnt werden war überall klar. „Na, das gibt ja wohl Streik!" hieß es. An der Baustelle an der B 76 in Elmschenhagen hatte es schon einen Warnstreik gegeben. Hier und an der Baustelle im Universitätsgelände wurden bereits Versammlungen abgehalten, auf denen die Stimmzettel einheitlich für Ablehnung abgegeben wurden.

Wir fanden auch überall Zustimmung, daß die spalterischen Prozent-Forderungen abgelehnt werden müssen und eine einheitliche Forderung von 1 DM mehr aufgestellt und durch Streik erkämpft werden muß. „Die Poliere kriegen immer mehr. Voriges Jahr haben sie uns auch schon reingelegt. Dies Jahr müssen wir streiken. 1 DM mehr, klar, dann kriegen wir alle gleichviel!" „Bei der Steuerprogression kriegen wir nach dem Abschluß von 6,4 % weniger als vorher.",, wurde uns oft gesagt und wir fanden sofort die Zustimmung für die Forderung nach 1 500 DM Steuerfreibetrag. Die sozialdemokratische Gewerkschaftsführung hat ein Manöver gemacht, indem sie die nicht abgegebenen Stimmzettel als Zustimmung für die 6,4 % zählen. Deshalb haben wir überall darauf hingewiesen, daß alle sofort ihre Ablehnung an die Gewerkschaft schicken. Am besten geschlossen als Baustelle oder Betrieb.

Am Freitag wurde von der Gewerkschaft mitgeteilt, daß bei dieser „Vorabstimmung" von 4 300 nur 1 000 ihre Stimmzettel abgegeben haben. Also 3 300 für Annahme, somit seien die 6,4 % der Abschluß, sagen die sozialdemokratischen Gewerkschaftsfürsten und weisen darauf hin, daß die Bauarbeiter nicht nur mit den Prozent-Forderung gespalten sind, sondern gleichzeitig durch Stadt- und Landlohngruppen. Die Ortsklasse 2 (Land) haben sie an die Ortsklasse 1 angeglichen, was eh notwendig ist. Jetzt sagen sie: Ortsklasse 2 kriegt 32 DM und 6,4 %, das sei also faktisch 1 DM mehr. Es sei also kein Grund zur Aufregung und sie könnten ja zufrieden sein.

Die Spaltung durch die Lohngruppen nutzen die Sozialdemokraten zur Spaltung im Lohnkampf. Die Bauarbeiter werden sich das merken! Sie müssen auf die eigene Kraft vertrauen und die Einheit um die Festgeldforderungen herstellen. Die Bauarbeiter können diesen Abschluß nicht hinnehmen. Sie müssen mit Streik antworten!

Hannover. Nachdem die DAG mit den Einzelhandelskapitalisten in Niedersach-

1 DM für alle gleich

Vertrauensleutekörper Conti-Vahrenwald beschließt Forderung zur Kautschuktarifrunde

Hannover. Die Kautschuktarifrunde wollten die Kapitalisten und Sozialdemokraten kurz und bündig hinter sich bringen. Obwohl die Tarife in Niedersachsen erst zum 31.6. gekündigt sind, haben die Tarifkommission der IG Chemie und die Kautschukkapitalisten schon Ende April Verhandlungen geführt, damit sie ihre Taktik festlegen konnten, wie gegen die Arbeiter und Angestellten der Kautschukindustrie am leichtesten der Lohnraub durchzusetzen sei.

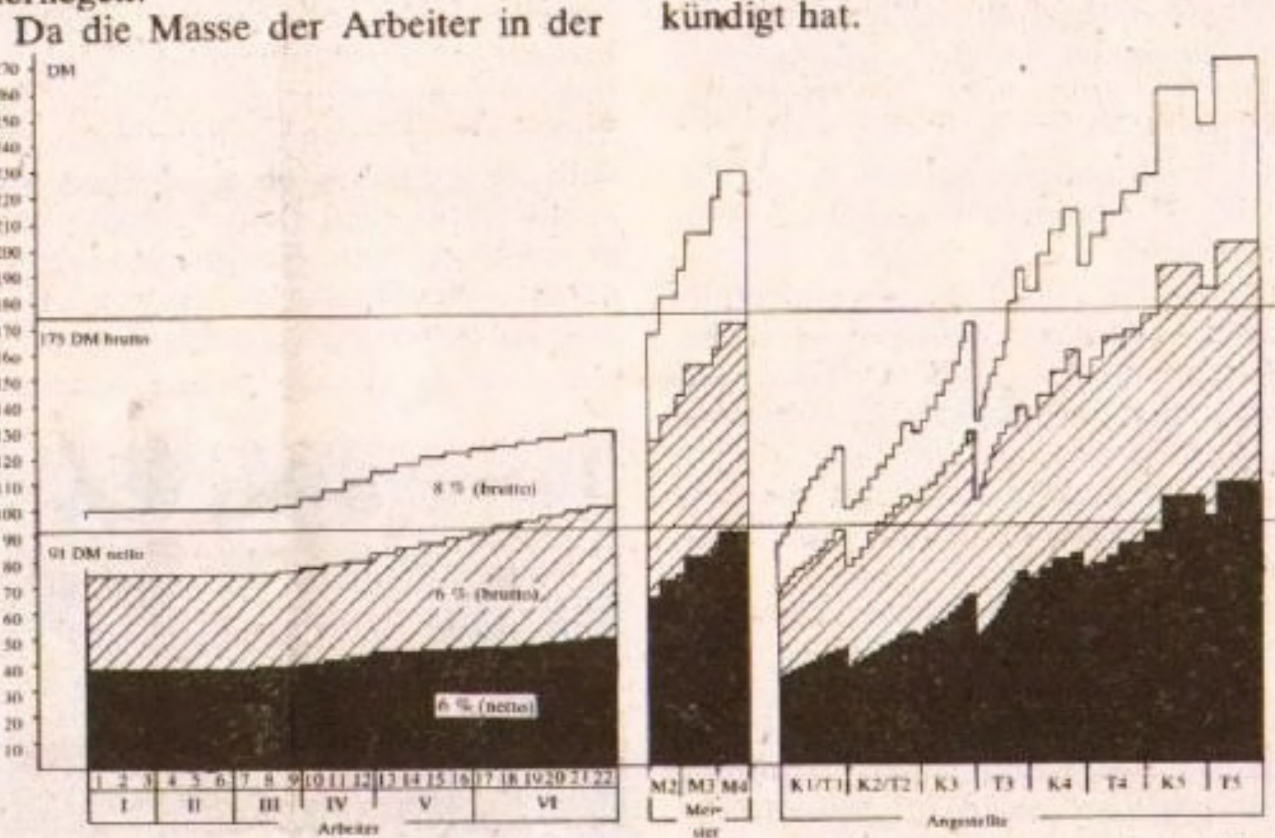
Bei den Verhandlungen, die hinter dem Rücken der Belegschaften in aller Heimlichkeit stattgefunden haben, ging es um 5 % (Angebot der Kapitalisten) oder um 6 % („Forderung" der Tarifkommission). Damit die Arbeiter gefügig sind in der Hinnahme eines Abschlusses zwischen 5 % und 6 %, wird gleichzeitig über zwei bzw. drei Tage Urlaub verhandelt – das Urlaubsabkommen steht schon lange offen – und beides gegeneinander ausgespielt.

Mit dem Widerstand der Belegschaft rechnend, haben die Sozialdemokraten ein weiteres Manöver gefahren. Die 6 % seien nur ein „Test". Wenn der Kapitalistenverband nicht auf diesen „Test" eingehen wolle, würde man 8 % und die Angleichung der Erhöhungen der Lohngruppen I und II an die Erhöhung der Lohngruppe III fordern.

Diese Manöver wollten die Sozialdemokraten der IG-Chemie-Führung von den Vertrauensleuten der Conti, dem größten Kautschuk-Konzern in Westdeutschland, absegnen lassen. Die Arbeiter haben dem jedoch einen Strich durch diese Rechnung gemacht. Letzten Mittwoch hat die Vertrauensleuteversammlung des Werkes Hannover-Vahrenwald 1 DM mehr für alle gleich gefordert, im Auftrag der Abteilungen. Das Aufstellen dieser Forderung ist Ergebnis einer harten und bewußten Auseinandersetzung mit der sozialdemokratischen Lohnpolitik, die die Belegschaften spalten will, die die unteren Lohngruppen ins Elend drückt und die Antreiber mästet.

Gerade in der Kautschukindustrie ist die Lohnpolitik, wie in der Chemie-Industrie, ein schwierigeres Geschäft als in anderen Branchen, da hier die Konzentration und Zentralisation des Kapitals weiter vorangeschritten ist und in der Produktion die Arbeit zumeist auf einfache Tätigkeiten reduziert ist. Einfach heißt aber keinesfalls leicht. So ist auf der Conti die Auspressung der Arbeitskraft gewaltig gesteigert worden durch die Kapitalisten; der Pro-Kopf-Umsatz durch Verschärfung der Akkorde ist von 40 000 DM auf 80 000 DM im Jahr gestiegen. Facharbeiter findet man nur noch bei den Handwerkern und in der eigenen Maschinenfabrik im Werk Hannover-Limmer. In der Produktion arbeiten fast ausschließlich ungelernte bzw. angelernte Arbeiter. Das kommt auch in den tariflichen Lohngruppen zum Ausdruck, von denen es „nur" sechs gibt, die zudem relativ eng beieinanderliegen.

Da die Masse der Arbeiter in der



Die Grafik stellt dar, wieviel Mark monatlich brutto die 8 % auf den Grundlohn bringen, die die IG Chemie-Führung für die niedersächsische Kautschukindustrie „empfiehlt", und wieviel brutto und netto die 6 % bringen, über die sie in Wahrheit schon verhandelt (wobei wir die Lohn-Zwischenstufen mit berücksichtigt haben, die die Conti über die sechs tariflichen Lohngruppen hinaus eingeführt hat). Die 75 DM bis 98 DM brutto für Arbeiter bedeuten netto 39 DM bis 51 DM (Lohnsteuerklasse IV) – ein Hohn! Mit Akkord (138er Zeigrad) und Dreischichtzulage würde ein Arbeiter in IV/2 brutto gerade auf 118 DM, d.h. netto auf nur 62 DM kommen. Entsprechendes gilt für die große Masse der Angestellten, die in den Gehaltsgruppen bis zu K 3 und T 3 eingruppiert ist: Ein Angestellter in der höchsten Stufe von K 3 bekäme netto 72 DM mehr. Deutlich wird, wer (außer dem Conti-Vorstand) etwas von einem 6 %-Abschluß hätte: die Obermeister und die höchsten Angestellten in K 3 und T 3, also die Aufseher und Antreiber.

Kautschukindustrie un- bzw. angelernt sind, gehen sie seit langem daran, in den Tarifrunden für einen Lohn zu kämpfen, der für alle die gleiche Erhöhung bringt. Seit Jahren gibt es Bestrebungen, einen Festbetrag aufzustellen. Dazu kommt, daß die Facharbeiter auf der Conti diese Lohnforderung ebenfalls schon aufstellten, weil ihnen klar war, daß nur so die Einheit für den Lohnkampf hergestellt werden kann. So haben sie beim Handwerkerstreik 1971 gegen die Einführung eines Akkord-Systems für die Handwerker gleichzeitig eine Lohnerhöhung für alle gleich aufgestellt und zogen mit dieser Forderung durch die Abteilungen.

Angesichts dieses Drangs auf Einheit der Arbeiter im Lohnkampf, haben die Conti-Kapitalisten und die sozialdemokratischen Betriebsräte alles daran gesetzt, die Belegschaft weiter aufzuspalten. Es gibt z.B. auf jede Lohngruppe noch ein paar Extrastufen, so daß anstatt sechs Lohngruppen 22 Lohnstufen existieren. Der Vorstand nennt das übertarifliche Zulagen wie etwa die Drei-Schicht-Zulage, deren Streichung er nach einem Streik der Arbeiter Anfang 76 durchsetzen konnte oder die 20 Pfennig Zulage, die er gerade jetzt zur Tarifrunde aufgekündigt hat.

Um Herr über die Gewerkschaft bleiben zu können und damit die Arbeiter an die Bourgeoisie zu fesseln, wenden die Sozialdemokraten der IG-Chemie-Führung und im Betriebsrat die Spaltung eben so sehr an, wie die Kapitalisten. Um der „Differenzierung" willen fordern sie, die bislang acht tariflichen Gehaltsgruppen auf 12 aufzustocken. Den Drang der Arbeiter für eine einheitliche Forderung in den Tarifrunden der Kautschukindustrie versuchen sie seit Jahren mit Sockel- und Mindestbeträgen aufzuweichen, um dann doch mit niedrigen Prozentabschlüssen durchzukommen.

Mit dem Ziel der Sozialdemokraten und der Revisionisten, Spaltung und Verwirrung zu betreiben, haben die Arbeiter auf der Conti in dieser Tarifrunde begonnen, bewußt Schluß zu machen. Auf der Vertrauenleuteversammlung in Vahrenwald wurde ein Vertrauensmann der Reifenwicklerabteilung, wo die Schinderei am größten ist, von einem Vertrauensmann des Versands angegriffen, weil er Prozente vertrat und glaubte, dabei wegen der Akkordzulagen am besten bei weg zukommen: „Ihr werdet jetzt kaputt gemacht im Akkord, und trotzdem redet ihr von einer Prozentforderung. Bei uns im Versand sind genug Kollegen gelandet, die durch Akkord kaputt gemacht wurden. Und gerade diese Kollegen haben mich beauftragt, unbedingt für eine DM-Forderung einzutreten." Ausreichenden Lohn auf den Normalarbeitstag, ohne Akkord- und Schichtarbeit, diese Forderung stellte sich den Arbeitern aus ihren eigenen Erfahrungen. Das geht nur über Festgeldforderungen.

Das Aufstellen von 1 DM mehr für alle gleich ist Ergebnis einer scharfen Auseinandersetzung auf der Vertrauensleuteversammlung gewesen: 48 zu 42 bei einigen Enthaltungen stimmten für den Festbetrag. Selbst der schärfste Verfechter sozialdemokratischer Lohnpolitik auf der Conti, Gesamtbetriebsratsvorsitzender Bartilla, der Mitglied des Hauptvorstandes der IG-Chemie, der Tarifkommission und des Aufsichtsrates der Conti ist, konnte die Herstellung einer Front für den Lohnkampf nicht mehr verhindern.

Diese Front für den Kampf wird jetzt im Betrieb weiter geschmiedet. In den Abteilungen, deren Vertrauensleute gegen den Festbetrag gestimmt haben, wird die Auseinandersetzung gesucht, damit dort die Vertrauensleute ihre Ablehnung für Festbetrag zurücknehmen und das im Auftrag der Abteilung der Tarifkommission mitteilen. Es wird dafür eingetreten, daß eine Gesamtvertrauensleutesitzung aller Werke stattfindet, denn in den anderen Werken konnten die Sozialdemokraten noch eine Beschlußfassung verhindern.

Die Kautschuk-Kapitalisten werden in heller Panik sein und den Sozialdemokraten schwere Vorwürfe machen. Auf der Conti produzieren sie gerade auf Teufel komm raus, zwei Sonderschichten haben sie geplant im Mai. Die zweite Sonderschicht ist gerade von den Arbeitern abgelehnt worden. Am letzten Sonnabend wurde nicht gearbeitet. Der Lohnkampf paßt den Kautschuk-Kapitalisten in ihrer Konkurrenzschlacht auf dem Weltmarkt, wo sie sich aufgrund der verschärften Ausbeutung im Betrieb erhoffen, gegenüber Michelin, Pirelli und den amerikanischen Gummi-Konzernen entscheidenden Boden wieder gut zu machen, überhaupt nicht in ihr Konzept. Gerade das können die Arbeiter in der Kautschukindustrie ausnutzen, um 1 DM mehr durchzusetzen.

fung der Akkorde ist von 40 000 DM auf 80 000 DM im Jahr gestiegen. Facharbeiter findet man nur noch bei
zialdemokratischen Betriebsräte alles daran gesetzt, die Belegschaft weiter aufzuspalten. Es gibt z.B. auf jede
machen. Auf der Vertrauenleuteversammlung in Vahrenwald wurde ein Vertrauensmann der Reifenwicklerab-
Gerade das können die Arbeiter in der Kautschukindustrie ausnutzen, um 1 DM mehr durchzusetzen.

Hannover. Nachdem die DAG mit den Einzelhandelskapitalisten in Niedersachsen bereits eine Erhöhung der Löhne und Gehälter ab 1.Mai um 6,5 % abgeschlossen hat, hat die HBV die Tarifverhandlungen für gescheitert erklärt. Trotzdem soll am 20.5. nochmal verhandelt werden, und, wenn kein akzeptables Angebot vorliegt, Arbeitskampfmaßnahmen eingeleitet werden. Die HBV-Führung hält einen um 0,2 % höheren Abschluß als dem der DAG für einen solch akzeptablen Vorschlag. Die Einzelhandelskapitalisten sind für diesen Handlangerdienst dankbar. Sie wissen auch: für 0.2 % mehr tritt keiner in den Streik und haben erklärt, daß weitere Verhandlungen für sie nicht in Frage kommen. Das ganze ist ein abgekartertes Manöver von Kapitalisten und Gewerkschaftsführung. Die Kollegen im Einzelhandel sind kampfbereit. Die Betriebsgruppenkonferenz hat für den 21.5. in 11 Betrieben Urabstimmung beschlossen. Die sozialdemokratische Gewerkschaftsführung muß sich also „kämpferisch" geben, für 0,2 %. Wenn das dann nicht geht, sollen die Kollegen selbst schuld sein. Die Einheit für einen erfolgreichen Lohnkampf kann nicht für 0,2 % und nicht für 9,4 %, mindestens 120 DM hergestellt werden. Dafür muß eine Festgeldforderung her für alle gleich. In verschiedenen hannoverschen Betrieben haben Kollegen eine Unterschriftensammlung an die HBV begonnen, in der sie eine sofortige Fachgruppensitzung fordern, auf der 170 DM mehr für alle gleich beschlossen werden soll.

Göttingen. Am Mittwoch legten die ca. 150 Beschäftigten des Kaufhaus Kepa (Tochter von Karstadt) für eine Stunde die Arbeit nieder. Damit zeigten sie, daß sie den zwischen der DAG und den Kapitalisten ausgehandelten Lohnraub nicht hinnehmen. Dem Streik vorausgegangen war eine Betriebsversammlung, die von der HBV einberufen worden war. Auf der Betriebsversammlung wurde darüber beraten, daß am 20.Mai, dem nächsten Verhandlungstermin zwischen HBV und Einzelhandelskapitalisten erneut die Arbeit niedergelegt werden soll.

Textilarbeiter: Streikbereit

Noch nie in der jüngsten Geschichte der Arbeiterbewegung in und um Albstadt war die Geschlossenheit und Kampfbereitschaft der Textilarbeiter im Tarifkampf so groß wie jetzt.

Nachdem es im Laufe der letzten Woche in über 10 Betrieben zu ein - zweistündigen Warnstreiks gegen das 6 % Angebot der Kapitalisten gekommen war, demonstrierten am vergangenen Mittwoch weit über tausend Textilarbeiter aus der ganzen Umgebung in Albstadt auf einer Protestversammlung der IG - Textil - Bekleidung ihre Einheit gegen die Kapitalisten. Massiven Drohungen und Einschüchterungen durch die Kapitalisten zum Trotz waren zum Teil ganze Belegschaften aus den Betrieben anwesend. Bei der Firma Rehfuß & Stocker zum Beispiel wurden alle Kollegen aufgeschrieben. die das Gelände zu der Versammlung verliesen. Die Näherinnen konnten erst gar nicht kommen, da die Türen zum Nähsaal verriegelt wurden. Bei der Firma Gebrüder Hauks versuchte einer der Geschäftsleitung dasselbe, worauf die Näherinnen drohten, dies wäre wohl dann das letzte mal, daß er eine Türe abschließen würde. Geschlossen verließen die Näherinnen um 15. 45 Uhr den Nähsaal. Konnte bei der Firma Egon Diemer nur mittels zahlreicher Tricks und Manöver von seiten der Geschäftsleitung und des Betriebsrats ein Streik am Morgen verhindert werden - nachmittags gingen alle geschlossen zu der Versammlung. Auf der Protestversammlung wurde einstimmig beschlossen, daß, wenn die Kapitalisten nicht mehr Geld, 2 Tage mehr Urlaub herausrücken würden, es zum Streik kommen wird. Die Solidarität der ganzen Arbeiterklasse mit dem Streik der Textilarbeiter brachte eine große Gruppe von Metallarbeitern auf der Versammlung zum Ausdruck. Die IG - Metall hatte eine Solidaritätsresolution verabschiedet, wonach die Textilarbeiter im Falle eines Streiks mit der vollen Unterstützung der 14000 IG - Metall Mitglieder in der Umgebung rechnen könnten.

Großer Jubel und Beifall herrschte auf der Versammlung immer dann, wenn die Redner, - alles erlesene Sozialdemokraten - kämpferisch wurden. „Wenn diesmal die Verhandlungen abgebrochen werden, dann gibt es für uns nur eine Antwort: Kampf!", so der sozialdemokratische Gewerkschaftssekretär Heindel vom Landesverband Textil.

Der spontane Aufschwung der Textilarbeiter kommt nicht von ungefähr. Wie in keinem anderen Industriezweig wurde in der Textilindustrie die Ausbeutung verschärft und Entlassungen vorgenommen. Wie fast nirgendwo liegen die Löhne so niedrig. Ganze 1,79 DM beträgt der Unterschied zwischen den Textillöhnen und den Löhnen der Gesamtindustrie. Zur Akkordarbeit gezwungen, damit der Lohn in der Familie einigermaßen reicht, unterliegen besonders die Arbeiterinnen in den Näh - und Legsälen nicht erst seit ein oder zwei Jahren in der Textilindustrie. Die Textilarbeiter gehören seit jeher zu den am meisten ausgebeuteten Schichten des Industrieproletariats. Es gibt ja immer wieder „Linke" die behaupten, dort, wo es am schlimmsten sei, müsse auch am meisten Widerstand herrschen. Wie die Textilindustrie in der Vergangenheit gezeigt hat, ist dem nicht so. Im Gegenteil. Nur spärlich sind die Kampferfahrungen der Textilarbeiter. Zusammengepfercht in vielen Kleinbetrieben gespalten über das Akkordsystem, und gedemütigt durch extrem niedrige Löhne, das alles trägt dazu bei, daß die Sozialdemokraten sich wagen zu verkünden: die Textilarbeiter seien der „Schwanz der Gesellschaft".

Die sozialdemokratischen Gewerkschaftsführer, die über Jahrzehnte hinweg alles, aber auch alles unternommen haben, um die Entfaltung der Lohnkämpfe in der Textilindustrie zu verhindern, hauen jetzt auf den Putz. „Die Löhne und der Urlaub müssen an die der anderen Industriezweige herangeführt werden."Die Textilarbeiter wollen nicht die Stiefkinder unserer Gesellschaft werden!" Vonwegen Stiefkinder unserer Gesellschaft! In einem Flugblatt des Bezirksverbands Mittlerer Neckar griff der KBW diese Unverschämtheit gegenüber den Textilarbeitern scharf an. Auf der Protestversammlung am Mittwoch sah sich Heidel zur Wortradikalität gezwungen: Dafür klatschten die Arbeiter tosend Beifall. „Von welchem Geld werden denn die Werkswohnungen und die Darlehen gezahlt? Von den Arbeitern natürlich!" Er appellierte an die Arbeiter, daß der Reichtum der Gesellschaft bloß durch die tätigen Hände der Arbeiter zustande kommt. Dann versuchte er die Kurve zu kratzen. Ein wenig später sinngemäß: „Wir sollten uns aber nicht vor den Karren des KBW spannen lassen, auch wenn ich jetzt vielleicht etwas deutlich geworden bin.Dies ist unsere Gesellschaft, die wir nicht beseitigen wollen, sondern die es bloß zu verbessern gilt. " Dafür hat er auch viel Beifall erhalten. Mit einigen Buh - Rufen, quitierten ihm klassenbewußte Arbeiter seine Demagogie.

Ziel der Sozialdemokraten ist es, die spontane Erhebung der Textilarbeiter vor ihren
Karren zu spannen, um sie in eine Niederlage und in die Verelendung zu führen. Mit ihrer Taktik, jetzt die 2 Tage mehr Urlaub in den Vordergrund zu stellen, wollten sie am Mittwoch ein gutes Stück vorankommen. Ob es ihnen gelingt, wird sich zeigen. Die Tarifkommission der IG - Textil - Bekleidung hat am Freitag, statt den Streik zu beschließen, wie es die Arbeiter wollten, erneut Verhandlungen auf den 17. Mai festgelegt. Die Verhandlungskommission darf nicht mehr tun und lassen was sie für die Klassenversöhnung für angebracht hält. Die Interessen der Texilarbeiter müßen die Linie bestimmen. Dazu muß die geschaffene Freiheit genutzt und neuerlich Kampfaktionen weiter verbessert werden. Dazu ist, eine Lohnforderung von 170 DM entscheidend. – (Stadtzelle Albstadt)

Sozialdemokraten: Neue Spalterinitiativen

„Unerwartet hohe Arbeitslosenrate läßt Bonn nach Initiativen suchen", schreibt die „Welt der Wirtschaft". Die SPD-Arbeitsgruppe „Probleme des Arbeitsmarktes" ist auch initiativ geworden, wie das „Handelsblatt" erfreut vermerkt.

Was beflügelt die Initiative der Sozialdemokraten, wo doch die Tatsache der anhaltenden Arbeitslosigkeit auch ihnen nicht neu sein kann?

Ohne Spaltung der Arbeiterklasse geht bekanntlich nichts für die Kapitalisten. Da muß die Bourgeoisie gegenwärtig feststellen, daß der Druck der industriellen Reservearmee keineswegs bereits die erhoffte Spaltungswirkung auf die Arbeiterklasse ausübt. Trotz hoher Arbeitslosigkeit im Baugewerbe haben die Bauarbeiter seit langen Jahren erstmals Streikmaßnahmen organisiert. Der Kampf um den Sieben-Stunden-Tag bei vollem Lohnausgleich und nicht bei Lohnverzicht macht Fortschritte. Neue Initiativen zur Spaltung der Arbeiter müssen sein, um weitere Angriffe auf den Lohn zu ermöglichen. Ausgetragen wird die Sache in den Gewerkschaften. Da haben die Sozialdemokraten es auch zuerst herausgelassen. Arbeitsplätze schaffen: zügig handeln, meint die IG Metall. Genauer: „Das matter gewordene Arbeitsvolumen muß solidarisch verteilt werden. Und das heißt im Klartext: Verkürzung der Arbeitszeit."

Ohne Lohnausgleich, versteht sich. „Arbeitsvolumen matter geworden". Arbeiten tun die Arbeiter. Das Volumen ihrer Arbeit ist alles andere als matt. Die Arbeiter, deren Arbeitskraft von den Kapitalisten ausgebeutet wird, arbeiten immer mehr und immer schneller. Das Volumen der Arbeit der Arbeitslosen würde, hätten sie Arbeit, hinreichen, um das Produkt der gesamten Produktion von 1955 zu produzieren. Also nicht matt, sondern gefesselt sind die produktiven Fähigkeiten der Arbeiter.

Einigermaßen matt sind dagegen die gegenwärtigen Profiterwartungen der Kapitalisten, und matt ist ihre Nachfrage nach profitabel auszubeutender Arbeitskraft. Die SPD-Arbeitsgruppe von den Problemen des Arbeitsmarktes meint dazu: „Binnennachfrage und Export wüchsen nicht schneller als die Arbeitsproduktivität." (Handelsblatt vom 9.5.) Pech für die Arbeitsproduktivität – Pech für die Arbeiter, daß ihre Produktivkraft immer mehr steigt, sie immer mehr Produkte in immer kürzerer Zeit für ihre Ausbeuter, die Kapitalisten, produzieren müssen, daß die Märkte überfüllt sind und die Nachfrage nach Arbeitskraft abnimmt. Dies Los müsse gerecht verteilt werden, folgern die Sozialdemokraten, und die SPD-Arbeitsgruppe fährt fort: „Deshalb müsse auch das Problem der gerechteren Verteilung des vorhandenen Arbeitsvolumens neu überdacht werden." Und die „Welt der Arbeit" folgert messerscharf: „Daß dabei Schwierigkeiten zu überwinden und Lasten auf mehrere Schultern zu verteilen sein werden – womit sie dann auch tragbarer werden – ist nicht ausgeschlossen." Schwierigkeiten wird es allerdings geben bei dem Versuch, die Stockungen der Profitproduktion durch weiteren Lohnabbau, ob mit oder ohne Verkürzung der Arbeitszeit und Kurzarbeit, auf die Arbeiter abzuwälzen, die von den Kapitalisten ausgebeutet werden. Dagegen kämpft die Arbeiterklasse. Diesen Kampf wird sie auch nicht, wie die Sozialdemokraten verlangen, als „Solidaritätsopfer" für die arbeitslosen Arbeiter aufgeben.

Das „Solidaritätsopfer", das die Sozialdemokratie der Arbeiterklasse als Arbeitszeitverkürzung ohne Lohnausgleich aufschwätzen will, würde überhaupt bloß auf eine Ausdehnung der Überstundenarbeit hinauslaufen. Überstunden werden gemacht, weil der Lohn auf den Normalarbeitstag zu niedrig ist. Wird zusammen mit der Arbeitszeit der Lohn gekürzt, dann müssen eben noch mehr Überstunden gemacht werden. Kein einziger Arbeitsloser bekommt davon Arbeit, denn die Kapitalisten kommt es billiger, Überstunden machen zu lassen, statt Neueinstellungen vorzunehmen. Überstunden bekommen sie, weil die Arbeitszeitverkürzung in Wirklichkeit bloß eine Lohnkürzung wäre. Und sofort hat die Sozialdemokratie eine neue Masche gefunden, um die Arbeiter auszuplündern und die Kapitalisten via Steuergelder zu bereichern. Wenn die Zahl der Überstunden steigt, was liegt näher, als sie mit zusätzlicher Steuer zu belegen? Damit sind wir bei



Werftarbeiter in Emden demonstrieren gegen geplante Massenentlassungen

einem weiteren Vorschlag der SPD-Arbeitsgruppe „Probleme des Arbeitsmarktes". Hinter all den glänzenden Vorschlägen gegen die Arbeitslosigkeit zeigt sich bei näherem Zusehen bloß eine neue Seite des Ausplünderungsprogramms der Regierung. Gesprochen wird auch über eine „Arbeitsmarktabgabe", das heißt eine neue Steuererhöhung auf Löhne und Gehälter. Nicht die Kapitalisten, alle Lohnabhängigen sollten für die Kosten der Arbeitslosigkeit aufkommen. Als ob das nicht schon so wäre! Aber das reicht nicht, und die Arbeitslosigkeit ist ein guter Vorwand, um die Steuern für die zu erhöhen, die ihre Arbeitskraft verkaufen konnten. Das sei solidarisch und gerecht.

Gewitzt schreibt die IG Metall: „Die Kosten der Arbeitslosigkeit dürfen nicht einseitig den Arbeitern und Angestellten aufgebürdet werden. Es ist eine Arbeitsmarktabgabe einzuführen, die auch von den Beamten, den Selbständigen und den mithelfenden Familienangehörigen erhoben wird." Recht so: die Beamten müssen auch mal rangenommen werden, und daß sich die „Selbständigen" solidarisch beteiligen, hören wir auch gerne. Aber so ist die Sache auch noch nicht so ganz rund. Alle zahlen jetzt eine „Arbeitsmarktabgabe". Die Arbeiter und Angestellten, die Arbeit haben, etwa nicht? – Aber sicherlich, sie sollen auch. Deshalb steht auch in der Metallzeitung: „... *auch* Beamte," usw. Und im „Handelsblatt" heißt es genauer: „Mit einem Vorschlag für eine Arbeitsmarktabgabe *aller* Erwerbstätigen ... haben SPD-Politiker erneut zusätzliche Maßnahmen gegen andauernde Arbeitslosigkeit gefordert." Wem die Gerechtigkeit dieser Maßnahme nicht einleuchten will, eder möge doch sehen: sie diene einem guten Zweck. „Für die Verwendung der Mittel aus der Arbeitsmarktabgabe erwägen die SPD-Politiker, das Recht einzuräumen, nach Geburt eines Kindes ein Jahr zu Hause bleiben zu können bei gleichzeitiger Sicherung des Arbeitsplatzes und Zahlung eines nennenswertes Zuschusses." (Handelsblatt vom 9.5.) Ein Jahr kostenloser Mutterschutz – was ein nennenswerter *Zuschuß* ist, läßt sich leicht denken. Lohnfortzahlung jedenfalls nicht – Einsparung eines Arbeitsplatzes, nach einem Jahr die Möglichkeit, einen anderen Arbeiter zu entlassen mit der Begründung: hier war gerade ein freigehaltener Arbeitsplatz, dann Einstellung der Arbeiterin zu niedrigerem Lohn. Wirklich, ein *nennenswerter* Beitrag zur Spaltung der Arbeiter.

Der Druck der industriellen Reservearmee wird von den Kapitalisten genutzt, um die Bruttolöhne zu senken. Die Arbeitsbeschaffungsprogramme sind dazu da, daß dieser Druck auch wirklich funktioniert. Die „Arbeitsbeschaffung" dient dann wieder als Vorwand für Steuererhöhungen und weitere Senkung der Nettolöhne. Läßt man der Kapitalistenlogik und der Politik der Sozialdemokratie freien Lauf, wird am Ende für die Mehrheit der Arbeiterklasse das nackte Elend stehen.

Der Zwang zur Überarbeit wird sich verschärfen, und die Arbeitslosigkeit wird parallel dazu weiter steigen. Nein, es gibt keinen Grund, sich durch die Schalmeienklänge der Sozialdemokratie ins Elend führen zu lassen. Die Arbeiterbewegung hat recht, wenn sie den 7-Stunden-Tag bei vollem Lohnausgleich fordert, wenn sie einen Steuerfreibetrag von 1 500 Mark pro Monat fordert. Das Verbot der Überstunden, der Nacht- und Schichtarbeit und das Verbot der Akkordarbeit muß den Normalarbeitstag sichern. Ein ausreichender Tariflohn auf den Normalarbeitstag ist notwendig. Die Arbeitslosen aber brauchen mindestens 80 Prozent des Lohnes als Arbeitslosengeld für die ganze Dauer der Arbeitslosigkeit. Auf diesen Forderungen läßt sich die Einheit der Arbeiterklasse herstellen, die die Kapitalisten zu Recht fürchten. – (Z-Red)

„Arbeitsbeschaffung"? – Lohndrückerei und Ausplünderung

„Wer die Arbeitslosigkeit erfolgversprechend bekämpfen will, muß an der Wurzel des Übels, den hohen Arbeitskosten, ansetzen", fordert das Bourgeoisblatt „Frankfurter Allgemeine Zeitung".

Die bürgerlichen Politiker spuren. Sie bieten Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen an, die keinem anderen Zweck dienen, als durch Druck auf das Millionenheer der Arbeitslosen den Kapitalisten billige Arbeitskräfte zu beschaffen und das Lohnniveau der Arbeiterklasse zu drücken.

1. Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen nach dem Arbeitsförderungsgesetz

Im Februar 1977 hat die Bundesanstalt für Arbeit mit über 20 Millionen DM aus den Mitteln der Arbeitslosenversicherung Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen finanziert (im Vergleich Februar 1976: 6,071 Millionen DM). 6 250 Maßnahmen wurden damit durchgeführt (76: 3 643). Ein näherer Blick auf Art der Maßnahmen und die für die Kapitalisten damit verbundenen Vorzüge erklärt die steigenden Zahlen und den Ruf nach Mehr. Das Landesarbeitsamt Schleswig-Holstein/Hamburg z.B. finanzierte 1976 mit 53 Millionen DM 433 Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen. 36 Millionen DM wurden den Kapitalisten als Zuschüsse, 17 Millionen als billige Darlehen zugeschanzt. Als Lohnersatz. Bei 2 der 433 Maßnahmen wurde den Kapitalisten der Lohn zu 70 % ersetzt, bei 82 zu 80 %, bei 197 zu 90 %, bei 144 zu 100 %, bei je 4 zu 110 bzw 120 %. Der Tariflohn, wohlgemerkt. Im Rahmen von Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen wird in jedem Fall nur der Tariflohn und nur nach niedrigen Lohngruppen gezahlt. Lehnt der Arbeitslose aus diesem Grund die Arbeit ab, weil sein Lohn vorher höher war und das Arbeitslosengeld im Fall zukünftiger Arbeitslosigkeit bedeutend niedriger noch sein wird als das bisherige, wird ihm das Arbeitslosengeld für 4 Wochen gesperrt. Um die Zwangsarbeitsbeschaffungsmaßnahmen durchzusetzen, ist die Bourgeoisie nicht zimperlich: Im Februar 77 wurden über 22 000 Sperrzeiten gegenüber Arbeitslosengeldempfängern verhängt, 1 000 mehr als im gleichen Monat des Vorjahres, 1 557 Sperrzeiten gegenüber den Empfängern von Arbeitslosenhilfe, 600 mehr als ein Jahr zuvor.

Bei der durch diese Maßnahmen erzwungenen Arbeit handelt es sich überwiegend um Hilfsarbeiten in öffentlichen Verwaltungen, zum Beispiel um Aktenablagearbeiten. Aber auch das fällt unter Arbeitsbeschaffung: Der Tennis-Club Heide bekam vom Arbeitsamt Schleswig-Holstein 23 000 DM Zuschuß und 44 000 DM Darlehen, dazu noch einmal 18 000 DM aus Steuergeldern der Lohnabhängigen zum Neubau von 2 Tennisplätzen und der Grundüberholung der 4 vorhandenen, Gesamtkosten 144 000 DM. Mit dem Zuschuß des Arbeitsamtes wurden die Löhne der Bauarbeiter zu 100 % gezahlt.

2. Das „Mobilitätsprogramm" der Bundesregierung

„An die 430 Millionen Mark hat die Bundesregierung in einem Sonderprogramm bereitgestellt, um längerfristig Arbeitslosen wieder Arbeit zu beschaffen ... Für arbeitslose Arbeitnehmer bringt das zwei Chancen: nicht nur die auf einen neuen Arbeitsplatz, sondern auch die auf das Geld, das den neuen Start erleichtern wird", lobt die „Welt der Arbeit" das im November verabschiedete „Mobilitätsprogramm". Gerad in den letzten Tagen ließ Ehrenberg heraus, daß das Programm eine „Pleite" gewesen sei: von den bis Mai vorgesehen 430 Mio DM waren im April erst 110 Mio DM vergeben. An den Kapitalisten kann's nicht gelegen haben. Ihnen sollten durch diese Millionen zusätzliche billige Arbeitskräfte finanziert werden. Für die mit Mobilitätszulagen, Umzugs-, Einrichtungs- und Eingliederungsbeihilfen zur Arbeitsaufnahme beförderten Lohnabhängigen heißt der „neue Start": Lohndrückerei. Ein Beispiel aus der „Welt der Arbeit", die es für *positiv* hält:

„1 400 DM Mobilitätszulage erhielt der Zentralheizungsbauer Rainer Grüns (33) aus Ingolstadt, der nach 15monatiger Arbeitslosigkeit in München wieder in seinem Beruf arbeiten kann, aber fast 20 Prozent weniger als auf seiner letzten Stelle verdient. Grüns Arbeitgeber kann für die Einstellung bis zu zwei Jahren und bis zu 80 % des tariflichen oder ortsüblichen Lohnes ersetzt erhalten."

Auf wessen Seite liegen da die Vorteile? Wen wundert's, daß trotz Drohung mit der Sperrzeit und trotz überschwenglichen Lobes der Gewerkschaftssozialdemokratie nur relativ wenig Arbeitslose die beabsichtigte Lohndrückerei hinnahmen und sich als Lohndrücker einsetzen ließen. Angesichts der „Pleite" verspricht Ehrenberg den Kapitalisten neue, „wirkungsvollere" Arbeitsbeschaffungsprogramme. „Wirkungsvoller"? Was anders kann gemeint sein als verschärfter Druck auf die Arbeitslosen in Richtung Zwangsarbeit!

3. Länderprogramme „gegen Jugendarbeitslosigkeit und Lehrstellenknappheit"

Zur Zeit laufen in den Bundesländern Arbeitsbeschaffungsprogramm für die Jugend von über 260 Millionen Mark, ohne Bremen, das Saarland und Schleswig-Holstein, wo uns die Höhe der Programme nicht bekannt ist. Drei Beispiele:

„Bremen: ... erhalten Betriebe der Hansestadt, die zusätzliche Dauerarbeitsplätze für arbeitslose Jugendliche unter 18 Jahren schaffen, die keine oder noch keine Berufsausbildung anstreben, aus Landesmitteln auf 100 Prozent der Lohnkosten aufgestockte Eingliederungsbeihilfen."

„Saarland: ... sieht die Gewährung in Höhe von 40 % der Ausbildungsvergütung an saarländische Betriebe vor, die zusätzliche Ausbildungsplätze begründen."

Welcher Kapitalist würde bei derart lockendem Angebot an billiger jugendlicher Arbeitskraft nicht begeistert zuschlagen?

„Niedersachsen: ... Das Land will durch das schulische Berufsgrundbildungsjahr u.a. die Wirtschaft vom kostenintensiven ersten Ausbildungsjahr entlasten ..." (Alle Zitate aus Handelsblatt vom 31.3.77)

Die Spaltung der Arbeiter – Senkung des Lohnniveaus der Arbeiterklasse – Plünderung der Arbeitslosenversicherung zum Zweck der Mästung der Kapitalisten – Einführung von Zwangsarbeit und Vorbereitung eines Arbeitsdienstes – das ist der ganze Zweck der Arbeitsbeschaffungsprogramme. – (Z-Red)

„Dies ist der erste Schritt im Kampf gegen die Schulunterdrückung"

Öffentliche Klassenbuchverbrennung

Bremen. Am Schulverbund Lesum sind in der letzten Woche die Klassenbücher zweier zehnten Klassen öffentlich verbrannt worden, ein weiteres ist spurlos verschwunden. Der Jahrgangssprecher, zugleich Mitglied des KJB, hat die Verbrennung fotografiert. Jetzt hat er ein unbefristetes Hausverbot erteilt bekommen, weil er die Verbrennung nicht verhindert, gemeldet und die tätigen Schüler denunziert hat. Dagegen protestierten rund 200 Schüler am Samstag auf einer Kundgebung auf dem Schulhof.

Das Klassenbuch der 10g war am 11.5. öffentlich verbrannt worden. Die Schüler vertraten die Meinung, daß die Einträge im Klassenbuch ungerecht seien, weil das Klassenbuch nur als Druckmittel auf die Schüler wirke, ohne einen wirklichen Nutzen für die Schüler zu haben. Deshalb haben sie es verbrannt, und damit dies auch jeder erfährt haben sie anschließend das Klassenbuch begraben und mit einem Grabstein versehen.

Entschlossen stellten sie fest, daß dieses Klassenbuch jetzt kein Druckmittel mehr ist und auch nicht mehr sein wird.

Das Verbrennen des Klassenbuchs fand bei den übrigen Schülern großes Interesse. Einige Schüler sagten: „So wird unser Klassenbuch hoffentlich auch bald enden." Eine Schülerin wußte zu berichten, daß Schüler ihrer Klasse teilweise 60 Einträge haben, weil sie sich gegen den Lehrer aufgelehnt haben. Sie meinte weiter, ihre Klasse würde ihr Klassenbuch sicher auch verbrennen, wenn es nicht seit zwei Wochen spurlos verschwunden wäre. Die Schüler schreiben in einem Flugblatt dazu: „Diese Verbrennung ist erst ein erster Schritt, denn die Kämpfe gegen die Ungerechtigkeit müssen weiter geführt werden. Gegen die Bemerkungen im Zeugnis, gegen die Noten, denn mit Bemerkungen im Zeugnis bekommt man garantiert keine Lehrstelle, sondern wird ohne Ausbildung billiger Hilfsarbeiter. Der Kampf gegen die Fünfen und Sechsen muß geführt werden, wie auch dagegen, daß zwei Schüler an dieser Schule keinen Hauptschulabschluß bekommen sollen."

Am 12.5. brannte dann das Klassenbuch der 10e und das der 10n war „plötzlich" verschwunden. Die Schulleitung machte Druck. „So ginge das nicht und die Schüler würden verführt". Tatsache ist aber, daß dagegen bereits in zwei Klassen die Mehrheit in einer Resolution die Verbrennung begrüßt hat. Die Schüler sind gegen die Schulunterdrückung.

Sie haben ein Flugblatt geschrieben, was die Verbrennung unterstützt, den Rektor angreift und zu einer Versammlung aufgerufen. Rund 200 Schüler waren auf dem Pausenhof anwesend. Sie forderten die sofortige Aufhebung des Hausverbots für den Jahrgangssprecher. Die Polizei rückte an, um den Bruder des Jahrgangssprechers vom Pausenhof herunterzuholen. Er arbeitet auf dem Vulkan und hat erklärt, hier an der Versammlung teilzunehmen, weil der Kampf gerecht sei, er darüber auf der Werft berichten und für die Unterstützung dieses Kampfes durch die Vulkan-Arbeiter eintreten wolle. Die Schüler haben sich gefreut, daß einer vom Vulkan da war. Sie wissen, daß die Solidarität der Arbeiter ihnen hilft. Als die Polizei kam, wurde sie schnell umringt, ein Knaller flog auf den Wagen, dieser wurde eingekreist und während die Beamten sich bald nicht mehr raustrauten, schaukelten die Schüler der sechsten und siebenten Klassen den Wagen, während die älteren die Rücklichter nebst Birnen demontierten. 15 Polizisten und MEK-Leute zur Verstärkung brachten es auch nicht. Sie versuchten noch, einen Schüler zu verhaften, aber da waren gleich alle Schüler zur Stelle und haben die Polizisten mal etwas geschubst. Vom Schulverbund zogen die ca. 200 Schüler durch die benachbarten Schulen. An den Schulen Heisterbusch und Bördestraße waren es bereits 250. Um diesen Kampf der Schüler weiterhin sichtbar zu machen, wurde auf einer Fußgängerbrücke über die Autobahn die Abschlußkundgebung durchgeführt. Auf der Kundgebung wurde aufgerufen zur Versammlung aller Schüler des Schulverbundes am Montag früh, um das Hausverbot zu Fall zu bringen. Dort wird die Durchführung eines Schulstreiks und einer Demonstration durch Bremen Nord vorgeschlagen und beraten werden. Flugblätter und Transparente bereiten die Schüler jetzt dazu vor. – (k./p.)

Notenterror

Der Kampf gegen die Fünfen und Sechsen, gegen die Nichtversetzung, gegen die Sonderschulen und für die Einheitsschule macht Fortschritte. Nicht nur, daß der Kampf der Schüler an Breite gewinnt, sondern die Auseinandersetzung innerhalb der Lehrerschaft organisiert sich. In der monatlich erscheinenden GEW-Zeitung versucht man, politische Verwirrung unter dem Gesichtspunkt zu verbreiten, daß nach den Gesetzen und vor allem nach dem niedersächsischen Erlaß vom 20. Juli 1973 „kein Lehrer gezwungen ist, Fünfen und Sechsen zu geben.“

„Zeugnisse sind auch rechtlich von Bedeutung“, ist im Erlaß zu lesen und macht deutlich, auf was die Bourgeoisie hinaus will. „Die Note Mangelhaft soll erteilt werden, wenn die Leistung den Anforderungen nicht entspricht.“

Die Anforderungen werden durch den bürgerlichen Staat festgelegt. Dies macht sich nicht nur an den Schulbüchern fest, sondern an direkten Lehrplänen und festgelegten Lehrprogrammen. Es gibt auch x-erlei Berichte darüber, daß Lehrer, die einen anderen Notenschlüssel geben, aus diesem Grund mit der Schulbürokratie Schwierigkeiten bekommen und suspendiert werden. Die päd. extra ist in ihrer Einschätzung und ihren Vorschlägen schon klüger:

„Gegen die Auslesefunktion der Schulen gibt es nur ein Kraut. Und dieses heißt: alle Schüler, besonders jene mit ungünstigen Vorraussetzungen, so weit fördern, daß sie das gemeinsame Lernziel erreichen. Wer einen solchen Unterricht veranstaltet und alle Schüler befähigt hat, die anstehenden Probleme zu meistern, der kann dann ruhigen Gewissens vor der obligatorischen Klassenarbeit festlegen, bei wieviel Aufgaben es eine Eins, Zwei, Drei usw. gibt und erreichen, daß er keinem eine Fünf zu geben braucht.“

eine Fünf zu geben braucht.“

Beide Vorschläge, wie Auseinandersetzungen gegen das Notensystem und speziell gegen die Fünfen und Sechsen geführt werden, werden in Kritik der „KBW-Aktion Weg mit dem Notensystem“ geführt. Die Aktionen, die die KBW-Lehrer im Bezirk Weser-Ems geführt haben, werden kritisiert: „Denn der Fehler der gescheiterten Kollegen scheint mir darin bestanden zu haben, daß sie nicht radikal genug vorgegangen sind. Sie haben die Zensurenpraxis losgelöst von der Unterrichtspraxis kritisiert und in Frage gestellt, sie haben ohne Absprachen mit anderen Kollegen und den Eltern gehandelt. Und damit haben sie – ohne es zu wollen – Angst und Unsicherheit verbreitet.“

Dazu muß man feststellen, daß diese Kritik rechts ist und die politischen Fehler, die gemacht worden sind, nicht geklärt werden können. Denn Absprachen hat es schon mit den Eltern und auch Lehrern gegeben. Auch ist die Kritik nicht richtig, daß wir den Kampf gegen das Notensystem losgelöst von den Inhalten behandeln. Dies ist überhaupt nicht möglich, schon rein logisch nicht. Denn wie entwikkeln sich die Widersprüche, daß die Lehrer die Fünfen und Sechsen geben? Entlang des Unterrichts.

Die Hauptkritik muß darin liegen, daß die Lehrer sich nicht auf den Kampf der Schüler, Eltern und vor allem der Arbeiterklasse gestützt haben. Diesen Kampf und diese Auseinandersetzungen gibt es. Sie müssen von den Lehrern unterstützt werden. Jeden Tag gibt es Protest der Schüler gegen die Unterdrückung an den Schulen, jeden Tag werden dagegen Aktionen durchgeführt. Am Anfang sind es kleine, oft auch keine bewußten Aktionen, oft sind es auch große Kämpfe, die geführt werden. Dies wird nicht von der Redaktion der päd. extra gesehen, von uns schon lange!

Daran haben sich die Lehrer nicht gehalten. Die Redaktion von päd. extra hält sich nicht nur nicht an die Kämpfe, sondern baut eine politische Front dagegen auf. Warum unterstützen die Linken, die diese Zeitung lesen, und auch diese Zeitung selber diesen Kampf gegen den Notenterror nicht? Warum arbeiten sie diesem Kampf entgegen, indem sie „Angst und Unsicherheit“ den revolutionären Lehrern in die Schuhe schieben?

Dies tun sie, weil die Schulunterdrükkung nach ihrer Ansicht nicht nur fortgesetzt werden, sondern sogar noch ausgebaut werden soll. Dies weiß die Redaktion von päd. extra genau, denn sie wird aus Lehrern bestehen, die sich mit den Verhältnissen auskennen und auch genau wissen, daß die Schulunterdrückung bekämpft wird. Auch die Linken, die meinen, durch verbesserten und gefilterten Unterricht zu unterdrücken, werden dies spüren. Selbst die Lehrer, die im KBW organisiert sind und sich an verschiedenen Punkten nicht prinzipiell von Unterdrükkung ausschließen, bekommen dies zu spüren. Weil wir dies wissen, werden wir bei uns die hinteren Seiten der Zeitschrift besonders beachten, denn es wird, eines Tages unter der Rubrik „päd. markt“ zu lesen sein: „Von den Schülern, Eltern und Lehrern ausgestoßener päd.-Lehrer sucht neuen Wirkungskreis.“

Man muß alles tun, um den Streik bundesweit zu stärken

Interview mit einer Personalrätin zum Medizinerstreik

Wie Du ja weißt, streiken die Medizinstudenten bundesweit für einen Ausbildungs- und Tarifvertrag im Praktischen Jahr. Warum ist es Deiner Meinung nach notwendig, diesen Streik seitens der Klinikbelegschaft und ihres Personalrates zu unterstützen?

Mit dem Praktischen Jahr für die Medizinstudenten wird meiner Meinung nach eine weitere Spaltung der Belegschaft betrieben. Diese Taktik versucht der Dienstherr gegenwärtig verstärkt durchzusetzen. Reichhaltige Erfahrungen haben wir damit an den Kliniken bisher gemacht. – Wie z.B. als Anfang 76 die Landesregierung den Lohn der studentischen Sitzwachen um 30 % kürzte, die seither ohne festen Arbeitsvertrag arbeiten, keine tariflichen Rechte haben, nicht durch den Personalrat vertreten werden können, und jederzeit auch rausgeschmissen werden können. – Wie die seit einigen Monaten beschäftigten privaten Putzkolonnen, die akkordähnlich arbeiten müssen und unterhalb der Tarife im öffentlichen Dienst bezahlt werden. Auch sie fallen nicht in den Vertretungsbereich des Personalrates. – Wie mit dem Tarifabschluß für die Krankenpflegeschüler, die seit dem 1. April in Kraft getreten ist, bereitet der Dienstherr vor, die Schüler auf den Status der Internatsstudenten herabzudrücken.

Nur mit einer geeinten Belegschaft wird es möglich sein, uns gegen die Angriffe des Dienstherrn, Stellenkürzungen, Herabstufungen usw., die in großem Umfang für das neue Klinikum geplant sind, zu wehren und unsere Interessen durchzusetzen. Aus all diesen Gründen wird ersichtlich, daß die Klinikbelegschaft sich mit den Medizinstudenten solidarisieren und ihren Streik für einen ATV unterstützen muß.

Häufig ist bei den Diskussionen das Argument von den Kollegen gekommen, daß sie einen ATV für richtig halten, aber nicht bereit sind, sich für solche Studenten einzusetzen, die später mal ihre Vorgesetzten werden und sie schikanieren und unterdrücken sollen.

Diese Erfahrung machen die Kollegen sicherlich in der täglichen Auseinandersetzung auf den Stationen. So wenn zum Beispiel aufgrund von Personalkürzungen Zimmerschließung beschlossen wird und ein Teil der Ärzte sich strikt dagegen ausspricht, und die Rationalisierungsmaßnahmen des Dienstherrn unterstützt. Angeblich alles zum Wohle der Patienten. Was aber nichts anderes heißt als eine weitere Verschlechterung der medizinischen Versorgung und eine Steigerung der Mehrarbeit für die Beschäftigten. Zu solchen Ärzten sollen sie durch das Hochschulstudium ausgebildet werden. Daran können wir kein Interesse haben. Es wird ersichtlich, wie nötig ein ATV während der Ausbildung ist. Eine materielle Absicherung und politische und gewerkschaftliche Rechte sind notwendig für die Studenten, um für eine Änderung der Ausbildung und ihrer Inhalte eintreten zu können.

Darum geht es bei diesem Streik auch nicht um die Durchsetzung ständischer Interessen der Mediziner.

Die Mediziner-VV in Göttingen hat in der letzten Woche beschlossen, den Streik abzusetzen und über Diskussionen in den Seminaren und Vorlesungen die Streikfront wieder aufzubauen.

Ich finde den Beschluß der Studenten, für den ATV zu streiken, richtig. Seit einem Jahr versuchen sie ja, über Diskussionen, Resolutionen und Flugblätter eine Durchsetzung des ATV zu erreichen. Davon hat sich die Regierung aber nicht beeindrucken lassen. Deshalb bleibt der Streik als einzige Möglichkeit. Dadurch, daß der Streik bundesweit beschlossen wurde, erscheint mir die Möglichkeit, den ATV auch zu erreichen, als sehr gut. Deshalb finde ich es verkehrt, daß in Düsseldorf, Hamburg und auch in Göttingen der Streik unterbrochen wurde, denn die Erfahrungen haben wir doch auch im letzten Lohnkampf gemacht.

Nur durch einen Streik, der auch konsequent durchgehalten wird, hätten wir die 170 DM erreichen können. Es ist doch klar, wenn man einmal einen Streik unterbrochen hat, ist es schwierig, ihn wieder aufzunehmen. Ich bin der Meinung, daß man aber alles tun muß, um ihn auch hier in Göttingen wieder aufzubauen und auch somit den Streik bundesweit zu stärken. – (Uni-Kliniken, Göttingen)



Weitere Pläne für Lohnkürzung bei Referendaren

In der letzen Maiwoche soll das Besoldungsanpassungsgesetz, über das wir in der letzten Ausgabe berichteten, in erster Lesung im Bundestag behandelt werden, nachdem der Bundesrat der Regierungsvorlage bereits zugestimmt hat. Zur Zeit berät der Innenausschuß noch das Gesetz. In Hamburg hat eine Vertrauensleuteversammlung der GEW gefordert, eine Urabstimmung für einen eintägigen Warnstreik im Juni durchzuführen. Beschlossen wurden folgende Forderungen:

1. Einstellung aller Lehrer, Sozial-

rungen:

1. Einstellung aller Lehrer, Sozial-
pädagogen und Erzieher bei voller Stundenzahl; 2. Keine Klasse über 25; 3. Abwehr der geplanten Besoldungsverschlechterungen. Kein Lehrer unter A 13.

Mit dem Paragraphen 77 im Besoldungsanpassungsgesetz wird der Druck der Reservearmee der arbeitslosen Lehrer über die Anwärterbezüge auf die Lehrer wirksam. Zunächst werden, wie berichtet, die Anwärterbezüge um 6,4 % zum 1.7.77 gekürzt. Weiter werden die Stufenlehrer auf A 12 zurückgestuft. Bei einem Referendar unter 26 Jahren macht das eine Gehaltskürzung von 133 DM, bei einem über 26: 149 DM, ein verheirateter Referendar hat 184 Mark weniger.

Die Personalversammlung der Hamburger Gerichtsreferendare stellte am 4. Mai folgende Forderungen auf:

Keine Nettogehaltskürzungen im Anwärterbereich; Sofortige Auszahlung der Tariferhöhungen; Für ein einheitliches Ausbildungsverhältnis für alle Referendare; Keine besonderen Treuepflichten gegenüber dem Staat; Geltung der Tarifverträge und Streikrecht für Auszubildende.

Nach der Versammlung zog die Hälfte der anwesenden 70 Gerichtsreferendare mit einem Transparent gegen die Kürzung der Anwärterbezüge zum Rathaus und überbrachte die verabschiedete Resolution.

zum Rathaus und überbrachte die verabschiedete Resolution.

Die Aktionen und Forderungen der Lehrer und Gerichtsreferendare richten sich gegen die Absicht, diese Teile der Beschäftigten im öffentlichen Dienst zu „Hilfeempfängern“ des bürgerlichen Staates zu machen. Inzwischen sind dazu folgende Vorhaben bekannt:

– Die SPD-Bundestagsfraktion strebt eine einheitliche Bezahlung der Referendare an, „knapp über tausend Mark“ (Frankfurter Rundschau); eine „starke Mehrheit“ im Bundesrat will den Grundbetrag bei allen nach dem 31.8. beginnenden Referendaren um 16 % (unter 26 Jahre) und 14 % (über 26 Jahre) kürzen. Der Bremer Bürgermeister und stellvertretende SPD-Vorsitzende Koschnick tritt für einheitliche Besoldung nahe des Graduiertenförderungssatzes ein, das sind im Moment knapp über 800 DM.

Schreibkräfte kämpfen gegen Einführung von Akkordarbeit

Universität Bremen

Am Dienstag, den 10. Mai, haben die Schreibkräfte und einige Beamte der Universität Bremen im Bereich von Lehre und Forschung nicht gearbeitet: Auf einer Personalversammlung haben sie beraten, wie sie ihre Forderungen gegen den verschärften Arbeitsdruck durchsetzen können.

Seit 1974 versucht der Staat, einen zentralen Schreibdienst einzurichten. Gruppen von 20 oder mehr Schreibkräften sollen in Großräumen zusammengepfercht werden, sollen dort nichts als tippen, unter der Fuchtel einer Aufseherin. Sie sollen dort eine Mindestzahl von Anschlägen leisten. Um mehr aus ihnen rauszuholen, wird der Lohn so niedrig gesetzt, daß sie auf Prämien angewiesen sind.

1974 hatte die zuständige Behörde geplant, sämtliche Schreibkräfte der Universität aufs schärfste zu überprüfen. Von jedem Schriftstück sollte eine Kopie abgeliefert werden, alle 10 Minuten sollte die augenblickliche Tätigkeit notiert werden, abends sollten die Anschläge ausgezählt werden – das alles vier Wochen lang.

Durch den Widerstand der Kollegen war die Behörde damals gezwungen worden, den Plan zurückzunehmen. Ihr Ziel aber verfolgt sie weiter: aus weniger Schreibkräften mehr Arbeit zu holen, den Arbeitstag zu verdichten, den Lohn zu drücken.

Die Zusammenfassung der Schreibkräfte in zentralen Schreibbüros bedeutet bereits eine schärfere Ausnutzung der Arbeitskraft. Sie bereitet aber gleichzeitig den nächsten Rationalisierungsschritt nur vor. Durch Textverarbeitung werden Manuskripte, Formulare, Briefe gespeichert und können mit Änderungen in kürzerer Zeit reproduziert werden. Beim Überarbeiten eines Manuskripts muß nicht mehr geschnitten und geklebt werden. An beliebiger Stelle kann man streichen, einfügen, korrigieren und erhält anschließend das weitere entsprechend angepaßt.

Solche Maschinen sind relativ teuer. Voraussetzung dafür, daß sich ihr Einsatz für den Staat lohnt, ist die Zentralisierung und Spezialisierung der Schreibarbeit. Schon hat ein Hochschullehrer ein solches Schreibsystem für 39 000 DM beantragt. Aus Geldmangel wurde es vorläufig abgelehnt.

Bei der Abwehr der Überprüfung 1974 haben die Schreibkräfte der Universität ihre Kampfkraft erfahren. Inzwischen gibt es weniger Schreibkräfte, aber mehr Hochschullehrer. Für jede Schreibkraft heißt das: mehr Arbeit. Um die Sache noch mehr voranzutreiben, will der Dienstherr die Überprüfung erpressen. Er muß den Schein des „Objektiven‘ aufbauen. Vor einem Jahr wurde eine Stellensperre verhängt, die erst aufgehoben werden soll, wenn die Überprüfung durchgeführt wird. Die Situation kam zum Überkochen, als der Senat keine der 18 Stellen bewilligte, die die Universität für 1978 beantragt hatte.

Die Antwort der Kollegen war der Vorschlag, einen Warnstreik durchzuführen, sich in keinem Fall mehr aufs Verhandeln und Taktieren zu verlassen, sondern nur noch auf sich selbst.

Der Personalrat mußte die Personalversammlung durchführen. Etwa 80 % der Schreibkräfte, eine Reihe von Professoren, an die 100 Studenten beteiligten sich. Einstimmig beschloß die Versammlung die Forderungen: Freigabe der gesperrten Stellen, Bewilligung der beantragten Stellen nach dem zwischen Personalrat und Unileitung vereinbarten Schlüssel. Dazu wurde beschlossen: Verbot der Akkordarbeit und aller akkordähnlichen Systeme.

Einmütig lehnte die Versammlung jede Überprüfung ab. Dies ist ein Schritt nach vorn. Denn seit Monaten bearbeiten die Vorgesetzten und viele Hochschullehrer die Schreibkräfte mit der Behauptung: Nur, wenn wir in allen Einzelheiten beweisen, was wir tun, kriegen wir mehr Stellen. Hinterrücks wollen sie so die Überprüfung durchsetzen. Dabei versuchen sie zu spalten, wo sie können. Am liebsten probieren sie es mit ‚faul – fleißig‘. Faul ist, wer sich wehrt, wenn die Professoren drängeln, oder wer weniger kriegt von ihnen. Fleißig ist, wer auch abends oder gar am Wochenende tippt, weil das Skript des Herrn Professor doch so schrecklich bedeutsam ist. Viele Schreibkräfte haben in der Praxis eine Kaffeepause durchgesetzt. Bei der nerventötenden Arbeit und einer halben Stunde Mittag ist das unbedingt nötig. Mancher Professor tönt deswegen aber: Hört erst mal auf, Kaffee zu trinken, bevor ihr den Mund aufreißt.

Auch diese Spaltung verfängt ab und zu. Dagegen muß die Forderung lauten: Verkürzung der Arbeitszeit! 35-Stundenwoche bei vollem Lohnausgleich!

Die Sozialdemokraten versuchen die Spaltung zu erreichen durch Einschüchterung: „Redet bloß nicht von Warnstreik. Das gibt Lohnabzug.“ Ihre Taktik auf der Personalversammlung war: Mal schnell Dampf ablassen, einen allgemeinen Beschluß fassen, alle wieder an die Arbeit. Das ging nicht auf! Aus der Versammlung ging eine Abordnung zum Senat und konfrontierte ihn mit den Forderungen. Er verschanzte sich, mußte aber zusagen, seinen Vertreter zu einer erneuten Personalversammlung in die Universität zu schicken. Die Kollegen erwarten dann konkrete Zusagen. Bis dahin wurde „Go slow“ beschlossen. Unter den Hochschullehrern wird eine Unterschriftensammlung durchgeführt. Ein Plakat mit den Forderungen wird zum Tag der Offenen Tür in der Universität ausgehängt.

Sofort nach der Versammlung begannen verstärkte Spaltungsversuche durch die Vorgesetzten. Ein Juso-Professor bekniete die Schreibkraft so lange, bis sie seine Vorlage vorrangig bearbeitete. Die Kolleginnen diskutierten das auf einer Versammlung und beschlossen: Wir bleiben erst recht bei „Go slow“.

So kann die Front gestärkt werden. Die nächste Personalversammlung soll über eine Arbeitsniederlegung beraten, falls der Senator keine befriedigenden Zusagen macht. – (Zelle Universität, Bremen)

Soldaten- und Reservistentag Samstag, 28.5.77 in Hannover

Lied der Bundeswehrsoldaten

Wir Bundeswehrsoldaten
Haben folgendes erkannt:
Dies ist ne imperialistische Armee
Mit Arbeitern bemannt.
Wir haben kein Interesse
An Unterdrückung und Krieg.
Was Kapitalisten für sich wolln
Das ist uns gar nicht lieb!

Einhundertfünfundsechzig Mark
Oder zweihundertzehn
Das ist der tolle Wehrsold,
Den sie uns zugestehn.
Da kann man nicht von leben,
Das ist ein rechter Hohn.
Drum fordern wir die Fortzahlung
Vom vorherigen Lohn!

Das Leben bei der Bundeswehr
Hat Unterdrückung viel.
Wirst ständig übel schikaniert
Das wird uns jetzt zu viel!
Wir wolln verweigern können
Und zwar zu jeder Zeit!
Wir brauchen diese Rechte jetzt
Wie bei der Arbeit!

Das Essen in der Küche hier,
Das ist ein schlechter Fraß.
Du wirst gefüttert wie ein Tier,
Jetzt ist es voll, das Maß!
Die Küche muß mehr Geld bekommn,
Für bessres Essen jetzt!
Wir sehn nicht ein, daß wir das zahln
Von unserem Geld zuletzt!

Die Freizeit, die du hier bekommst,
Wird oft die eingeschränkt.
Denn Nachtappelle, Sonderdienst
Bekommst du angehängt.
Wir wolln kein Dienst nach Dienstschluß
Und Sonntagsdienste mehr!
Für Überstunden, Sonderdienst
Muß voll Dienstausgleich her!

Wenn du nicht alles mitmachst,
Dann würgt man dir ein rein.
Erzieherische Maßnahmen
Oder Diszi wird es sein!
Das ist nichts als Schikane
Und Unterdrückung, Mann!
Die Diszis und Erzieherischen
Wolln wir nicht mehr habn!

Wenn du dein Urlaub nehmen willst
Dann sagen sie dir das:
„Du kriegst den Urlaub, wenns uns paßt
Nicht wie du das vorhast!
Du mußt den Urlaub halbiern!
Oder mit den anderen zusammn!"
Wir wollen aber Urlaub habn
Wenn uns es paßt, ja dann!

Du darfst hier bei der Bundeswehr
Nichts politisches tun.
Denn alles, was du tun darfst
Ist Gehorchen, so ein Hohn!
Politische und gewerkschaftliche
Freiheit brauchen wir!
Wir nehmen sie und benutzen sie
Gegen diese Bundeswehr!

Die Bundeswehr ist eine Armee
Für das Kapital
Sein Interesse widerspricht
Dem unseren total.
Die Waffen für das Volk
Das für seine Interessen kämpft!
Zersetzen wir die Bundeswehr!
Schaffen wir die Volksmiliz!

Melodie: „Bolle reiste jüngst ..."

Agitproptruppe Oldenburg

8.00 Uhr Sternmarsch von den Sammelplätzen in Hannover-Limmer, List und Döhren zum Klagesmarkt
10.30 Uhr Standkonzert mit Kulturgruppen auf dem Klagesmarkt
12.30 Uhr Kundgebung
15.00 Uhr Abschlußveranstaltung in der Eilenriede-Halle, Wahl eines Sprecherrats des Soldaten- und Reservistentages



„Eigentlich müßten wir sofort streiken!"

Braunschweig. Am Freitag hat der Bundesrat in seiner Sitzung die Einfrierung der Beamtenanwärterbezüge beschlossen. Am Dienstag wurde in der Gemeindeverwaltungsschule von den drei Lehrgängen, die Unterricht hatten, eine Versammlung während der Unterrichtszeit durchgesetzt. Gemeinsam wurde über Kampfmaßnahmen gegen diesen unverschämten Angriff des Dienstherrn beraten. Beschlossen wurde eine Vollversammlung aller Schüler der Gemeindeverwaltungsschule (Anwärter aus dem ganzen Verwaltungsbezirk Braunschweig) Ende nächster Woche durchzuführen. Die Schülervertretung soll unverzüglich mit der Vorbereitung beginnen. Der Bundestagsabgeordnete und Mitglied des Finanzausschusses des Bundestages Kühbacher (SPD) – früher war er Stadtamtmann und Lehrer an der GVS – soll aufgefordert werden, vor der Vollversammlung Rechenschaft abzulegen.

„Wenn bei Siemens oder VW Sie sich so etwas getraut hätten, würden sofort die Bänder still stehen." „Eigentlich müßten wir sofort streiken." Die Debatte um einen Streik gegen die Kürzung und Einfrierung der Anwärterbezüge wird unter den Anwärtern geführt.

Bremen. Ermutigt durch den Tarifabschluß im Öffentlichen Dienst und dem frechen, von der sozialdemokratischen Gewerkschaftsführung gebilligten Tarifbruch bei der Lohnauszahlung, sollen jetzt besonders entrechtete Teile der Lohnabhängigen im Öffentlichen Dienst weiter ins Elend gedrückt werden. Jüngst veröffentlichte der „Planungsausschuß zur Eindämmung der kirchlichen Gehaltszuschüsse" der Bremischen Evangelischen Kirche (BEK) den Plan für den Angriff: „Die gehaltliche Angleichung an die staatliche Verwaltung mag allgemein wünschenswert sein, sollte aber nicht um jeden Preis und ohne Einschränkung aufrechterhalten werden." „Mehr Mut in dieser Sache" lautet der Aufruf, denn die Kirchen sollten nicht „dem Trend folgen, der die Wahrung des Besitzstandes zur alleinigen Priorität erhebt". Grundlage für diesen Angriff ist der staatliche Schutz der „Tendenzbetriebe", die die Lohnabhängigen in diesen Einrichtungen von den erkämpften Rechten der Arbeiterklasse, zum Beispiel Tarifautonomie und der Interessenvertretung, abtrennt.

„Angesichts der erheblichen Unruhe, die diese Äußerung jetzt bei den über 800 BEK-Bediensteten ausgelöst hat, ließ die Kirche ... erklären, „es handle sich um
die diese Äußerung jetzt bei den über 800 BEK-Bediensteten ausgelöst hat, ließ die Kirche ... erklären, „es handle sich um
vorbeugende Überlegungen für den Fall, daß die Finanzlage der BEK einschneidende Veränderungen sowohl in der finanziellen Ausstattung ... als auch in der Personalpolitik erfordern sollte!" (Weserkurier, 5.5.77) Dieser Angriff muß zurückgeschlagen werden, indem die Tendenzschutzparagrafen zu Fall gebracht werden, um die Einheit aller Lohnabhängigen gegen den staatlichen Dienstherrn herzustellen.

Daimler-Schule Westberlin. Die Daimler-Schule ist ein Zuchthaus, der Direktor Urlaub eine Unterdrückerkreatur. Kaugummikauen im Unterricht, Pfeifen und Ausspucken auf dem Hof, Anbehalten von Jacken im Unterricht, all das steht unter Strafe. Wer zum Direktor zitiert wird, hat sich vor ihm zu verbeugen. Urlaub liest den Schülern ihre Schulakten vor und droht, wenn das aufsässige Verhalten so weiter ginge, daß sie dann den gewünschten Abschluß wohl kaum erreichen würden. Die Zukunftsaussichten sind elendig.

Von den elf Schulabgängern der 7. Klasse ohne Abschluß haben gerade zwei Lehrstelle oder Arbeit. Viele wollen den Realschulabschluß machen. Bekannt ist, daß höchstens 30 % einer 10. Klasse den Abschluß schaffen. Das ist so festgelegt. Um nicht auf der Straße zu sitzen, sehen einige der Schüler, die jetzt abgehen, keine andere Möglichkeit, als am „berufsvorbereitenden Lehrgang" vom Arbeitsamt teilzunehmen, wo sie völlig rechtlos sind und ganze 55 DM im Monat erhalten. Flugblätter zur Kampagne Gewehre für die Jugend von Zimbabwe haben eingeschlagen an der Schule. Das hat Urlaub gleich gemerkt. Zwei Schüler hat er von der Schule geschmissen, weil sie die Flugblätter an der Schule verteilt haben. Im Deutschbuch steht: Die Schulen in Afrika, erbaut von den Weißen, seien ein Segen für die Schwarzen, weil sie dadurchendlich eine fundierte Ausbildung erhielten. Die Jugendlichen in Zimbabwe, die abhauen von den Unterdrückerschulen, beweisen das Gegenteil. Die Jugendlichen an der Daimler-Schule haben selbst Erfahrung mit der Schule und nehmen den Kampf auf. Die Schüler der Schulzeitung haben den Direktor interviewt und gefragt, warum er Fünfen und Sechsen gebe. Er hat nichts anderes zu sagen gewußt, als daß die Noten schon immer ungerecht waren und es im übrigen überall auf der Welt Noten gebe. Auf dem Schülertreff wurde beschlossen, eine Schülergruppe zu machen, die als nächstes das Interview veröffentlicht mit einem entsprechenden Kommentar. Einheit wurde hergestellt, daß die Fünfen und Sechsen beseitigt werden müssen und niemand hängen bleiben darf. Die Lehrer werden jetzt gefragt, warum und wie sie Noten geben. Das muß geklärt werden. Dann kann man sich zusammenschließen zu den Konferenzen, um deren Durchführung zu verhindern. Inzwischen sind vier Schüler in den KJB eingetreten.

„Du sollst so gemacht werden, daß man gleich aufgibt"

Berufsgrundbildungsjahr im ‚Christlichen Jugenddorf'

Ein ehemaliger Schüler der Fridtjof-Nansen-Hauptschule in Kiel-Gaarden führte mit mir folgendes Gespräch. Er macht zur Zeit einen sogenannten „Berufsförderungslehrgang" bzw. ein Berufsgrundbildungsjahr in einem christlichen Jugenddorf in Westerholt bei Gelsenkirchen. Vor zwei Jahren wurde er von der Schule geschickt. Das 9. Schuljahr wurde ihm wegen schlechten Noten im Zeugnis nicht genehmigt und so stand er ohne Abschluß auf der Straße, ohne Hoffnung auf weitere Ausbildung oder Arbeit. Schließlich blieb ihm nichts anderes übrig, als auf einen „Lehrgang" vom Arbeitsamt zu gehen, d.h. in das CJD. Er rät jetzt jedem davon ab, in so ein „Dorf" hineinzugehen, es dient nur der Ausbeutung jugendlicher Arbeitskraft und der Züchtung billiger und widerstandsloser Arbeitskräfte.

Der Lehrgang dauert ein Jahr lang. Er wird vom Arbeitsamt bezahlt. Die Jugendlichen sind weit entfernt vom Elternhaus und können nur jedes 4. Wochenende mal nach Hause, wenn sie das Geld dazu haben. Das CJD ist erziehungsberechtigt, die Eltern schließen einen entsprechenden Vertrag ab. Der Lehrgang ist eine Vorbereitung auf verschiedene Berufszweige, hauptsächlich Metall und Bergbau.

„Da wirst Du einfach reingestopft."

„Wie ist der Tagesablauf im CJD?"

„Wir arbeiten in zwei Gruppen und zwei Schichten: Frühschicht und Spätschicht. Wer eine Minute zu spät kommt, muß zwei Stunden Arbeitsdienst machen (Fegen o.ä.). Die Schichtarbeit wird auf der Zeche über Tage gemacht. (Im Bergbau darf unter 16 Jahre ja nicht unter Tage gearbeitet werden). Die erste Schicht ist von 7 Uhr bis 9.30 Uhr, die zweite Schicht von 10 Uhr bis 13 Uhr (1/2 Jahr Frühschicht und 1/2 Spätschicht). Pro Tag also 2,5 bis 3 Std. Arbeit. Dazu kommen pro Tag 4 Std. Schule in zwei Teilen, mit Mittagspause, sodaß die Spätgruppe erst ab 18.00 Uhr mit der Schule fertig ist.

„Wieviel Freiraum haben die Schüler?"

„Um 21.00 Uhr müssen wir ins Bett und um 21.30 Uhr geht das Licht aus. Außerdem müssen wir noch an Pflichtveranstaltungen („Jugendabende") und einer Gruppe („Freizeitgestaltung", d.h. Teppichknüpfen, Malen, Musik) abends im CJD teilnehmen."

„Was stellst Du in der Produktion her?"

„Stangendrehen wie am Fließband, Wasserkübelhalter in der Schweißerei, Zuggeräte heilmachen und reinigen, die letzte Dreckarbeit, Pumpen reparieren (entschlammen etc.), Pressluft-hämmer reparieren. Wir machen das in Zusammenarbeit mit den Lehrlingen. Die zeigen uns alles. Die Zeche verdient doppelt an uns. Das Arbeitsamt gibt dafür 8,50 DM pro Tag pro Mann an die Zeche. Wir sind 98 Leute. Pro Tag kriegt die Firma allein dadurch 833 DM."

„Wie heißt die Firma?"

„Zeche Bergmannsglück Westerholt. Durch das Berufsgrundbildungsjahr hat sie 98 kostenlose jugendliche Arbeitskräfte."

Wir haben gleich ausgerechnet, welchen Reibach die Firma pro Tag dadurch macht. Nehmen wir an, die Firma müßte die Arbeitskräfte entlohnen für nur 6 DM Stundenlohn. Das wären pro Tag 5 1/2 Stunden mal 49 Arbeiter mal 6 DM ist gleich 1 617,00 DM plus 833 DM aus der Arbeitslosenkasse, macht 2 450 DM pro Tag, im Monat rund 49 000 DM! Die Zeche bekommt also Geld dafür, daß sie Jugendliche ausbeutet. Schöne Berufsförderung!

„Und wie sieht es im Heim des CJD aus?"

„Unheimlich auf Spießbürgertum! Schikane und Unterdrückung! Wenn Du eine Kippe auf die Straße wirfst, kriegst Du 2 Arbeitsstunden aufgebrummt. Irgendwelche Dreckarbeiten. Jugendabende und „Freizeitgestaltungen" einmal die Woche sind Pflicht. Die Bücherei ist für 11-12-jährige (einmal die Woche kriegen wir 7 DM Taschengeld vom Arbeitsamt).

Du sollst so gemacht werden, daß man gleich aufgibt und sagt, daß man so und so nichts machen kann. Wenn Du im Jugenddorf ankommst, wirst Du sofort eingeschüchtert und bedroht. Es wurde uns gesagt, beim Verlassen des Lehrgangs müßten wir ihn selbst bezahlen: 15 000 DM. Damit halten sie uns unter Druck.

Die Jugenddorfordnung bedeutet Kontrolle von vorne bis hinten. Wir sollen zu ‚Ordnung und Sauberkeit' erzogen werden. Es ist vieles verboten: Rauchen nur in der Raucherecke, Verbot von Alkoholgenuß, Trampen, Fahrräder, Waffenbesitz (Feuerwerkskörper). ‚Jedes Leben in einer Gemeinschaft fordert eine verantwortliche Haltung des einzelnen, damit ein geordneter Ablauf gewährleistet ist. Wer sich an die Formen gemeinsamen Lebens nicht halten will, muß mit entsprechenden Maßnahmen rechnen ... ! Zu allen Mahlzeiten erscheinen wir pünktlich und in ordentlicher Kleidung.' (Jugenddorfordnung)"

„Gibt es Vertretungsorgane?"

„Eine ‚Mitverantwortung' gibt es dort. Nennt sich Jugenddorfrat. Ich bin mit den meisten Stimmen hineingewählt worden, weil ich mich für früheres nach Hausefahren eingesetzt hatte. Wir hatten einen Sitzstreik dafür gemacht. Wir haben es durchgesetzt! Das war gleich der Anlaß, den Jugenddorfrat zu bilden. Das Jugenddorf bestimmt trotzdem über das nach Hause fahren. Wenn jemand was ausgefressen hat, dann darf er eben nicht. Aber im Jugenddorfrat ist immer einer von den Leitern dabei. Dann halten alle den Mund. Ich bin schließlich noch mit anderen rausgeschmissen worden."

„Wie sieht das mit der Ausbildung aus?"

„Der Lehrgang soll geändert werden und auf die Ausbildung zum Bergmann zugerichtet werden, weil die Schüler bis jetzt für den Betrieb später nicht zu gebrauchen waren. Die Ausbilder des Betriebes sollen ebenfalls die schulischen Einrichtungen leiten und führen. Das wird ziemliche Abhängigkeit und Kontrolle zur Folge haben.

Zwei Lehrer, die sich für uns eingesetzt haben und gut mit uns klarkamen, wollten sie rausschmeißen. Ich hab eine Unterschriftensammlung dagegen gemacht. Alle haben unterschrieben. Da war unheimlich was los. Streik und Demonstration sollten gemacht werden. Das ist nichts geworden, weil der Widerstand erstickt wurde. Jetzt haben die Lehrer doch die Kündigung gekriegt: ‚Wegen Rationalisierungsmaßnahmen entlassen.'

Beim Abschluß des Lehrgangs werden ‚sozialpädagogische Bewertungen' an das Arbeitsamt geschickt. Wer schlechte Zensuren darin hat oder irgendwie aufgefallen ist, ist noch beschissener dran als vorher."

Die Beurteilung erfolgt nach den Kategorien: 1. Einordnung in die Gruppe, 2. Anpassung an die Gemeinschaft, 3. Verantwortung, 4. soziale Ansprechbarkeit, 5. persönliche Ordnung und Sauberkeit, 6. Interesse. Die Bewertung erfolgt zwischen den Noten 1 bis 6 und unterdurchschnittlich, durchschnittlich und überdurchschnittlich.

Zum Berufsförderungslehrgang heißt es: „ ... (er) soll bildungsfähigen Jungen und Mädchen vor der Berufsentscheidung und vor dem Eintritt in das Arbeits- und Berufsleben helfen, seelische und leistungsfähige Stabilität zu erlangen, bessere bildungsmäßige Berufsvoraussetzungen zu schaffen, die Eignungs- und Berufsfindung zu erleichtern."

„Die Förderung verläuft auf dem Wege berufsneutraler werkpraktischer Unterweisung und schulischer Unterrichtung."

In der Schrift ‚Freiheit durch Bildung' vom März 1970 hat Kultusminister Braun von Schleswig Holstein dargelegt: „Die Berufsgrundschule hat ihren Standort in den Berufsschulen, soweit sie nicht von Bildungseinrichtungen der Wirtschaft übernommen werden kann ... Die obligatorische Einrichtung der Berufsgrundschule und der weiterhin verstärkte Ausbau der Berufsfachschulen schaffen die Voraussetzungen für erheblich verkürzte Ausbildungszeiten in den Betrieben."

Der Kultusminister macht sich also nicht nur Gedanken darüber, wie die Ausbildungskosten für die Kapitalisten gering gehalten werden können, er liefert ihnen auch die billige jugendliche Arbeitskraft nach einem Jahr Grundbildungsjahr. Die Bund-Länderkomission hat dazu den Umfang beschlossen: Danach soll das Berufsgrundbildungsjahr „sowohl in vollzeitschulischer als auch kooperativer Form entwickelt und im Planungszeitraum von 15 000 Jugendlichen im Jahre 73 auf mindestens 80 000 Jugendliche im Jahre 78 ausgebildet werden." – (KJB Kiel, Stadtteilzelle Garden)

Braunschweig. Die Vollversammlung der Technischen Universität Braunschweig hat am 13.5. bei 800 anwesenden Studenten sich fast einstimmig gegen die Disziplinarmaßnahmen gegen mehrere Soldaten gewandt, die sich am 1. Mai in Uniform an der Maikundgebung und Demonstration beteiligt haben unter den Forderungen nach Lohnfortzahlung während der Wehrdienstzeit und Recht auf jederzeitige Kündigung für Zeitsoldaten und Polizisten. In der Resolution heißt es: „Wir begrüßen das mutige Auftreten der Soldaten, die gemeinsam mit Arbeitern, Angestellten, Schülern und Studenten für ihre Rechte auf die Straße gehen und sich gegen Kadavergehorsam und Unterdrükkung in Armee, beim Bundesgrenzschutz und in der Polizei wehren. Wir fordern, daß kein Soldat wegen Teilnahme an Demonstrationen und Kundgebungen in Uniform am 1. Mai bestraft wird. Wir fordern insbesondere die Gewerkschaften auf, bei den zuständigen Stellen dafür einzutreten, daß die ausgesprochenen Strafen zurückgenommen werden."

Kiel. Seit letzten Mittwoch befinden sich 2 319 Fachhochschulstudenten aus Kiel, Rendsburg, Neumünster und Ekkernförde in einem vorerst auf eine Woche befristeten Streik. Das ist die Antwort auf eine neue Rahmenstudienverordnung nach Vorlage des Hochschulrahmengesetzes, in der u.a. die Regelstudienzeit von zehn auf sechs Semester bzw. von zwölf auf acht Semester gesetzt ist, auf die neue Satzung der Fachhochschulen ohne politisches Mandat, Satzungs- und Finanzhoheit, mit Staatsaufsicht und Registrierungszwang „studentischer Vereinigungen" und die Antwort auf die Verelendung der Studenten.

Der bundesweite Streik der Medizinstudenten für einen Ausbildungs- und Tarifvertrag im Praktischen Jahr wird begrüßt und unterstützt. Die Revisionisten und Sozialdemokraten im AStA, die anfangs selbst lautstark für Streik eingetreten waren, meinten schon zwei Tage vor Beginn, daß man sich nach dem Streik Gedanken über neue Kampfformen machen müßte. In einer Demonstration am ersten Streiktag haben 500 Fachhochschüler in Kiel ihre Forderungen bekräftigt und deutlich gemacht, daß sie es ernst meinen.

Bremen. Am Donnerstag fand eine Demonstration von 1 500 Bremer Studenten während der Anhörung zum Bremer Hochschulgesetzentwurf statt. Die Vertreter der Bürgerschaft, die auf der Kundgebung waren, wurden von den DKP-Studenten mit Transparenten vor dem Zorn der Studenten abgeschirmt. Trotzdem bekam der CDU-Vertreter nur einen Satz heraus, beim dritten Ei, das geflogen war, brach er ab. Der Vertreter des AStA der Uni Bremen (MSB) war gezwungen, in seiner Rede den Streik der AStA der Uni Bremen (MSB) war gezwungen, in seiner Rede den Streik der Medizinstudenten als Vorbild darzustellen, dem man es nachtun müsse. An der Hochschule für Technik hat die Vollversammlung den AStA beauftragt, sich auf der außerordentlichen Mitgliederversammlung der VDS für bundesweiten Streik im Wintersemester einzusetzen und für Urabstimmung darüber noch in diesem Semester. Nach der Kundgebung wurde eine kurze Demonstration zum Wissenschaftssenat durchgeführt. Die Behörde wurde von ca. 100 Studenten mehrere Stunden besetzt, bis Senator Franke die Pläne für die Verschärfung der Lehrerprüfungsordnung herauslassen mußte.

Clausthal. Der AStA der Technischen Universität Clausthal und die Fachschaft Mathe/Physik und Geowissenschaften haben sich in einer Resolution gegen die Absetzung des Vertrauensmanns Körber in der Ausbildungskompagnie 13/1 gewandt. Ihm wird die Beteiligung an der Oldenburger 1. Mai-Veranstaltung des DGB vorgeworfen, wo er für Lohnfortzahlung während der Wehrdienstzeit auftrat. In der Resolution heißt es, es sei „überhaupt nicht einzusehen, wieso jemand, der zum Bund kommt, auch noch draufzahlen soll, denn mit den 165 DM Sold kommt keiner aus. Die „Grundwerte", für die wir unsere Knochen herhalten sollen, lohnen das nicht. Werbetechnisch verpackt hießen sie 1914 „Gott, Kaiser, Vaterland", 1933 wurden sie „der Auftrag der Herrenrasse" und heute „Modell Deutschland". Der Inhalt war immer derselbe: „Das Florieren der deutschen Industrie," wie es das „Amt für Studien und Übungen der Bundeswehr" 1975 feststellte." Der AStA und die Fachschaften unterstützen die Forderung: Politische und gewerkschaftliche Freiheiten in der Armee.

Osnabrück. Am Donnerstag vergangener Woche haben über 700 Studenten für die Übernahme aller Studenten in den dritten Studienabschnitt der einphasigen Lehrerausbildung demonstriert. Nach dem sechsten bzw. siebten Semester gibt es kein BAFöG mehr, weil dann die Lehrerstudenten im Praktischen Halbjahr ein Gehalt beziehen sollen wie Lehrer im Vorbereitungsdienst. Das Wissenschaftsministerium hat nun in einem Erlaß die verlangte Zahl von Praxisstunden so hochgeschraubt, daß ein beträchtlicher Teil der Studenten die Eingangsvoraussetzungen nicht mehr erfüllt. Sie erhalten dann weder Gehalt noch BAFöG und werden ihr Studium abbrechen müssen. Als der Rektor der Universität die Forderungen der Studenten nicht unterschreiben wollte, haben die Studenten das Rektorat besetzt. Die „Neue Osnabrücker Zeitung" wurde durch den Einmarsch von 80 Studenten gezwungen, die Presseerklärung der Studenten abzudrucken.

Die Bewegung der Studenten und Schüler muß große Schritte vorwärts machen.

Etwa 20 000 Schüler, Studenten, wissenschaftliche Mitarbeiter und Hochschulassistenten haben am Freitag in Hannover demonstriert gegen die Unterdrückung an den Schulen und Hochschulen.

Die Medizinstudenten in Niedersachsen beteiligten sich an der Demonstration unter den Forderungen des Streiks für einen Ausbildungs- und Tarifvertrag im Praktischen Jahr.

Die Größe dieser Demonstration ist Ausdruck der Kämpfe im Volksbildungswesen und an den Hochschulen. Das System der Aussiebung an den Schulen ist unerträglich geworden. Immer mehr Jugendliche werden in die Sonderschulen gesteckt. Die Kapitalisten wollen an die jugendliche Arbeitskraft heran. Die Schüler bekämpfen das Notensystem. Verstärkt mischt sich die Arbeiterklasse in diese Kämpfe ein.

Die Zahl der arbeitslosen Lehrer vergrößert sich ständig und drückt auf die Lage der Lehrer, die in Arbeit stehen. Von den 3 500 ausgebildeten Bewerbern für das Lehramt an den Grund- und Hauptschulen wurden bis zum 1.5.1977 870 Lehrer eingestellt. Die Einführung des Vorbereitungsdienstes bedeutet für die Referendare einschneidende Gehaltskürzungen, Verschärfung der Prüfungen, Mehrarbeit und verstärkte politische Kontrolle und Bespitzelung.

An den Hochschulen verstärkt die Bourgeoisie die Unterdrückung der besitzlosen Studenten durch das BAFöG und den Angriff auf die Vertretungsorgane. In Göttingen und Braunschweig betreiben die Landesregierung und die Professorenreaktion das Verbot der Organe der verfaßten Studentenschaft und des politischen Mandats. Dagegen führt die Studentenbewegung große Streikkämpfe. In Göttingen hat eine Vollversammlung von 4 000 Studenten den Streik zunächst bis Montag beschlossen gegen die Angriffe auf das politische Mandat des AStA. In Braunschweig wurde ein einwöchiger Streik durchgeführt gegen das NHG und HRG, gegen die BAFöG-Neuregelung und für kostendeckendes Ausbildungsgeld.

Die Stoßrichtung dieser Kämpfe gegen den bürgerlichen Staatsapparat hat sich in den Forderungen auf der Demonstration nicht einheitlich ausgedrückt. Ein Fortschritt und eine Zusammenfassung dieser Auseinandersetzungen, die noch weitgehend spontan und zersplittert geführt werden, kann nur erzielt werden, wenn in diesen Kämpfen die Arbeiterklasse die Führung übernimmt und sie ausrichtet auf die Zerschlagung des bürgerlichen Staatsapparats und die Befreiung der Arbeiterklasse und der Volksmassen von jeglicher Ausbeutung und Unterdrückung. Dieser notwendige Fortschritt ist nicht gemacht.

Die Sozialdemokraten in der GEW und der ÖTV haben in dieser Lage die Demonstration vorgeschlagen und genutzt, um die Kämpfe an den einzelnen Fronten unter ihrer bürgerlichen Führung zusammenzufassen und den Keil der Spaltung in diese Bewegung zu treiben.

Die Demonstration sei der „Auftakt eines gemeinsamen Kampfes für den Ausbau des Bildungswesens und für eine konsequente Demokratisierung von Ausbildung und Arbeitsplatz" hieß es in dem Aufruf. Die Veranstalter haben versucht, die Professoren und Lehrer zum Vorreiter des Kampfes gegen die Unterdrückung zu erklären und auf diese Weise die Schüler und Studenten für den Ausbau des staatlichen Unterdrückungsapparats zu gewinnen. Mehr Steuergelder für diesen Ausbau hat der Rektor der Universtität Oldenburg auf der Kundgebung gefordert. In der Arbeiterbewegung soll auf diese Weise der Kampf der Schüler und Studenten isoliert werden.

Den Medizinstudenten, die im Streik für einen Ausbildungs- und Tarifvertrag stehen, wurde auf der Kundgebung das Rederecht verweigert.

Dieser Streik hat die Unterstützung der Arbeiterklasse und der Volksmassen. Das ist in zahlreichen Solidaritätsadressen zum Ausdruck gekommen. Sie konnten nicht vorgetragen werden. Stattdessen griff der Oldenburger Rektor diese Streikkämpfe an, und verglich die Verhinderung des Streikbruchs durch streikende Studenten mit den Unterdrückungsmaßnahmen der Kapitalistenklasse gegen die Gegner des Energieprogramms.

Gallas, Vorsitzender der GEW in Niedersachsen, betrieb auf der Kundgebung die Vorbereitung der angekündigten Amtsenthebung des Göttinger AStA durch den Versuch der Isolierung. Es sei zu begrüßen, daß sich Isolierung. Es sei zu begrüßen, daß sich der Göttinger AStA nicht an der Demonstration beteiligt habe, da er den „Mord an Buback" unterstütze und daher mit der demokratischen Bewegung nichts gemein habe.

Die Sozialdemokraten wollen den Kampf der Göttinger Studenten um die verfaßte Studentenschaft und für das Koalitionsrecht politisch zersetzen und isolieren. Dies sind die Absichten. In Göttingen selber sollte dies über einen Zusatz auf Antrag der Jusos zu der beschlossenen Resolution einfließen, daß man sich von dem „Buback-Flugblatt" distanziert. Das gelang nicht. Auf der Kundgebung haben die Sozialdemokraten dies offen getan, Protest war die Antwort auf die Rede von GEW-Gallas. DGB-Schulz, zweiter Vorsitzender, sah die Hauptaufgabe seiner Rede darin, den bürgerlichen Staat zu stützen und vor Terrorismus zu wahren. Seine Rede mußte er verkürzt halten wegen des Protestes gegen diese sozialdemokratische Politik

In der Demonstration waren alle verschiedenen Kämpfe der Volksmassen repräsentiert. Die politische Willenskraft der Demonstration war aber gebrochen, weil diejenigen Entscheidungen, die getroffen werden mußten, durch die Demonstration nicht getroffen wurden. Die Medizinstudenten, die in schwerem Kampf stehen, wurden nicht unterstützt, die Göttinger Studenten, denen der AStA amtsenthoben werden soll, mußten sich von den bezahlten Halsabschneidern von der Rednerbühne noch anhören, daß sie im Unrecht seien. Die Schüler, die zu tausenden auf der Straße stehen und keinen Ausbildungsplatz bekommen, wurden in ihrem Kampf nicht unterstützt. All diese Entscheidungen stehen an.

Dies ist den bürgerlichen Kräften auf dieser Demonstration auch völlig klar gewesen. Diese Demonstration ist für den weiteren Kampf ein Hemmnis, wenn die verschiedenen Aufgaben nicht wahrgenommen werden, damit die einzelnen Kämpfe Fortschritte machen, der Kampf um die Einheitsschule Fortschritte macht und damit die Vorbereitung der proletarischen Revolution, gestützt auf den Kampf um das Volksbildungswesen durch die Arbeiterklasse rasch voran kommt.

(N-Red.)



Hannover. Am Samstag, 14. Mai, trat in Hannover die Fachtagung Medizin der VDS zusammen, um über die Fortführung des Streiks der Medizinerfachschaften gegen das Praktische Jahr zu beraten und zu beschließen. Nach einem Beschluß der Vorwoche sollten für diese Beratung zugrundegelegt werden die Ergebnisse der Vollversammlungen vom Freitag. Während in Kiel und in Lübeck in Urabstimmungsergebnissen 43 % bzw. 57,1 % der eingeschriebenen Studenten für Eintritt in den Streik stimmten und während in mehreren Städten Urabstimmungen unter den Medizinstudenten noch stattfinden, wurden auf diesen Vollversammlungen nur in Westberlin, Aachen und Freiburg Beschlüsse zur Fortsetzung des Streiks gefaßt. In Gießen, Heidelberg, Köln/Klinik und Mainz wurde auf Abbruch entschieden. In Heidelberg wurde im Anschluß an diese Abstimmung von etwa 500 Studenten auf der VV gegen 450 die Durchführung einer bundeseinheitlichen Urabstimmung für die Fortsetzung des Streiks beschlossen, jedoch wurde damit das von der VV gesetzte Qorum von 60 % der abgegebenen Stimmen für Streikfortsetzung knapp verfehlt.

Um in dieser Lage den zunehmenden Unterdrückungsmaßnahmen der Reaktion begegnen zu können, die Streikfront zu festigen und den Ausbildungs- und Tarifvertrag/700 DM bundeseinheitlich durchzusetzen, entschied die Fachtagung Medizin der VDS für die Durchführung einer bundeseinheitlichen und bundesweiten Urabstimmung ab Montag, den 16. Mai, bis einschließlich Montag, den 23. Mai, für die Fortsetzung des Streiks. Der Beschluß wurde von einer Mehrheit von 22 Stimmen von Fachvertretungen gegen 16 bei 3 Enthaltungen gefaßt.



Göttingen. Die Univollversammlung am 12.5. mit 5 000 Teilnehmern hat den folgenden Beschluß gefaßt:
„Die VV erklärt:
- sie wendet sich entschieden gegen jede Einmischung des Staates und des Rektorats in die Angelegenheiten der Studentenschaft.
- Wir brauchen eine starke verfaßte Studentenschaft mit politischem Mandat, um unsere Interessen und Rechte selbständig gegenüber dem Staat zu vertreten.
- Gegen den konzentrierten Angriff von Rektor, RCDS und Kultusbürokratie beschließen wir Streik bis Montag, wo auf einer Uni-VV das weitere Vorgehen beschlossen wird.
- Sofortige Rücknahme der Androhung des Rektorats!
- Für die gesetzliche Anerkennung der verfaßten Studentenschaft mit politischem Mandat, Satzungs- und Finanzhoheit!

Der Zusammenschluß für Lohnfortzahlung macht Schikane und Disziplinarmaßnahmen stumpf

Der Zusammenschluß der Soldaten auf den Forderungen nach Lohnfortzahlung und das Recht auf jederzeitige Kündigung, einfache Verweigerung des Wehrdienstes macht gute Fortschritte. In der 2./PzGrenBtl 72 Röttiger Kaserne, Hamburg Fischbek, haben die Soldaten folgende Resolution verabschiedet:

„In der 2./PzGrenBtl 72, Röttiger Kaserne, sind bei der letzten Wehrsoldzahlung 128 DM abhanden gekommen. Der Kompaniechef, Hauptmann Graumann, glaubt, daß sich einer der Soldaten den Wehrsold zweimal abgeholt hat. Er hat deshalb die Kriminalpolizei eingeschaltet und führt mit ihr zusammen Verhöre durch unter den Soldaten.

Aber die Lage ist die, daß der Wehrsold die Soldaten unterdrückt und ins Elend stößt. Was die Soldaten brauchen und fordern müssen, ist die Lohnfortzahlung. Denn die Wehrpflichtigen sind Arbeiter und Angestellte, die sich für ihre Arbeitskraft einen bestimmten Lohn erkämpft haben - sie müssen ihn auch in der Armee bekommen. Sie sind keine Söldner, sondern in die Armee zwangsverpflichtet. Deshalb fordern wir:

Sofortige Einstellung aller Verhöre durch Hauptmann Graumann und die Kriminalpolizei!

Lohnfortzahlung für Soldaten!"

Diese Resolution wird bisher von 70 Kollegen der 2./72 unterstützt. Um diese Resolution allgemein in der Kompanie bekannt zu machen, wurde sie mehrmals an das Schwarze Brett gehängt. Daß dem der Kompaniechef nicht tatenlos zusah, war klar. Durch verschärfte Unterdrückung versuchte er, den Zusammenschluß der Soldaten gegen seine Verhöraktion zu verhindern. So tauchte er fast täglich in der Mittagspause (!) auf den Stuben auf, führte Spindkontrollen durch, wobei er die Wertfächer auf Sauberkeit überprüfte und machte auch noch Abendstubendurchgang.

„Haben Sie keine Aufträge? Stehen Sie gefälligst nicht so rum, sehen Sie zu, daß Sie an Ihre Arbeit gehen, sonst holen Sie das am Wochenende nach!"

Durch solche und ähnliche Drohungen versuchte der Hauptmann zu verhindern, daß die Soldaten während der Dienstzeit über die Resolution und die Forderung diskutierten. Schnüffelte der Hauptmann gerade im technischen Bereich herum, trafen sich die Soldaten im Keller des Kompaniegebäudes. Die Resolution ging von Hand zu Hand. Einem als fortschrittlich bekannten Soldaten hat Hauptmann Graumann den Aufenthalt im Keller verboten. In den technischen Bereich darf er auch nicht mehr. Daß die Kantine ein geeigneter Platz ist, um die Angelegenheiten der Soldaten zu besprechen, hat Graumann auch schon entdeckt: Zwei bis dreimal in der Woche spitzelt er in der Mannschaftskantine herum. Als die Resolution am Schwarzen Brett hing, schickte er sofort seinen Spieß los, der alle Schreibmaschinen in der Kompanie überprüfen mußte, ein erheiterndes Schauspiel für die Soldaten. Graumann machte Druck, am letzten Freitag änderte er den Dienstplan:

1) Allgemeine Truppenkunde – Umziehen in verschiedene Anzüge (Maskenball, eine besonders verhaßte Schikane);
2) Sport 5 000 m-Lauf;
3) Schrankdurchsicht.

Dienstschluß gemäß Leitender. Leitender: Kompaniechef.

Aus dem Maskenball wurde nichts. Für die 5 000 m brauchten die Meisten etwa 30 Min. Die Schrankdurchsicht fiel weg.

Der Zusammenschluß in der Kompanie macht gute Fortschritte. Die Soldaten haben eine Resolution zur Unterstützung des Medizinerstreiks verabschiedet. – (a, SRK Hamburg)

Die Polizeischüler sind unzufrieden

Uslar. Nach dem KVZ-Verkauf sprach ich am Freitag mit einem Polizeischüler. Er hatte gerade Prüfung gemacht. „In mehreren Fächern stand ich zwischen Vier und Fünf, in jedem wurde ich dann eine halbe Stunde mündlich geprüft. Das war ein Streß, bei all dem blöden Zeug, was man da wissen soll ..." Angesprochen auf das Notensystem, sagte er: „Klar, die Noten müssen weg. Wenn ihr hier auf die Zeugniskonferenzen geht, da komm ich mit. Ich komm dann den ganzen Tag hoch." Er sei nicht gern zur Polizei gegangen, fand aber im Elektrobereich keine Lehrstelle. „Das hätte mir Spaß gemacht, aber so ... . Im Herbst dürfen wir alle keinen Urlaub nehmen, da sollen alle hoch nach Brokdorf. Hoffentlich kann ich in Hannover bleiben und Verkehr regeln."

Immer mehr zieht die Polizei ihre Schüler aus den besitzlosen Klassen, bei der Aufblähung des Unterdrückungsapparats bleibt ihr nichts anderes übrig. Das sind gute Voraussetzungen zur Zersetzung dieses Apparates, denn diese Schüler haben kein Interesse daran, die Kämpfe des Volkes niederzuknüppeln. Verkehr regeln – dazu sind sie gerade noch bereit. Der Polizeischüler nahm die KVZ mit.

Ein Lehrling von der Sollinge Hütte (Uslar) sagte: „Fünf von neun Jungen aus meiner Klasse sind zur Polizei gegangen. Sie sind ganz schön unzufrieden, obwohl der Job relativ sicher ist.

Gute Voraussetzungen bei Polizei und Polizeischülern, die für die Soldaten- und Reservistentage in Hannover genutzt werden können und müssen. – (gg. Göttingen)

Voller Dienstausgleich für alle Zusatzdienste

Göttingen. Beim PanzerArtbtl. 45 gibt es eine Neuregelung des Dienstausgleichs für Zusatzdienste. Während es bisher für einmal Wache am Wochenende einen Tag frei gab, gibt es jetzt nur bei dreimal 24 Stunden Wache 1 Tag Dienstausgleich. Dieser despotische Gebrauch der Arbeitskraft der Soldaten durch den bürgerlichen Staat wird abgepreßt über den Hebel der vollständigen Rechtlosigkeit der Soldaten. Duch den Dienstausgleich fehlen bislang in den Einheiten ständig Soldaten während der normalen Dienstzeit. Die Neuregelung dient direkt der Kriegsvorbereitung: Die Alarmbereitschaft wird gesteigert, so daß alle Einheiten möglichst vollständig und in kürzester Zeit einsatzbereit sind.

„Wir geloben ... für 50 DM mehr."

Clausthal-Zellerfeld. Am 3.5. war das Gelöbnis der Rekruten der Ausbildungskompanie 13/1. 11 Soldaten hatten vorher öffentlich erklärt, daß sie nur „geloben" wegen 50 DM monatlich durch die Beförderung zum Gefreiten. Ihre Erklärung wurde während des Gelöbnisses verteilt. Der Major betete die Gelöbnisformel herunter. „Wir geloben ... " – „Für 50 DM mehr", wurde von Wehrpflichtigen geantwortet. Der Offizier kam aus dem Konzept und versprach sich total. Der MAD kam danach in die Kompanie und hat sämtliche Züger verhört. Einige Soldaten bis zu 5mal. Der MAD hat aber nicht rausbekommen, wer die Unterschriften unter die Erklärung gesammelt hat. Die Soldaten haben zusammengehalten.

Diese Resolution wird bisher von 70 ... prüfte und machte auch noch Abend- ... ten im Keller des Kompaniegebäudes. ... abschiedet. – (a, SRK Hamburg)
Bundeswehr kauft Panzerab-

Völker sind stärker als Superwaffen

Aus dem revolutionären Befreiungskrieg des Volkes von Kampuchea



Die abgeschossenen US-Flugzeuge werden zu Kochtöpfen verarbeitet

Rede von Ieng Sary, Stellvertretender Premierminister der Königlichen Regierung der Nationalen Einheit Kambodschas und Leiter der Delegation Kambodschas auf der 7. a.o. Sitzung der Vollversammlung der UNO

Unsere Revolutionsarmee, unser Volk und unsere Arbeiter haben viele Qualitäten: sie sind heldenmutig, sie haben einen Kollektivgeist in der Arbeit, sie sind einfallsreich und erfinderisch, sie haben einen entschlossenen Kampfgeist und sie sind von den Prinzipien durchdrungen, unabhängig und souverän zu sein und sich selbst zu unterhalten. Während des Revolutionskrieges gegen die Aggression der amerikanischen Imperialisten haben unsere leitenden Funktionäre, Kämpfer und Kämpferinnen und unser Volk Waffen aller Art erfunden, um den ultramodernen Waffen aller Sorten des Feindes begegnen zu können. Sie haben z.B. allein auf dem Schlachtfeld des Mekong unterhalb von Phnom Penh quer durch den Fluß Sperren von Flößen und von aus entschärften US-Bomben gefertigten Spreng- und Treibminen und Raketen gezogen, und sie haben so feindliche, von Flugzeugen, Geleitschiffen und Kriegsschiffen aller Typen begleitete Konvois zerstört, obwohl alle Begleitfahrzeuge mit Radar und ultramodernen Ausrüstungen versehen sind. Es ist im wesentlichen der entschlossene Kampfgeist unserer Streitkräfte und unseres Volkes, der die amerikanischen Imperialisten besiegt hat.

Der Mensch und nicht das Material und die Technik ist der entscheidende Faktor sowohl für den Sieg im Krieg als auch in der gegenwärtigen Epoche der Verteidigung und des Aufbaus des Landes. Gegenwärtig sehen wir, daß die tiefen wirtschaftlichen Krisen der Imperialisten und monopolistischen Kapitalisten Amerikas, Japans und Englands dadurch verursacht sind, daß alles auf der Technik ruht.

In Kambodscha ist der Unterschied zwischen der gegenwärtigen Periode und vor der Befreiung so groß wie der zwischen Tag und Nacht. Jetzt ist die Gesellschaft gerecht und gleich, es gibt keine Ausbeutung des Menschen durch den Menschen, und das Volk und die Revolutionsarmee vereinen im ganzen Land ihre Anstrengungen, bilden eine starke und mächtige Gemeinschaft und führen Offensiven in der Produktion.

Das Vertrauen auf die eigene Kraft vollbringt Wunder

Ein Artikel einer chinesischen Journalistendelegation, geschrieben nach ihrem Besuch Phnom Penhs am Vorabend von dessen Befreiung.
(aus „Die Kambodschanische Erfahrung", hrsg. v. d. Königlichen Botschaft Kambodschas in der DDR)

Während unseres Aufenthaltes in Kambodscha waren wir tief beeindruckt vom revolutionären Geist des kambodschanischen Volkes, sich auf die eigene Kraft zu verlassen und hart zu kämpfen. Aus jedem Sieg der patriotischen Armee und Bevölkerung in den Schlachten und beim Aufbau der Produktion im Hinterland strahlt der Geist des Selbstvertrauens.

An einem Märztag führten uns unsere kambodschanischen Freunde zu einer Stelle am Mekong, wo eine Gruppe in grünen Uniformen bei den Flakgeschützen stand und einige Kämpferinnen mit automatischen Gewehren wachsam den Dschungel am Fluß beobachteten. Was wir hier sahen, nur acht Kilometer von der vom Feind besetzten Stadt Kompong Cham entfernt, war ein Minenfeld. Auf eine Reihe von Holzstücken auf dem Wasser deutend, erklärte uns ein örtlicher Verantwortlicher der Nationalen Einheitsfront, an diesen seien Minen befestigt. Er zeigte uns dann die Waffen, die zusammen ein als „massierte Minenstellung" bekanntes Feuersystem bildeten. Da gab es Minen, „fliegende Minen", selbstentwickelte Bomben verschiedensten Typs, Beleuchtungsflöße aus Bananenbäumen, die Stämme mit einem weichen, baumwollähnlichen Material gefüllt, erbeutete Suchscheinwerfer und floureszierende Lampen sowie aus Geschoßhülsen hergestellte Leuchtbomben.

In der Nacht des 21. November 1974 hatte ein feindlicher Konvoi versucht, sich in Kompong Cham einzuschleichen. In dem Augenblick, als der feindliche Konvoi die „massierte Minenstellung" erreichte, flammten überall am Fluß Fackeln auf, erhellten die Leuchtbomben den Himmel, beleuchteten die brennenden Flöße das Wasser. Der feindliche Konvoi war in grelles Licht getaucht – der Schutz der Nacht war keiner mehr. Jetzt jagten die im Dschungel verborgenen Befreiungskämpfer Strom durch die Leitungen, und das ohrenbetäubende Krachen vieler Explosionen erschütterte die Luft. Aus allen Richtungen schlugen die „fliegenden Minen" und Artilleriegeschosse allen Kalibers im feindlichen Konvoi ein. Von den Ufern her feuerten die Befreiungskämpfer aus allen verfügbaren Gewehren und Maschinengewehren auf die feindlichen Schiffe. In nur wenigen Augenblicken waren diese entweder versenkt oder schwer beschädigt. Sie wagten nicht mehr, es noch einmal zu versuchen.

Die in Kompong Cham verschanzten Feinde waren nun auf eine „Luftbrücke" angewiesen, um ihre letzte Stunde hinauszuschieben.

„Die Amis kommen nicht in friedlicher Absicht"

Bauern aus der Garlstedter Heide gegen US-Truppen

Die Stationierung von US-Truppen greift die Existenzbedingungen der Bauern an und beschleunigt ihren Ruin. Mit einigen Bauern haben wir die Diskussion geführt:

Inwieweit greift die US-Truppenstationierung die Grundlagen Eurer Existenz wirtschaftlich an?

Schon seit '68 versuchen sie, seit '75 betreiben sie es mit verschärften Mitteln. Von der Landwegnahme sind vier Bauern betroffen. Ca. 30 % unseres Landes sollen weggenommen werden. Das ist Ackerland, genauer gesagt, Getreideanbaufläche. Das Schweinefutter müßten wir dann von den Händlern kaufen. Und das ist zu teuer.

Mit welchen Mitteln betreiben sie die Landwegnahme?

Sie versuchen es auf dem Weg der Enteignung. Weil die Zeit drängt, wollen sie es mittels einer einstweiligen Besitzeinweisung nehmen. Die Entschädigung, die wir bekommen, ist sehr niedrig. Langfristig bedeutet das auf jeden Fall einen Verlust, weil wir dann weniger Vieh halten können.

Inwieweit sind die anderen Bauern aus der Umgebung betroffen?

Aus der Aue trinken die Kühe Wasser. Die Amis werden dort ihre Abwässer reinleiten. Das Vieh kann das Wasser nicht mehr saufen. Insgesamt sind die wirtschaftlichen Schädigungen, mit Wasserwirtschaft und so, noch gar nicht genau abzusehen. Da wird noch viel mehr auf uns zukommen.

Glaubt ihr, daß die Amerikaner zu unserem Schutz hierherkommen?

Die Amis sollen dableiben, wo sie sind. Es ist Quatsch, zu sagen, sie schützen uns. Es ist so, daß wir uns vor ihnen schützen müssen.

Was haltet ihr von der Forderung: Abzug aller fremden Truppen aus der BRD?

In den beiden Weltkriegen haben wir gesehen, was die Bevölkerung vom Krieg hat. Wir sind gegen den Krieg. Die Amis kommen nicht in friedlicher Absicht. Das ist klar.

Was glaubt ihr, wie kann die Truppenstationierung verhindert werden?

Auf die Gerichte zu bauen, ist sinnlos. Protestieren tut heute jeder. Wir sind mit unseren Treckern nach Bremen in Form eines Demonstrationszuges gefahren. Das hat uns nichts gebracht. Die Regierung tut sowieso, was sie will. Richtig ist es, sich mit den Treckern vor das Tor zu stellen, um die Einfahrt zu blockieren. Die Arbeiter haben das auch bei den Atomkraftwerken gemacht. Warum sollen wir das nicht auch tun. Uns bleibt doch gar nichts anderes übrig.

Bundeswehr kauft Panzerabwehrhubschrauber

Bis 1982 will die Bundeswehr 212 Panzerabwehrhubschrauber vom Typ PAH-1 kaufen, einer militärischen Weiterentwicklung des Hubschraubertyps BO-105 des Messerschmidt-Bölkow-Blohm-Konzerns. Der Panzerabwehrhubschrauber ist mit der Panzerabwehrrakete HOT ausgerüstet. Sie kann auf Entfernungen von 4 000 Meter abgefeuert werden, soll jede Panzerung durchschlagen können und eine Treffsicherheit von 80 % besitzen. Die Imperialisten erwarten die Entscheidung bei dem Krieg, den sie vorbereiten, in einem Panzerkrieg: „Hinter der Entscheidung der Heeresleitung steht die Überzeugung, daß im Ernstfall auch künftig die Erfüllung des Verteidigungsauftrages in erster Linie die Vernichtung von Feindpanzern bedeute." (Frankfurter Allgemeine Zeitung, 5.5.77) Auch die beiden Supermächte rüsten ihre Heeresverbände in Europa mit Panzerabwehrhubschraubern aus: So erhält die in Westdeutschland stationierte 7. US-Armee 336 Panzerabwehrhubschrauber.

„Man braucht nicht in Vietnam gewesen sein, um zu wissen, welche Wirkung Raketenwaffen, von einer fliegenden Plattform verschossen, haben können," lobt die Frankfurter Allgemeine Zeitung die Anschaffung, die auch für den Bürgerkriegseinsatz gebaut ist. Das vietnamesische Volk hat in seinem siegreichen Befreiungskampf gezeigt, daß diese „Wunderwaffe" äußerst verletzlich ist und vernichtet werden kann.

Zwangsarbeit für ausländische Jugendliche

„Junge Ausländer, die wegen der bisherigen Stichtagsregelung keine Arbeitserlaubnis bekommen konnten, sollten durch die Arbeitsverwaltung künftig verstärkt für das Hotel- und Gaststättengewerbe vermittelt werden, um die angespannte Personalsituation in dieser Branche zu verbessern." Das empfiehlt der baden-württembergische Ministerrat. Die Arbeitsämter haben mit den neuen Pragrafen des Arbeitsförderungsgesetzes auch die Zwangsmittel an der Hand, dies durchzusetzen. Die „angespannte Personalsituation" kommt daher, daß die Arbeiter immer noch zu viel Widerstand leisten gegen die Arbeitsbedingungen in diesem Gewerbe, daß bei niedrigsten Löhnen alle Schranken des Arbeitstages über den Haufen geworfen werden und nach der Saison regelmäßig eine große Zahl von Beschäftigten auf die Straße geworfen wird. Dazu kommt, daß mit der Arbeitsaufnahme in den Fremdenverkehrsgebieten meist Umzug oder Trennung von der Familie verbunden ist. Die ausländischen Jugendlichen sollen jetzt in diese Arbeitsbedingungen gepreßt werden. Das sind im Bundesgebiet insgesamt 40000, in Baden-Württemberg 6000 Kinder von ausländischen Arbeitern, denen bisher jegliche Arbeitserlaubnis verweigert wurde. Die baden-württembergische Sozialministerin Griesinger *„empfiehlt deshalb dem Hotel- und Gaststättengewerbe, die sich aus der Stichtagsverlegung ergebenden Möglichkeiten zu nutzen und sich besonders um die ausländischen Jugendlichen zu bemühen, die nach der Stichtagsverlegung auf den Arbeitsmarkt kommen."* Die ausländischen Jugendlichen sollen in solche Arbeitsbedingungen gepresst werden, die der Sklaverei gleichkommen. Damit soll im Hotel- und Geststättengewerbe endgültig die Arbeitszeit rund um die Uhr und am Wochenende zur Normalarbeitszeit werden. (Zitate aus dem Staatsanzeiger für Baden-Württemberg, Nr. 37)

„Historischer Kompromiß“ in Italien: Allparteienregierung der bürgerlichen Konterrevolution

Ende April hat die Christlich-Demokratische Partei Italiens offiziell an die revisionistische „Kommunistische Partei Italiens“ die Aufforderung gerichtet, über „einige wesentliche programmatische Fragen“ direkt zu verhandeln. Am 5. Mai haben sich Verhandlungskommissionen beider Parteien, geführt von den jeweiligen Parteisekretären, getroffen und über die Fragen der „Überwindung der Wirtschaftskrise“ sowie „Wiederherstellung der öffentlichen Sicherheit und Ordnung“ Schriftsätze ausgetauscht. Jetzt sollen auch die übrigen Parteien des „Verfassungsbogens“ hinzugezogen werden. Was sich anbahnt, ist eine Allparteienregierung der inneren Sicherheit, die Berlinguer seit langem gefordert und ohne Umschweife als „Notstandsregierung“ bezeichnet hat. Diese Bezeichnung trifft sicher zu.

„Berlinguer hat es geschafft – In diesen Tagen haben sich die Führer der Democrazia Cristiana dem Willen des kommunistischen Parteisekretärs unterworfen ... Das ganze demokratische Lager ist aus politischer Schwäche kommunistischer Erpressung hilflos preisgegeben“ – so oder so ähnlich haben die bürgerlichen Zeitungen das Ereignis kommentiert.

Was fürchten sie so sehr? Gewiß nicht die proletarische Revolution unter Führung des Enrico Berlinguer, Sohn eines sardinischen Großgrundbesitzers, und der revisionistisch entarteten KPI. Was sie fürchten, ist die Möglichkeit, daß es mit Hilfe der Revisionisten dem italienischen Imperialismus gelingen könnte, seine „Schwäche“ zu überwinden und gestärkt in die imperialistische Konkurrenz wiedereinzutreten. Italien ist für den BRD-Imperialismus das entscheidende Sprungbrett, um sich in die Weltpolitik zu stürzen. Es ist seine traditionelle Rollbahn zum „Platz an der Sonne“.

Der Weg der italienischen Revisionisten zur imperialistischen Staatspartei hat gerade im Kampf gegen den deutschen Faschismus begonnen. Der ruhmreiche Widerstandskampf des italienischen Volkes gegen die Mussolini-Faschisten und die deutschen Okkupanten wurde von der italienischen Bourgeoisie, die noch während des Krieges die Front wechselte, für ihre Zwecke zu nutzen versucht. Opportunismus in den Reihen der Kommunistischen Partei begünstigte das. Die italienische Kommunistische Partei war unter den ersten, die sich schließlich ganz zum modernen Revisionismus hinwandten. Die opportunistische Losung, die die Brücke schlug, war die vom „Bündnis mit den katholischen Massen“. Das bedeutet Verzicht auf den Kampf gegen die Kirche als reaktionäres Bollwerk der besitzenden Klassen und Verzicht auf die revolutionäre Erziehung der Massen.

Heute ist der „historische Kompromiß“ ein ausgearbeitetes konterrevolutionäres Programm zur Stärkung des italienischen Imperialismus. Schon seit langem ist die italienische Kapitalistenklasse, um sich in der Konkurrenz zu behaupten, gezwungen, ihre Kräfte im System des Staatsmonopolismus zusammenzufassen. Die italienischen Revisionisten erheben den weiteren Ausbau des staatsmonopolistischen Kapitalismus zum bewußten Programm. Der revisionistische Führer der größten Gewerkschaft des Landes, Lama, sagte dem „Spiegel“ auf die Frage: „Welches Wirtschaftssystem streben Sie an? Wollen Sie die freie Marktwirtschaft oder sozialistische Planwirtschaft?“ – „Die freie Marktwirtschaft soll bleiben, aber sie soll mit einer Planung verbunden werden, die auch den Privatunternehmern gewisse Entscheidungen sinnvoll und nützlich erscheinen läßt.“

Der Weg zum jetzt geschlossenen historischen Kompromiß führte über eine Reihe von Stationen (die wir durchweg in der Kommunistischen Volkszeitung verfolgt haben), in denen sich die italienische Bourgeoisie zunehmend bewußt und planvoll auf die Revisionisten stützte, um den Aufschwung der Kämpfe der Arbeiter und die demokratische und revolutionäre Massenbewegung vor allem unter der Jugend zu bremsen, zu zersetzen und zu zerschlagen. Eine kurze Chronik:

– In einer endlosen Kette von Verhandlungen wird ein „Mini-Sozialpakt“ zur „Begrenzung der Arbeitskosten“ abgeschlossen; endgültig wird klar, daß das Geschrei der Revisionisten, die scala mobile (automatische Lohngleitklausel) dürfe nicht angetastet werden und sei die wichtigste Errungenschaft der italienischen Arbeiterklasse, nur dazu diente, den tatsächlichen Kampf um den Lohn in die Zwangsjacke des Feilschens um die Berechnung der Skala zu stecken. Am Ende kamen massive reale Lohnsenkungen heraus. Weitere Punkte im „Mini-Sozialpakt“: die Gewerkschaftsfunktionäre werden eingespannt, um in den Betrieben die eigenen Kollegen auf zu häufiges „Krankfeiern“ hin zu kontrollieren; die Zahl der Feiertage wird gesenkt, die der Arbeitstage erhöht u.a.m.

– Die Revisionisten unterstützen die Maßnahmen zur verschärften Steuerausplünderung durch Erhöhung der Mehrwertsteuer und die „Fiskalisierung der Soziallasten“ der Kapitalisten, d.h. die Übernahme ihres Anteils an den Sozialversicherungsbeiträgen durch den Staat.

– Gegenüber der demokratischen Massenbewegung der Studenten, die sich gegen neue Prüfungsordnungen wehren und Geld für die Ausbildung ihrer Arbeitskraft verlangen, tritt der revisionistische Gewerkschaftsführer Lama als Provokateur auf; er beschimpft die Studenten als Parasiten und fordert sie auf, ihren Streik abzubrechen; als er davongejagt wird, läßt er die Bürgerkriegstruppen auf die Studenten los. Es gibt Tote und Schwerverletzte. Die KPI versucht überall im Land, die Arbeiterbewegung gegen den „Terrorismus“ und für die Verteidigung des bürgerlichen Staates zu mobilisieren. Sie macht aus ihrer offen konterrevolutionären Einstellung keinerlei Hehl mehr. So Lama im Spiegel-Interview: „... wenn die Arbeitslosen zu verzweifeln beginnen und rebellieren, kann dies zum Zerfall der demokratischen Struktur führen.“ Und der Fraktionsvorsitzende der KPI im Parlament begründet gegenüber dem ZK seiner Partei die Notwendigkeit des Regierungseintritts so: „Eine Regierung der Enthaltungen reiche nicht mehr hin. Um dem Terrorismus und den umstürzlerischen Gruppen entgegenzutreten, brauche es eine weitgespannte und einheitliche Front. Darum müsse jeder Bruch, jeder Zusammenstoß zwischen Christlichen Demokraten und Kommunisten vermieden werden ...“ (Frankfurter Allgemeine, 13.5.77)

Zuvor schon hatte die KPI im Parlament den Schießbefehl des Innenministers Cossiga gegen die revolutionären Jugendlichen von Rom und das auf Wochen hinaus verhängte Demonstrationsverbot begrüßt und eine Reihe von Sondergesetzen der Regierung, die sich unmittelbar gegen die Arbeiterbewegung richten, mit verabschiedet: Gesetze, die unerlaubten Waffenbesitz mit hohen Gefängnisstrafen belegen und Aburteilung im Schnellverfahren erlauben; Vorbeugehaft und Sicherheitsverwahrung gegen „Gewohnheitsverbrecher“; Einschränkung der Urlaubsgewährung für Untersuchungsgefangene; Beschleunigung von Strafprozessen; Verstärkung des Gefängnispersonals und Aufrüstung der Polizei mit Bürgerkriegsmaterial.

Daß die Fraktion der KPI im Europäischen Parlament jetzt für die Verstärkung der NATO und verbesserte Standardisierung der Waffen gestimmt hat, vervollständigt das Bild.

Das Programm der Notstandsregierung des „historischen Kompromisses“ wird für die italienische Arbeiterklasse rigorose Verelendung und politische Unterdrückung bedeuten. Anders kann es der italienische Imperialismus zu nichts mehr bringen. Die kampferfahrene italienische Arbeiterklasse wird sich von den neuen Unterdrückern genausowenig beugen lassen wie die alten. Die „katholischen Massen“ sind tatsächlich Millionen landloser Bauern, die ihr Elend nicht mehr mit Religion betäuben, sondern es beseitigen wollen. Die Arbeiterklasse kann sie für die proletarische Revolution gewinnen. (Z-Red.)

Frankreich: Generalstreik gegen den Barre-Plan am 24. Mai

Nach den großen Demonstrationen der Stahlarbeiter, den Streiks der Arbeiter der öffentlichen Transport- und Elektrizitätsbetriebe, nach Demonstrationen Tausender von Rentnern im ganzen Land, schließlich unter dem Eindruck großer Mai-Demonstrationen, die alle die sofortige Rückziehung des Plans „Barre zwei“ der Regierung forderten (vgl. KVZ Nr. 18, 19), waren die Führer der vier größten französischen Gewerkschaften gezwungen, für den 24. Mai einen Generalstreik auszurufen.

Zu den Forderungen, die die Gewerkschaften aufgestellt haben, zählen vor allem: Anhebung der Mindestlöhne, 40-Stunden-Woche, die Festsetzung des Rentenalters auf 60 Jahre und die Ablehnung des staatlichen Eingriffs in die Lohnverhandlungen.

Der Generalstreik ist der erste seit dem Mai-Aufstand der französischen Arbeiter von 1968. Erstmals rufen alle großen Gewerkschaften des Landes gemeinsam auf: die von den Revisionisten beherrschte CGT, die von den Reformisten bestimmte CFDT, die sozialdemokratisch bestimmte FO und die Gewerkschaft der Lehrer FEN.

Die Revisionisten und Reformisten wollen den bevorstehenden Generalstreik gerne nutzen, um die derzeitige Regierung aus dem Sattel zu heben und selber die Geschäfte für die Bourgeoisie in die Hand zu nehmen.

Deshalb dienern sie sich der Bourgeoisie in der Vorbereitungszeit des Streiks auch schon als die besseren Krisenmanager für das Kapital an. So hat die revisionistische KPF in jüngster Zeit ihre Vorstellungen über die Führung der Staatsgeschäfte veröffentlicht. 6prozentige Wachstumsrate und eine verstärkte Unterstützung der Force de frappe – der Atomstreitmacht der französischen Imperialisten. So erklärte das KPF-Zentralkomitee in der Nacht zum Donnerstag vergangener Woche: „Die nukleare Bewaffnung Frankreichs ist heute eine Tatsache. Sie stellt das einzige Mittel einer realen Abschreckung dar, über das das Land verfügt, um der Drohung eines Angriffs entgegenzutreten.“

Die französische Arbeiterklasse hat gewiß nicht vor, diesen Weg der Stärkung des französischen Imperialismus zu gehen. Gerade in den großen imperialistischen Konzernen des Landes konzentrieren sich die Streiks. So legten in Orleans die Arbeiter mehrerer Betriebe die Arbeit nieder aus Solidarität mit 66 Angestellten einer Filiale des Thomson-Konzerns, die sich gegen ihre Entlassung wehren. Thomson ist eines der großen imperialistischen Monopole, das mit staatlichen Mitteln „saniert“ wird. Im ganzen Land kämpfen die Thomson-Arbeiter gegen diese Pläne.

kämpfen die Thomson-Arbeiter gegen diese Pläne.

Generalstreik im Baskenland gegen NATO-Beitritt

Mit einem Generalstreik und Demonstrationen forderte die Bevölkerung der Baskenprovinz Guipuzcoa (Hauptstadt San Sebastian) während des NATO-Treffens in London die Freilassung aller politischen Gefangenen.

Die Durchführung dieses Generalstreiks zum Zeitpunkt der NATO-Konferenz zeigt, wie gut die Völker Spaniens ihre Feinde kennen und wie wachsam sie sind. Die Mitglieder des imperialistischen Militärbündnisses, der NATO, wollen sich Spanien gerne einverleiben. Daß sie für dieses Vorhaben nicht die Duldung oder gar Zustimmung der Völker Spaniens haben, bringt sie in mancherlei Schwierigkeiten. Die „Frankfurter Allgemeine Zeitung“ schreibt anläßlich des Besuchs des amerikanischen Außenministers vor wenigen Tagen in Madrid: „Spanien ist vor den Parlamentswahlen, die am 15. Juni stattfinden werden, nicht an einem Beitritt zur NATO interessiert. Mit dem Beitritt könnte die Frage der amerikanischen Militärstützpunkte auf spanischem Boden zu einem Wahlkampfthema werden. Da die Anwesenheit der nordamerikanischen Soldaten bei der Mehrheit der spanischen Bevölkerung sehr unpopulär ist, könnte eine Diskussion über die Stützpunktfrage der Regierungspartei ‚Demokratisches Zentrum‘ bei den Wahlen schaden.“

Griechenland: Festigung der Streikbewegung

Die große Streikbewegung in Griechenland, die in diesem Jahr schon einen Großteil der Arbeiter und Angestellten erfaßt hat, setzt sich weiter fort. Die 4 000 Krankenhausärzte des Landes haben erste Maßnahmen eingeleitet zur Durchführung eines landesweiten Streiks. Der Streik richtet sich gegen die schlechten Arbeitsbedingungen und fordert die Bezahlung aller seit der Einführung der neuen Arbeitszeitordnung geleisteten Überstunden (in den ersten 11 Tagen bereits über 60 000 Überstunden) sowie die Reorganisierung des Systems der Ambulanz und Intensivbehandlung. Gleichzeitig solidarisieren sich die Ärzte mit dem 48-stündigen Streik der Hebammenschülerinnen in Thessaloniki, die Ausbildungs- und Tarifverträge und volle Bezahlung ihrer Tätigkeit, soweit sie Planstellen entsprechen, fordern.

Am Freitag treten zum zweiten Mal in diesem Jahr die 2 000 Beschäftigten der zivilen Luftfahrt des Landes in einen zehntägigen Streik für die Erfüllung ihrer Forderungen nach ausreichenden Ruhetagen, Nacht- und Überstundenzulagen.

„Demokratische Spielregeln gegenüber anderen Gruppen“

„Demokratische Spielregeln gegenüber anderen Gruppen“

Die revisionistische Partei Spaniens jetzt offen gegen Kampf um die Republik

„Wir glauben an eine sozialistische, pluralistische und demokratische Macht, die sich nur aufrechterhalten soll, wenn sie fähig ist, die demokratischen Spielregeln gegenüber anderen Gruppen, die ihr die Macht im Rahmen der demokratischen Legalität streitig machen, einzuhalten.“

Solchermaßen versichert Carillo, Chef des spanischen Revisionistenpacks, den Großgrundbesitzern und spanischen und ausländischen Kapitalisten, daß er für den Fortbestand ihrer Diktatur und der Herrschaft des Imperialismus in Spanien und für die Verhinderung der Machtergreifung durch die Volksmassen, gestützt auf das Arbeiter- und Bauern-Bündnis, gegen eine solche spanische Republik kämpfen wird. Die Zusicherung der Einhaltung dieser „Spielregeln“ hat der revisionistischen KP Spaniens von der an der Macht befindlichen Bourgeoisie das Etikett „legal“ und die Zulassung zu ihren Wahlen eingebracht. Carillo soll eigens ein ganzes Buch darüber herausgebracht haben. Gleichzeitig hat die PCE damit endgültig und offiziell den Verrat an den Zielen der Arbeiterklasse und Bauern verkündet. Ausdruck davon war die Anerkennung der monarchistischen Fahne. Die Monarchie wird von den Revisionisten als „sinnvolle Staatsform“ bezeichnet. Für die bürgerliche Clique sind verschiedene Formen der Herrschaft über das spanische Volk eine taktische Frage.

Die Fahne der Republik ist eingerollt worden. Auf einer Veranstaltung der PCE ist es zu handgreiflichen Auseinandersetzungen gekommen, als Mitglieder der PCE es sich nicht nehmen lassen wollten, die Fahne der Republik zu tragen. Die Revisionisten propagieren den bürgerlichen Parlamentarismus und behaupten, daß nur so „pluralistisch und demokratisch“ die spanische Republik verwirklicht werden könne. Die spanischen Bourgeois und die Imperialisten der westlichen Länder sind entzückt aber zugleich skeptisch, ob die PCE diesen Kurs jetzt auch tatsächlich verfolgt.

In der „Neuen Zürcher Zeitung“ liest sich das dann so: „Ob man daran wird.“

Die Aufgabe der Revisionisten soll sein, zu geeignetem Zeitpunkt den Kampf der spanischen Arbeiter und Bauern gegen den Faschismus für die Errichtung einer spanischen Republik aufzufangen und abzubiegen.

Die spanischen Revisionisten können solche Betrugsmanöver gegenüber den Massen überhaupt nur durchführen, weil ihre Führer wie Carillo und die soeben aus dem Exil zurückgekehrte Dolores Ibarruri großes Ansehen unter den spanischen Arbeitern und Bauern genießen wegen ihres heldenhaften Kampfes im Bürgerkrieg für die spanische Republik. Carillo war Delegierter der Partei für Sicherheit in Madrid im Kampf um die Stadt. Die



Republikanische Truppen im Kampf gegen den Faschismus

„Pasionara“ war Mitglied im Zentralkomitee und Abgeordnete im Parlament.

Der Verrat an der Republik hat sich nach der Niederlage der spanischen Arbeiter und Bauern gegen den Faschismus nur nach und nach in der PCE durchgesetzt. Bei der Frage, ob dem Beitritt Spaniens in die UNO zugestimmt werden solle, hatte Carillo dies befürwortet als Schritt zur „Normalisierung“ in Spanien.

In den Vorbereitungen der Wahlen erkennen die spanischen Arbeiter und Bauern zunehmend deutlicher, daß der ganze Demokratisierungsrummel um Suarez nichts ist als Betrug. Suarez hat etliche ehemalige Franco-Minister unter seiner Kandidatenliste vereint. Das „Demokratische Zentrum“ wird von den spanischen Volksmassen inzwischen das „Blaue Zentrum“ genannt, wegen der Blauhemden der Faschisten. Mit dieser Klarheit wird die Frage, wie und unter welcher Führung eine spanische Republik erkämpft werden kann, wieder Brennpunkt. Genau da setzen die Revisionisten an und verbiegen alle wesentlichen Fragen und Forderungen in Richtung bürgerliche Demokratie. Die Herrschaft der Großgrundbesitzer und der Kapitalisten soll auf jeden Fall unangetastet bleiben. Deutlich wird dies daran, wie sie gegenüber den Bauern auftreten. 26 Prozent aller Lohnabhängigen und produktiv Arbeitenden arbeiten in der Landwirtschaft. Drei Fünftel aller Betriebe sind kleiner als fünf Hektar. Die Hälfte des gesamten bebauten Bodens teilt sich auf zwei Prozent aller Betriebe auf. Viele Bauern leben unter dem Existenzminimum, ein großer Teil muß einer weiteren Arbeit nachgehen, um überhaupt leben zu können. Pachtabgaben und Zins an den Großgrundbesitzer drücken ebenfalls auf die Lage der Bauern. Weite Teile des fruchtbaren Bodens liegen brach, weil Bauern die Pacht nicht zahlen können und das Land im Besitz der Großgrundbesitzer ist. Zu Tausenden werden die Bauern ruiniert und ins Proletariat gedrückt und füllen vor allem die Reihen der industriellen Reservearmee. Von 1960 bis 1972 ist die Zahl der Beschäftigten in der Landwirtschaft um 1,25 Millionen zurückgegangen.

„Das Land denen, die es bebauen!“ war die Forderung der Arbeiterklasse vor 47 Jahren bis heute zur Durchführung der Bodenreform und Herstellung des Bündnisses mit den Bauern. Die Durchsetzung dieser Forderung ist wesentlicher Bestandteil, um die Herrschaft der spanischen Großgrundbesitzer und Kapitalisten zu brechen und die Republik Spanien zu errichten. Die Revisionisten propagieren dagegen unter den Bauern „Garantierung von Erzeugerpreisen“ und „Beitritt in die EWG“.

Weder vor 47 Jahren noch heute kämpfen die spanischen Bauern, um als Ergebnis die Mitgliedschaft in einer imperialistischen Interessengemeinschaft wie der EWG verzeichnen zu können. Solche bürgerliche Politik, die die Revisionisten als kommunistisch bezeichnen, propagieren sie jetzt, um die Bauern vom Kampf gegen die Großgrundbesitzer und um das Land abzuhalten, die Bauern und Arbeiter zu spalten und die Arbeiterklasse zu isolieren. Das wollen sie durchsetzen, wenn sie die Macht in den Händen haben. Verrat der Republik, Verrat an der Arbeiterklasse und den Bauern Spaniens ist ihre Linie. Damit treten sie aus der Illegalität in die Reihen der Großgrundbesitzer und Kapitalisten, mit denen sie am Tag der Errichtung der spanischen Republik untergehen werden. (Z-Red)

Schlechte Prognose für das imperialistische Siedlerregime

Imperialisten bereiten deshalb Intervention vor

„Weiße Rhodesier mobilisieren zur ‚letzten Schlacht' ", schreibt die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" vor kurzem in „Blick durch die Wirtschaft".

Wenn die imperialistischen Blätter schon von letzten Schlachten schreiben, werden sie bald zugrundegehen, mag sich mancher sagen. Aller Anschein spricht dafür.

Das rhodesische Siedlerregime war noch niemals in der Lage, sich selbständig zu erhalten – sondern die von den britischen Imperialisten geschickten Sklaventreiber hatten die Aufgabe, aus Zimbabwe herauszuholen, was herauszuholen geht, und zu diesem Zwecke die Unterdrückung der 6 Millionen Zimbabwer zu gewährleisten.

Von selbständiger Wirtschaft konnte bei diesem Raubunternehmen niemals die Rede sein. Die „Wirtschaft" des Siedlerregimes ist jetzt durch den Befreiungskampf in eine ernsthafte Krise geraten: Zimbabwe besitzt 90 Prozent des bisher auf der Erde gefundenen Rohstoffs Chrom, und zu der Chromförderung werden weitere 38 Mineralien, die ausschließlich für den Export gefördert werden, abgebaut.

Kapital haben die Imperialisten vor allen Dingen in den Bergbau investiert, in den letzten Jahren haben sie jedoch begonnen, Fertigungsbetriebe beispielsweise für Fernseher in Zimbabwe bauen zu lassen, um die Vorteile der Rohstoffnähe und der spottbilligen Arbeitskraft für den Export zu nutzen.

Um die Produktion in Gang zu halten und die zimbabweischen Arbeiter dazu zu zwingen, sich für die Imperialisten zu schinden, braucht es einen Haufen Antreiber.

In dem Maße, wie sich der Befreiungskampf des Volkes von Zimbabwe gegen die Imperialisten entwickelt hat, in dem Maße mußten die weißen Antreiber von ihrer Unterdrückeraufgabe in der Fabrik und im Bergwerk abgezogen werden zur Verteidigung des Siedlerregimes und der Herrschaft der Imperialisten. Sie mußten in die Söldnerarmee gesteckt werden. Auch verstärkte sich in dem Maße, wie sich der Befreiungskampf entwickelte, bei den Antreibern die Tendenz, sich zu verdrücken. An Orte, wo sie sich sicherer fühlen, und wo mit weniger Risiko auch was zu holen ist.

Bei den afrikanischen Arbeitern dagegen steigt die Fähigkeit zum Kampf. Erst kürzlich haben die afrikanischen Busfahrer für höheren Lohn gestreikt.

Mittlerweile werden die Siedler durch das Smith-Regime zur Errichtung einer 15prozentigen „Kriegssteuer" herangezogen. So spüren sie den Befreiungskrieg auch am Geldbeutel, und da tut er ihnen besonders weh, schäbig, wie sie sind. Die „tüchtigen Unternehmer", so weiß „Blick durch die Wirtschaft" zu berichten, haben sich vielfach schon nach Südafrika abgesetzt und „leiten von da aus die Geschäfte". Ein weiterer Schlag für das Siedlerregime ist die Tatsache, daß die Frontstaaten den Durchgang der Waren über ihre Länder gesperrt haben. Das erhöht die Transportkosten und erschwert den Export-Import.

Die „Ausrichtung der Wirtschaft auf den ‚totalen Krieg' " hat im Tourismus, in der Bauwirtschaft und in der Fertigungsindustrie zum Zusammenbruch geführt.

Andererseits berichtet „Blick durch die Wirtschaft": „Im Jahre 1977 wird der rhodesische Bergbau die Rekordmarke von 250 Millionen rhodesischer Dollar (1975: 64 Millionen Dollar) erreichen."

Dies hört sich erstaunlich an, denn: „Die Investitionsbereitschaft ausländischer Interessenten hat seit einigen Monaten nachgelassen. Die Gründe liegen in einer möglichen Verstaatlichung des Bergbaus für den Fall, daß eine kommunistische Mehrheitsregierung die Macht in Salisbury übernehmen soll."

Die Steigerung der Umsätze beim Bergbau, steigender Profit für die Kapitalisten ist zustandegekommen über Ausdehnung des Arbeitstages und hemmungslose Schinderei der afrikanischen Bergarbeiter. Wenn die Gefahr steigt, so denken sich die Imperialisten, muß man sich jetzt im Raub auf das Wesentliche konzentrieren. So haben sie sich mit ihrem Raub auf das konzentriert, was ihnen in Zimbabwe am wichtigsten ist: die Ausraubung der Bodenschätze.

Die Antreiber in den anderen Wirtschaftszweigen haben sie in die Armee geworfen. „45 000 weiße Rhodesier im Alter zwischen 18 und 50 Jahren müßten als Soldaten für die Streitkräfte eingezogen werden. Dabei handelt es sich zum Großteil um jene Fachleute, die wesentlich zur Schaffung des hohen Bruttoinlandsprodukts beitragen." Sicher ist sicher, sagen sich die Imperialisten, und lassen rausholen aus dem Boden, was nur geht, solange auch nur einer da ist, der für hohen Sold riskiert, von den Befreiungskämpfern aus einem Ausbeuterparadies ins Jenseits befördert zu werden.

„Die inzwischen bereits erfolgte Anwerbung von Berufssoldaten aus Ländern außerhalb Rhodesiens" soll dazu für die Freisetzung der Kräfte der Siedler sorgen, die gebraucht werden, um die Antreiberei und die Ausraubung des Bodens weiter zu betreiben.

Aber wie die Ratten verlassen die „Experten" das sinkende Schiff. „Im vergangenen Jahr verließen 7 072 Weiße das Land. Dabei handelt es sich fast ausschließlich um Spezialisten." Eine Spezialität kann man Sklaventreiben auch nennen.

Angesichts dieser Lage überlegen die Imperialisten, was nötig sein wird, um das Land im Griff zu behalten. Alle reden sie jetzt verstärkt von der „Illegalität" des Smith-Regimes, mit der einfachen Absicht, ihre eigene direkte Einmischung vorzubereiten und zu rechtfertigen. Sie hatten darauf gesetzt, eine schwarze Marionettenregierung einzusetzen. Dazu wäre Spaltung der Befreiungsbewegung die Bedingung.

Die ZANU, die den bewaffneten Kampf des Volkes von Zimbabwe leitet, hat diese Spaltungsmanöver zunichte gemacht. Sie hat die ZAPU für die Bildung der Patriotischen Front gewonnen, die von der Organisation für Afrikanische Einheit (OAU) als einzige legitime Vertretung des Volkes von Zimbabwe anerkannt wird.

Die Imperialisten müssen, wenn sie Zimbabwe in der Hand behalten wollen, rasch handeln. Eine Intervention nach der Zerschlagung des Smith-Regimes wird nicht möglich sein.

Das Volk von Zimbabwe intensiviert den Volkskrieg, um zusammen mit dem Smith-Regime diese Interventionspläne der Imperialisten zu zerschlagen. – (Z-Red.)

(Zitate aus: Blick durch die Wirtschaft, 2.4.77)

„Einschüchterungseffekt"

Die „Neue Zürcher Zeitung" und der Befreiungskampf in Namibia

In der letzten Woche gelang es 109 Jugendlichen aus Namibia mit Unterstützung der Befreiungsarmee, quer durch das von südafrikanischen Truppen besetzte Land in Lager der SWAPO nach Angola zu gelangen. Für die Arbeiterklasse ist das eine erfreuliche Nachricht. Der „Neuen Zürcher Zeitung" (NZZ) ist dieses Ereignis drei Spalten mit Bild, fast eine halbe Seite, wert. Wozu? Bestimmt nicht zur Propaganda dieser revolutionären Aktion. Das würden die Eigentümer dieser Zeitung *nicht* billigen.

Zunächst erfahren wir, daß es sich um eine „Entführung" handelt. Und warum „entführt" die SWAPO Schulkinder?

„Die SWAPO greift aus verschiedenen Gründen zum Mittel der Entführung: Auf diese Weise sollen sogenannte ‚Verräter' aus Gebieten, in welchen Guerillas zum Einsatz gelangen, entfernt werden, man sichert sich so einen ‚Nachwuchs', und schließlich läßt sich damit ein *Einschüchterungseffekt* erreichen. So werden mit Bestimmtheit einige der 109 (. . .) in einigen Monaten mit einem *russischen Gewehr* bewaffnet zurückkehren. Die meisten werden jedoch zweifellos in einem Lager in Angola untergebracht werden. (. . .) Ihre Eltern aber werden nicht aufhören, sich Sorgen um sie zu machen, und wenn sie in Zukunft SWAPO-Kämpfern gegenüberstehen, werden sie ihnen wahrscheinlich ihre Unterstützung zukommen lassen."

Die SWAPO „entführt ihren Nachwuchs". Die Volksmassen unterstützen die SWAPO aber doch nur, weil die ihre Kinder hat. Geiselnahme als Prinzip der Beziehung zwischen den Massen Namibias und ihrer Befreiungsorganisiation, die auch gleich über das kursiv gedruckte „*russische Gewehr*" als abhängig vom Sozialimperialismus abgestempelt werden soll. Das ist der Versuch, den Krieg des *Volkes*, der nicht mehr geleugnet werden kann, reaktionär zu interpretieren. Wie konnte nun dieser Organisation, den Befreiungskämpfern, ein solcher Erfolg gelingen? Unserer Meinung nach ist die Antwort leicht. Wenn die Jugendlichen den bewaffneten Kampf unterstützen wollen, dann deshalb, weil ihr Land vom Imperialsimus ausgebeutet und unterdrückt wird und sie für die Zerschlagung des Kolonialismus und der imperialistischen Beherrschung große Anstrengungen unternehmen. So einfach kann es sich die NZZ nicht machen. Sie sagt:

„Erstens sind die in diesem Gebiet stationierten südafrikanischen Truppen nicht sehr zahlreich . . ." Der zweite Grund (laut NZZ): Die Grenzabsperrung (Drahtzaun, 1 km breit abgebranntes Gelände) hat nicht funktioniert.

„In diesem Niemandsland haben die südafrikanischen Soldaten den Befehl, bei Bedarf in erster Linie von der Schußwaffe Gebrauch zu machen und erst in zweiter Linie allenfalls Fragen zu stellen." Dies schöne Prinzip hat aber nun 109mal nicht geklappt. „Die Planer in Pretoria haben aber offensichtlich dem Umstand keine Rechnung getragen, daß Pflanzen nach jedem Regen in der Regel stärker wachsen."

Also weder ihre revolutionären Anstrengungen, ihre Verbundenheit mit den Massen, weder die Zersetzung der Siedlerarmee, sondern die *Pflanzenwelt* war es, die diesen Erfolg der Befreiungskämpfer zustande gebracht hat. Das ist klar, ist unser NZZ-Mann doch der felsenfesten Überzeugung, daß die Befreiungskämpfer gegen die Truppen des südafrikanischen Kolonialistenregimes nicht viel ausrichten könnten, umgekehrt aber schon:

„Südafrikanische Befehlshaber verspüren große Lust, die Grenze zu überschreiten und die Lager zu vernichten. Es gibt Offiziere, die bereit und auch fähig dazu wären, die entführten Schulkinder in einem Handstreich, ähnlich dem Israels gegen Entebbe, zu befreien."

Protzerei und wilde Drohungen, das ist das Ende des Versuchs, eine Niederlage der Imperialisten und ihrer Handlanger in Namibia zu beschönigen. Die Imperialisten spüren das nahe Ende ihrer Brückenköpfe im südlichen Afrika. – (Z-Red)

Der Streik der Busfahrer von Philadelphia, USA

In hartnäckigen selbständigen Streikkämpfen bildet und festigt sich die proletarische Klassenbewegung der Arbeiter in den USA, entwickelt sie Selbstbewußtsein und organisierte Kraft.

Eine Abteilung der nordamerikanischen Arbeiterklasse, die vielfältige und oft Wochen und Monate dauernde Kämpfe führt, sind die Arbeiter und Angestellten der Betriebe und Ämter in den großen Städten der USA. Oft sind die Stadtverwaltungen direkte Agenturen der großen Banken und Finanzkapitalisten, die über die Verschuldung die Gemeinden im Griff haben und sie als wahre Goldgruben betreiben. Scharfe Rationalisierungskampagnen führen vielerorts zu Massenentlassungen, während gleichzeitig Gebühren und Tarife fortlaufend erhöht werden.

Für die Kämpfe der Arbeiter und Angestellten in vielen großen Städten steht der Streik der Arbeiter der Verkehrsbetriebe von Philadelphia, der am 24. März begann und (nach dem letzten uns bekannten Stand) Ende April weiter aufrechterhalten wurde.

Im März 1976 waren 345 Arbeiter entlassen worden, wodurch sich sowohl die Leistungen der Verkehrsbetriebe verschlechtert hatten als auch die Arbeitsanforderungen an die Fahrer erheblich stiegen. Die Fahrzeuge konnten nicht mehr richtig gewartet werden, es kam zu Unfällen. Der Streik wurde aufgenommen, als Verhandlungen über einen neuen Tarifvertrag anstanden, der im Endeffekt Kürzungen der Löhne und Aufhebung von Kündigungsschutzbestimmungen aus den vorherigen Verträgen vorsah. Die Arbeiter forderten stattdessen Lohnerhöhungen, verbesserten Kündigungsschutz und die Wiedereinstellung ihrer im Vorjahr entlassenen Kollegen.

Hier wie in vielen Kämpfen konnte der Streik wegen des Verrats der Gewerkschaftsführer nur organisiert werden durch Bildung eines eigenen gewerkschaftlichen Kampfkomitees der Arbeiter, das sich (so etwa die Übersetzung) „Komitee für anständige Arbeitsverträge" nannte und sich als Ziel setzte, eine Urabstimmung für Streik zu organisieren, da sich die Gewerkschaftsoffiziellen weigerten. Als in der Vorbereitung der Urabstimmung der Magistrat mit Bürgermeister Rizzo, bezeichnenderweise der vormalige Polizeichef der Stadt, 15 Entlassungen gegen die Organisatoren der Abstimmung aussprach, kam es zu ersten Warnstreiks. Die Entlassungen wurden bedingt und gegen Kürzung eines Monatslohns rückgängig gemacht – die entlassenen Arbeiter nahmen unter Protest an, um den Streik weiter zu organisieren. Am Tag der Abstimmung kamen die Belegschaften der Depots und die Wartungstrupps meistens geschlossen ins Wahllokal, unter dem Beifall der Anwesenden, und machten offen und kollektiv ihr „Nein" auf die Wahlzettel, in Ablehnung des angebotenen Tarifvertrags. Als ausgezählt wurde und der Streik beschlossene Sache war, lagen sich die Arbeiter in den Armen. Der Streik wurde tatkräftig angegangen.

Der Bürgermeister Rizzo schäumte vor den Fernsehkameras, der Streik sei „Anarchie", und er würde nicht nachgeben, und wenn der Streik zwanzig Jahre lang dauerte. Der Magistrat brach eine große Propaganda-Kampagne vom Zaun, der Streik sei „unverantwortlich", und verfügte eine Erhöhung der Fahrpreise, angeblich wegen der Einnahmeausfälle.

Das Arbeiterkomitee antwortete mit Flugblättern an die Bevölkerung, worin es schrieb: „Unverantwortlich wäre es, *nicht* dafür zu kämpfen, wenigstens ein Stückchen Fleisch auf dem Tisch zu haben, und zuzusehen, wie 300 Millionen Dollar für einen U-Bahn-Tunnel (zu einem Einkaufszentrum in der Stadtmitte) draufgehen, von denen nur Rizzos Bankiersfreunde ihren Profit haben. Unverantwortlich wäre, *nicht* für die Wiedereinstellung unserer entlassenen Kollegen zu kämpfen und zuzusehen, wie die Leistungen der Verkehrsbetriebe in den Wohnvierteln immer schlechter werden . . ."

Es bildete sich ein Komitee gegen die Fahrpreiserhöhungen und die Kürzungen der Fahrdienste heraus, in dem die Arbeiter mitarbeiteten und das umgekehrt den Streik der Arbeiter unterstützte. „Verträge ja, Fahrpreiserhöhungen nein!" wurde zur Parole, unter der der Streik in der ganzen arbeitenden Bevölkerung wachsende Unterstützung erhielt. Eine gemeinsame Demonstration aufs Rathaus fand Mitte April statt. Mittlerweile haben die Gewerkschaftsführer versucht, die Führung im Streik an sich zu bringen, indem sie die Forderungen der Arbeiter sich zu eigen gemacht haben, bis auf diejenige nach Wiedereinstellung der Entlassenen. Die Arbeiter haben ihr eigenes Streikkomitee und alle ihre Forderungen aufrechterhalten.

(Nach einem Bericht in „Revolution", Mai 1977, Zentralorgan der Revolutionary Communist Party, USA)

Nordatlantische Allianz greift nach dem afrikanischen Kontinent und dem Südatlantik

Die NATO-Konferenz, die jetzt in London zu Ende gegangen ist, hatte die Aufgabe, „neue Impulse für die Atlantische Allianz" zu finden. Schaut man genau hin, dann gibt es diese „neuen Impulse" schon so lange, wie es imperialistische Militärbündnisse gibt, nämlich zielstrebige Ausrichtung des militärischen Gewaltapparates zwecks Aufrechterhaltung der Ausbeuterordnung, Absicherung von Rohstofflagern, Kapitalanlagesphären und Warenmärkten, Niederhaltung von Konkurrenten.

Die Afrikapolitik der imperialistischen Mächte, die in der NATO zusammengeschlossen sind, bildet dabei einen Schnittpunkt. Schon im vergangenen Oktober wurden vom NATO-Militärausschuß dem NATO-Oberbefehlshaber für den Atlantik, US-Admiral Isaac I. Kidd, Planungsvollmachten für die Sicherung der Versorgungswege im Südatlantik erteilt. Nach diesen Plänen können gemischte NATO-Flottenverbände in den Südatlantik und vor den Küsten Afrikas kreuzen. „Zuerst einmal müssen wir rücksichtslos akzeptieren, daß die Interessen des Bündnisses sowohl innerhalb als auch außerhalb der NATO bedroht werden. Das heißt nicht, daß außerhalb des NATO-Gebietes eine ständige Präsenz notwendig wäre, sondern vielmehr, daß wir im Bündnis die Fähigkeit entwickeln müssen, in anderen Gebieten zu operieren, und daß wir bereit sind, das zu dokumentieren", schreibt Admiral Kidd in der Zeitschrift „NATO-Briefe" Nr. 6/1976. Dabei geht es ihm um die Ausdehnung des Operationsgebietes der NATO über den Wendekreis des Krebses hinaus. Dieses Operationsfeld hatten die NATO-Staaten zu einer Zeit festgelegt, wo die Sowjetunion noch ein sozialistischer Staat war und wo die Länder der Dritten Welt in Afrika noch meist Kolonien der in der NATO vertretenen imperialistischen Staaten wie Großbritannien, Frankreich, Portugal und Belgien waren, die mit ihren NATO-Bündnispartnern den Reichtum der Kolonien keineswegs teilen wollten.

Inzwischen sind 25 Jahre vergangen, und die Lage hat sich verändert. Die Sowjetunion hat sich in einen aggressiven imperialistischen Konkurrenten verwandelt, der nach der Weltherrschaft greift, die Völker Afrikas haben sich zum großen Teil vom Joch des Kolonialismus befreit oder sind wie im südlichen Afrika dabei, im revolutionären Volkskrieg die letzten Bollwerke des Imperialismus im südlichen Afrika zu entfernen. Das erfordert „neue Impulse", denn das südliche Afrika unter der Herrschaft der weißen Rassisten ist reich an Bodenschätzen, billige Arbeitskräfte sind vorhanden, es liegt strategisch günstig und die Imperialisten, die in der NATO zusammengeschlossen sind, haben viel Kapital dort investiert. Das muß gesichert werden gegen den imperialistischen Konkurrenten und auch gegen die Völker Afrikas. Von Südafrika aus kann der afrikanische Kontinent in die Zange genommen werden, wie es gegenüber Angola bereits praktiziert wurde durch militärischen Einmarsch.

„Ohne Frage brauchen wir mehr Schiffe und Flugzeuge", schreibt der Admiral, und: „Ebenso wichtig ist, daß wir – schon um diese Dislozierungen zu versorgen – den Bedarf an logistischer Unterstützung prüfen. Eine solche Unterstützung wird eine Zahl von Versorgungseinheiten erfordern, von denen einige schwimmend, andere ortsfest sein werden. Viele dieser schwimmenden Versorgungsschiffe, die wir brauchen, sind im Bündnis vorhanden. Zu Land werden wir Nachschubbasen brauchen, wo die Versorgungsschiffe neue Ladung übernehmen und wo wir Fernmeldeeinrichtungen und Flugplätze errichten können." Daß das nicht ohne Schwierigkeiten abgehen wird, ist dem Admiral bekannt. „Der Gedanke, außerhalb des Bündnisses NATO-Stützpunkte einzurichten, bereitet den politischen Führern der NATO begreiflicherweise viel Kopfzerbrechen." Was er meint, ist klar:

Die Völker Afrikas sind wachsam gegen imperialistische Einmischung und Unterdrückung. Besonders seit dem Einfall der Sowjetunion in Angola, wo mit Hilfe kubanischer Söldnertruppen das Land gespalten wurde, ist die Wachsamkeit gestiegen gegen jeden Versuch der Imperialisten, mit Stützpunkten u.a. sich festzusetzen. Bei dem Einfall in Zaire hat sich das schon gezeigt. Folglich schlägt der Admiral vor, daß man Schritt für Schritt vorgehen muß: „Wenn sich jedoch die Einsicht durchsetzen sollte, daß wir es vielleicht mit den Inseln schaffen können, die sich bereits unter Kontrolle einzelner Mitglieder im Bündnis befinden, dann könnte es sein, daß das Problem in die Grenzen realer politischer Möglichkeiten rückt." Gemeint sind verschiedene Inselgruppen im Atlantik, angefangen von den Azoren, die portugiesisch sind, den Kanarischen Inseln, die spanisch sind, Georgetown und St. Helena mitten im Atlantik, die britisch sind, sowie Tristan im Südatlantik, ebenfalls britisch. Diese KettevonInseln um das afrikanische Festland wird schon jetzt von den NATO-Mitgliedern für militärische Zwecke genutzt. „Wichtig wäre", schreibt der Admiral, „daß ein Anfang gemacht wird, daß die NATO ein nach außen sichtbares Zeichen setzt, daß sie die Bedrohung ihrer außerhalb der NATO liegenden lebenswichtigen Interessen erkannt hat und daß Schiffe und Flugzeuge unter NATO-Befehl von Zeit zu Zeit sichtbar außerhalb des NATO-Bereichs operieren."

Darüber ist man sich einig, zumindest was die Kernländer der NATO angeht. Der BRD-Imperialismus schreit schon seit längerem nach der Ausdehnung des NATO-Operationsgebietes und der „Sicherung der Kap-Route". Jetzt werden die Fregatten gebaut. Flugzeuge werden schon länger erprobt. Transall-Maschinen nach Afrika sind keine Seltenheit mehr aus NATO-Ländern. Zuletzt bei der Intervention in Zaire. Und Stützpunkte auf dem Festland, die gibt es oder sind in Bau. Ein großer Stützpunkt steht der NATO schon zur Verfügung. In Südafrika, Silvermine genannt, modernst ausgebaut als Kriegshafen, als Nachrichtenzentrale mit Radaranlagen. Die „neuen Impulse", von denen die NATO-Konferenz gehandelt hat, sind nichts weiter als Vorbereitung auf jederzeitige Intervention in diesem Teil der Erde. – (Z-Red.)

Der Opiumkrieg, ein kolonialer Raubzug

„Der Prozeß der Umwandlung Chinas in ein halbkoloniales und koloniales Land ... ist gleichzeitig ein Prozeß des Widerstandes des chinesischen Volkes gegen den Imperialismus und seine Handlanger“ (Mao Tsetung)

„Der gegen den unerlaubten britischen Opiumhandel geführte Opiumkrieg beweist die Überlegenheit europäischer Waffen. (. . .) Der Opiumkrieg öffnet China der westlichen Welt. Durch ihre Verknüpfung mit Handel und Politik kaum Erfolge der christlichen Mission. Dagegen bedeutende Wirkungen der christlichen Karitas (Waisen-, Krankenhäuser). Missionsschulen verbreiten europäische Wissenschaft und Zivilisation. Sie stellen die traditionelle Struktur Chinas in Frage und verändern sie in revolutionären Erschütterungen.“ (dtv-Atlas zur Weltgeschichte, Band 2, Seite 91) So stellt es die bürgerliche Geschichtsschreibung dar, so läßt es die Bourgeoisie an den Schulen lehren, um das Volk für ihre imperialistischen Raubzüge zu gewinnen. Um einen Kampf zwischen überkommenen Gesellschaftsstrukturen und moderner Industriegesellschaft, zwischen Barbarei und Zivilisation habe es sich gehandelt, sagen die Imperialisten. In der vor kurzem im Verlag für fremdsprachige Literatur, Peking, erschienenen Broschüre „Der Opiumkrieg“, aus der wir im folgenden einige Auszüge bringen, wird aufgedeckt, daß es sich um einen kolonialistischen Raubzug handelte zum Zweck der Ausplünderung, Ausbeutung und Unterwerfung Chinas:

Die unersättlichen britischen Eindringlinge

„Der Opiumkrieg von 1840-42, in dem das chinesische Volk gegen die britische Aggression kämpfte, markierte sowohl den Beginn der modernen chinesischen Geschichte, als auch den der bürgerlich-demokratischen Revolution des chinesischen Volkes gegen Imperialismus und Feudalismus.

Der große Führer des chinesischen Volkes, der Vorsitzende Mao, sagte in seiner 1939 verfaßten Schrift ‚Die chinesische Revolution und die Kommunistische Partei Chinas‘:

‚Der Prozeß der Umwandlung Chinas in ein halbkoloniales und koloniales Land, der durch den Imperialismus im Bunde mit dem chinesischen Feudalismus hervorgerufen wurde, ist gleichzeitig ein Prozeß des Widerstandes des chinesischen Volkes gegen den Imperialismus und seine Handlanger. Der Opiumkrieg, die Taiping-Tiänguo-Bewegung, der Chinesisch-Französische Krieg, der Chinesisch-Japanische Krieg, die Reformbewegung von 1898, die Yihotuan-Bewegung, die Revolution von 1911, die Bewegung des 4. Mai, die Bewegung des 30. Mai, der Nordfeldzug, Der Aggrarrevolutionäre Krieg und schließlich der gegenwärtige Widerstandskrieg gegen die japanische Aggression – alles das zeugt von dem unbeugsamen Widerstandsgeist des chinesischen Volkes, das nicht gewillt ist, sich dem Imperialismus und seinen Lakaien zu unterwerfen.‘

Der Opiumkrieg war eine zielgerichtete Provokation der britischen Eindringlinge. Er war der erste in einer Reihe von Aggressionskriegen, die die kapitalistischen Mächte führten, um China zu ihrer Halbkolonie und Kolonie zu machen. (. . .)

Zu dieser Zeit entwickelte sich in Europa und Amerika der Kapitalismus besonders schnell. In England, der ersten kapitalistischen Macht der Welt, war das Handwerk in der zweiten Hälfte des 18. Jahrhunderts allmählich der industriellen Produktion gewichen. Zu Beginn des 19. Jahrhunderts entwickelte sich der Kapitalismus hier noch rascher. 1825 kam es in England zur ersten Überproduktionskrise in der Geschichte des Kapitalismus. Die britische Bourgeoisie war gezwungen, nach neuen und größeren Märkten für ihre Waren zu suchen, um die Krise abzuschütteln und noch größere Profite machen zu können. Nachdem sie ihre Herrschaft in ihrer Kolonie Indien gefestigt hatte, wandte sie die Spitze ihrer Aggression gegen China, ein Land mit großem Territorium, reichen Naturressourcen und einer großen Bevölkerung. Sie wollte die Öffnung Chinas erzwingen, ihre Fangarme weiter ausstrecken und auch das chinesische Volk ausrauben und versklaven.

Zu dieser Zeit herrschte in der nationalen Wirtschaft Chinas die Naturalwirtschaft vor, in der der Ackerbau mit dem häuslichen Handwerk in der Einzelwirtschaft verbunden war. Die Familie war die Basis der bäuerlichen Produktion. Die Männer bebauten das Land, und die Frauen webten die Stoffe. Der größte Teil der bäuerlichen Bekleidung und der übrigen lebensnotwendigen Dinge wurde im Haushalt hergestellt Es gab weder einen besonderen Bedarf noch das nötige Bargeld, um die Industrieprodukte der ausländischen Kapitalisten zu kaufen. Um die ungeheuer hohe Pacht und die verschiedenartigen Steuern zu bezahlen, verkauften die Bauern von Zeit zu Zeit einige ihrer Nebenprodukte. Es gab daher kaum eine Absatzmöglichkeit für britische Waren auf dem chinesischen Markt.(. . .)

Dieses Fehlen eines Marktes für die britischen Industriewaren schuf für China eine außerordentlich günstige Handelssituation. Vom Ende des 18. Jahrhunderts an kaufte die Ostindische Handelskompanie, die, mit einem Dekret der englischen Regierung ausgestattet, das Monopol auf den Handel mit dem Osten, besonders Indien und China hatte, und die vom 17. bis zur Mitte des 19. Jahrhunderts die Kolonialgeschäfte führte, jedes Jahr Tee im Wert von etwa 4 Millionen Silber Taels aus China. Das allein übertraf bereits den Wert der von britischen Kaufleuten exportierten drei wichtigsten Waren, Wolltuche, Metallprodukte und Baumwolle. (. . .) Die fremden Schiffe, die in Kuangtung Handel treiben wollten, mußten mehr Silberdollars als Waren mitbringen.

Dieser Zustand bereitete den englischen Kapitalisten große Sorge, denn sie wollten den Markt für ihre industriell produzierten Waren ausdehnen. Sie führten den geringen Verkauf ihrer Waren auf die Politik der verschlossenen Tür zurück, die die Tjing-Regierung verfolgte. Denn vor dem Opiumkrieg war nur ein einziger Hafen, Guangdschou, für den Handel mit dem Ausland geöffnet worden, und alle Export- und Importgeschäfte wurden von Kaufleuten mit spezieller Regierungserlaubnis durchgeführt. Um nach China einzudringen, versuchten die britischen Eindringlinge auf tausenden verschiednen Wegen die Tjing-Regierung zu veranlassen, mehr Häfen zu öffnen und einen freien Handel zuzulassen. (. . .)“

Mit allen Mitteln versuchten die britischen Kapitalisten, die Handelsbilanz mit China zu ihren Gunsten zu ändern und China ihrem Profitstreben zu öffnen. Das Opium als Ware, die hohen Profit brachte, war dazu geeignet. Die ständige Ausweitung des Opiumhandels führte zum Abfluß des Silbers aus China, der Anstieg des Silberpreises wiederum vergrößerte die Belastung der werktätigen Bevölkerung, die ihre Abgaben in Silber entrichten mußte. Der Staatsapparat war durch opiumsüchtige Beamte und Soldaten zersetzt und durch Schmuggel und Bestechung zusätzlich korrumpiert. Der Opiumhandel wurde zu einer ernsten Gefahr für die herrschende Klasse Chinas.

Teilweise selbst darin verfilzt, konnte sie den Kampf gegen den Opiumhandel nicht entschlossen führen. Unter dem Druck der Volksmassen verfügte das chinesische Feudalregime Maßnahmen gegen die Opiumeinfuhr und verbot das Opiumrauchen. Über 20000 Kisten Opium wurden 1839 vor einer riesigen Zuschauermenge verbrannt. Die englische Bourgeoisie an der Spitze des Opiumhandels wollte und konnte die Unterdrückung des Opiumhandels nicht hinnehmen. Im Oktober 1839 wurde der Krieg beschlossen, Anfang Juni 1840 traf die britische Flotte vor der Küste Kuantungs ein, um die bewaffnete Aggression zu eröffnen. Unfähig, sich an die Spitze des Volkswiderstandes zu stellen, führte die herrschende Klasse Chinas zahlenmäßig überlegene Heere in schwere Niederlagen:

Die chinesische Feudalklasse unterdrückt den Widerstand des Volkes gegen die britischen Invasoren

Die Korruption und Schwäche des Tjing-Regimes, die sich in den wiederholten Niederlagen zeigten, steigerte die Empörung der breiten Volksmassen. Die hohen Kriegskosten und Profite der kriegsgewinnlerischen Beamten vergrößerten die Bürde des Volkes. Die Disziplinlosigkeit, ständige Angriffe und Plünderungen durch die Truppen vergrößerten unmittelbar das Leid des Volkes. All dies erzeugte wachsende Unruhe im Volk. Überall wurde Protest laut, und die Gegensätze zwischen den Feudalherren und dem Volk wurden immer schärfer. Im ganzen Land kam es zu Weigerungen, die



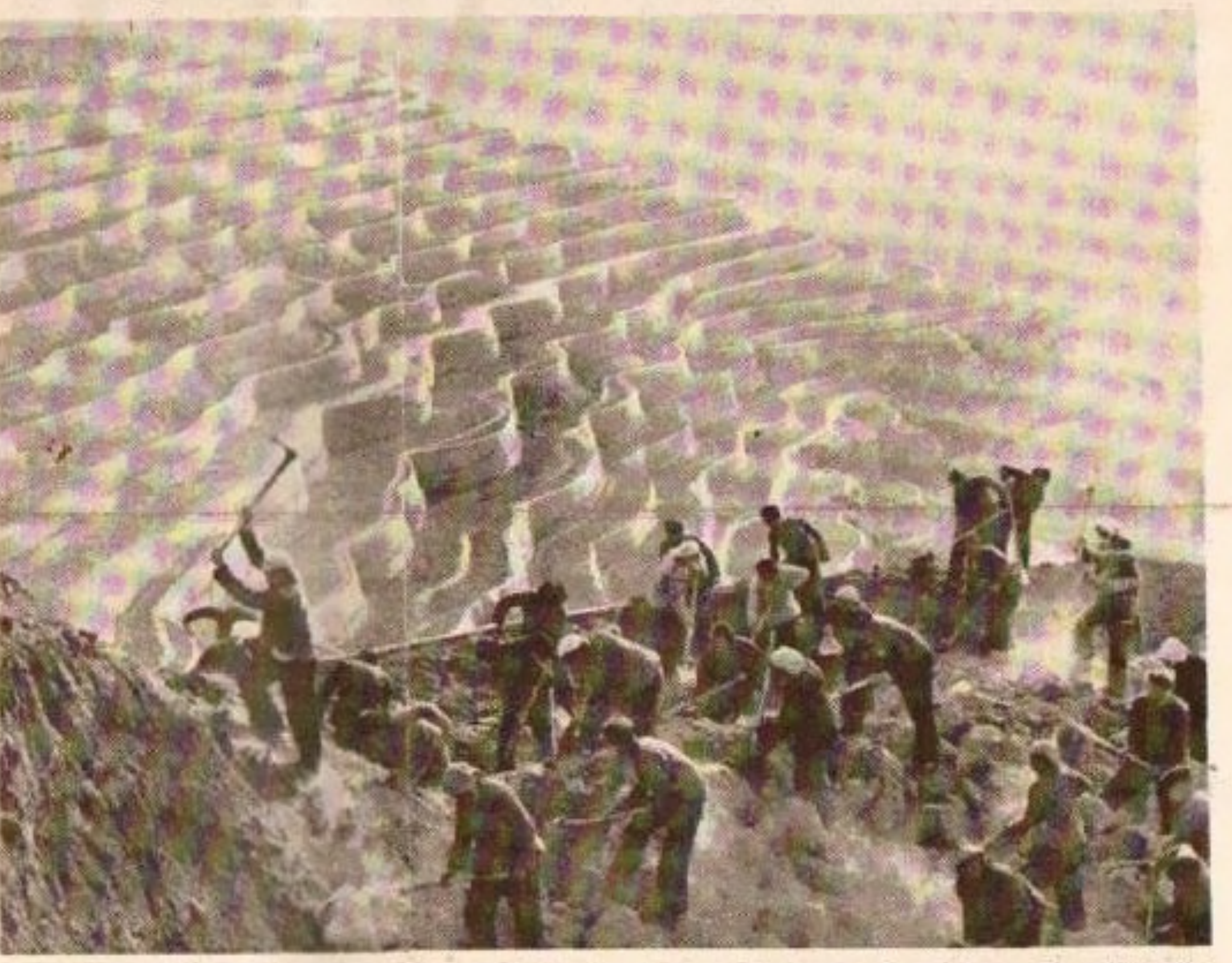
Bodenpacht zu zahlen, und zu kleinen Bauernkämpfen. Anfang 1842 brach im Kreis Tschungyang in der Provinz Hupeh ein Aufstand einer Geheimgesellschaft unter der Führung von Dschung Jendjiä aus. Obwohl der niedergeschlagen wurde, erschütterte er die Herrschaft des Tjing-Regimes schwer und brachte ihr zum Bewußtsein, daß, wenn es nicht gelänge, den Krieg mit den Ausländern rasch zu beenden, die häuslichen Unruhen anwachsen würden und die Lage noch aussichtsloser würde. In diesem entscheidenden Augenblick trug der Gouverneur von Tschekiang Liu Yun-kö dem Kaiser Dao Guang ‚10 Punkte zur Beachtung‘ vor, in denen er dem Thron riet, mit den Aggressoren so rasch wie möglich einen Kompromiß zu schließen. Indem er die unsichere Lage im Land betonte, erinnerte er den Kaiser daran, daß, falls der Krieg andauere, das Volk sehr wahrscheinlich die Gelegenheit zum Aufstand ergreifen würde. Auch andere Beamte, die für einen Kompromiß eintraten, versuchten alles, um den Krieg durch sofortige Verhandlungen zu beenden.

Die Entwicklung der Volkskämpfe hätte unmittelbar die Herrschaft der Großgrundbesitzerklasse bedroht, während der Handel mit den britischen Invasoren, die Zahlung von Schadenersatz und die Überlassung von Territorium ihre Herrschaft zu dieser Zeit keineswegs bedrohten. Daher entschied die Tjing-Regierung, mit den ausländischen Invasoren einen Kompromiß zu schließen und den Krieg mit einem Friedensvertrag zu beenden. Nach Yidjings Niederlage in Tschekiang erließ der Kaiser einen Befehl, der jeden Widerstand gegen die englische Armee sowie die Gefangennahme von englischen Soldaten durch das Volk verbot. Er ordnete sogar an, daß jeder, der auch nur einen einzigen feindlichen Soldaten tötete, hingerichtet werden sollte, und auch die verantwortlichen Beamten gleichzeitig vor Gericht gestellt würden. Etwa zur gleichen Zeit schickte der Kaiser Tjiying, einen Mandschu-Adligen, den Gouverneur von Schengdjing im Nordosten, und Yilibu, der wegen seines Kompromißlertums mit den Aggressoren als Vizekönig der Liangdjiang-Provinzen entlassen worden war, nach Tschekiang, um mit den Briten zu verhandeln.“

Entschlossenen Widerstand gegen die Aggression waren nur die Volksmassen zu leisten imstande. In mannigfachen Kämpfen verteidigten sie sich während des ganzen Opiumkrieges:

Die Einwohner von Sanyüanli verprügeln die Invasoren

„Der große Führer des chinesischen Volkes, der Vorsitzende Mao, sagte: *‚Alle Nationalitäten Chinas widersetzten sich einer fremdländischen nationalen Unterdrückung; sie alle waren stets bestrebt, sich durch Widerstand davon zu befreien.‘* (Mao Tsetung, Ausgewählte Werke, Die chinesische Revolution und die Kommunistische Partei Chinas, Peking 1968, Bd. II, Seite 355) Von allem Anfang an leistete das chinesische Volk im Gegensatz zu Verrätern wie Tjischan und Yischan der ausländischen Aggression entschieden Widerstand. Als die Schlacht um Guangdschou begann, schlossen sich die Bewohner aus der Umgebung freiwillig dem Kampf an. Im Kreis Hsiangschan organisierten sich aus den Massen 500 ‚Löwen des Meeres‘ zum Angriff auf die eindringende Flotte bei Baiohtan. Im Kreis Hsin-an überfiel das Volk mit drei Flotillen von Feuerflößen bei Nacht die britischen Kriegsschiffe, die vor Humen ankerten. Die Bauern auf den Feldern attackierten die Invasoren. (. . .)



Ständig steigende Steuern, Pacht- und Wucherzinsen, Hunger und maßloses Elend für die Bauern und die übrigen Volksmassen waren die Folge der kolonialen Unterdrückung Chinas durch die Imperialisten. Die Volkswirtschaft wurde zerstört, das Volk in Knechtschaft gehalten. Unter Führung der Arbeiterklasse, im Bündnis mit den Bauern erhob sich das chinesische Volk und sprengte die Ketten von kolonialer Unterdrückung und Ausbeutung. Unter der Diktatur des Proletariats, getragen von der Leitlinie „Die Landwirtschaft als Grundlage und die Industrie als den führenden Faktor“ baut es das Land neu auf und entwickelt die Produktion.
Auf dem Bild: Die Brigade Schidjiatschuan im Kreis Tjingdiän der Provinz Schensi bringt durch Anlegen von Terrassenfeldern in der Lößhochebene die Bodenerosion erfolgreich unter Kontrolle.

Das Volk bringt in seinen Kämpfen immer seine eigenen Führer hervor. Ein Gemüsebauer We Schao-guang war der erste, der die Dorfbewohner aufrief, sich zusammenzuschließen und sich auf den Vergeltungsschlag der Feinde vorzubereiten. Vor einem alten Tempel im Norden des Dorfes hielten die Einwohner von Sanyüanli unter der Führung von We Schao-guang und anderen eine Versammlung ab. Sie wählten eine Fahne mit drei Sternen und gelobten ihr zu folgen, sei es beim Vorstoß oder beim Rückzug, ohne den Tod zu fürchten. Nachdem sie ihre Vorbereitungen abgeschlossen hatten, warteten sie ungeduldig auf die Entscheidungsschlacht.

Um noch mehr Leute zu mobilisieren, wählten die Dorfbewohner We Schao-guang und einige andere Vertreter, die in die Nachbardörfer gehen sollten. Diese stellten gemeinsam in kurzer Zeit eine große Streitmacht aus Bauern, Textilarbeitern, Maurern, Mitgliedern von Geheimgesellschaften und einigen patriotischen Adligen aus den kleinen Städten in der Umgebung zusammen. Um ihren Angriff wirkungsvoll zu machen, schickte jedes Dorf Vertreter zu einem Treffen in Niulangang, um die Organisierung der Massen und den Schlachtplan auszuarbeiten.

Niulangang, etwa 6 km nördlich von Guangdschou, war ein bergiges Gebiet. Am Nachmittag des 29. Mai trafen sich hier die Abgesandten aus den verschiedenen Dörfern. Sie beschlossen folgendes: 1) Jedes Dorf sollte eine eigene Einheit bilden mit seinem eigenen gewählten Führer und Banner. 2) Jedes Dorf sollte mehrere große Gongs bereithalten. Sobald es nötig sein sollte, Alarm zu geben, und ein Dorf seine Gongs schlüge, sollten alle anderen sich in den Kampf stürzen. 3) Alle Männer im Alter zwischen 15 und 50 sollten am Kampf teilnehmen. 4) Im Kampf sollte eher die Taktik angewendet werden, den Feind herauszulocken und ihn mit den konzentrierten Kräften einzukreisen und zu vernichten als ihn frontal anzugreifen. 5) In Niulangang sollte die Entscheidungsschlacht stattfinden. Nach dem Treffen eilten die Abgesanten in ihre Dörfer und mobilisierten die Bevölkerung bis in die Nacht, um eine große Schlacht vorzubereiten.

Am frühen Morgen des 30. Mai sammelten die Einwohner von Sanyüanli sich unter der Fahne von Ping Ying Tuan (Volksmiliz zur Niederwerfung der Briten) zu einer mehrere tausend Mann starken Streitmacht und marschierten zum Sifang-Fort, wo der Feind sein Lager hatte. Die Eindringlinge waren eben beim Frühstück, da hörten sie plötzlich ohrenbetäubendes Kriegsgeschrei und sahen von überall her mit Speeren, Schwertern, Rattanschilden und Musketen bewaffnete Männer unter leuchtend bunten Fahnen von den Bergen und Mooren auf sie losstürmen. Völlig überrumpelt befahl der Oberkommandierende der britischen Landstreitkräfte, Sir Hugh Gough, dem Hornisten zum Sammeln zu blasen, und teilte die Truppe in drei Gruppen, die die Angreifer aufhalten sollten. Mit Musketen und Artillerien bewaffnet, hatte der Feind etwa 2000 Mann, eine Streitmacht, fast so groß wie die, die Guangdschou angegriffen hatte.

Als Gough eine Batterie von den Höhen des Forts herunterführte, zogen sich die bewaffneten Massen rasch zurück, um den Feind wie geplant weit herauszulocken. Als sie Niulangang erreicht hatten, machten sie halt und formierten sich auf dem ansteigenden Gelände zu einer Schlachtreihe. Gough, der die Gefahr zu ahnen begann, befahl rasch den Rückzug, aber es war zu spät. Plötzlich krachte ein Gewehr, und Gongs und Trommeln wurden geschlagen. Auf dieses Zeichen tauchten die etwa 8000 bewaffneten Dorfbewohner auf, die sich in der Umgebung von Niulangang verborgen hatten. Der Feind begann, überstürzt die Volksmassen zu beschießen, aber sie konnten die auf sie zu rollende Flut nicht aufhalten. Die Attacke der Bevölkerung von Sanyüanli hatte begonnen. Ein feindlicher Major fiel als erster. Gough befahl einer Batterie, an zwei Stellen durchzubrechen, um den Rückzug in das Sifang-Fort zu ermöglichen.



Die plündernden britischen Invasoren, zeitgenössische Zeichnung

Aber die Volksmassen griffen, als die Engländer dies durchführen wollten, sofort an den Flanken an. Ein feindlicher Oberst berichtete über die Lage damals, daß, als die britische Armee in einzelnen Kolonnen den Rückzug antrat, die Chinesen ihren Angriff sofort auf den Rücken und die Flanken konzentrierten, die britische Armee entschlossen angriffen und so nahe heranrückten, daß sie direkt vor den Bajonetten der britischen Armee waren. Die Angreifer ergriffen jede Gelegenheit zum Nahkampf, wenn die fliehenden Truppen beim Rückzug einen Bach überquerten oder in Einzelreihen auf einem schmalen Pfad marschierten.

Die heillose Flucht des Feindes wurde durch ein Gewitter behindert, das ihr gesamtes Schießpulver verdarb und ihre Musketen unbrauchbar machte. Der schwere Regen weichte die Wege zwischen den Reisfeldern auf und verwandelte sie in eine einzige Wasserfläche. Der Feind kam mit seinen Lederschuhen nur schwer auf dem schlammigen, rutschigen Boden vorwärts, während die Bevölkerung aus über 103 Dörfern des Gebietes von Sanyüanli, mit ihren einfachen Strohregenmänteln und Bambushüten mit wachsendem Einsatz furchtlos kämpfte. Frauen, Alte und Schwache, die eigentlich das Gebiet hätten verlassen sollen, stürzten sich mit Hacken und Eisenrechen bewaffnet, in den Kampf. Sogar die Kinder feuerten die Kämpfenden mit ihrem Kriegsgeschrei an. Die Frauen, die nicht mitkämpften, kochten und brachten aus eigener Initiative das Essen an die Front. Diese spontane Zusammenarbeit von Zehntausenden beim Kampf gegen den Feind demonstrierte die ungeheure Kraft der bewaffneten Massen.

Von den kämpfenden Volksmassen bedrängt, flüchteten sich einige der feindlichen Soldaten unter die Gurken- und Bohnenspaliere, einige fielen in die überfluteten Felder und andere legten ihre Waffen nieder und ergaben sich mit erhobenen Händen. Der unbesiegbare ‚Herr der Meere', hier wurde er seines Prestiges beraubt.

Um etwa 4 Uhr nachmittags erreichten Gough und seine geschlagene Truppe das Sifang-Fort. Sie stellten fest, daß die dritte Kompanie ihres 37. Regiments, die die Nachhut bilden sollte, fehlte. Eine Abteilung, ausgerüstet mit den neuesten Waffen, mit wasserdichten Musketen, wurde zu ihrer Rettung ausgeschickt. Es stellte sich heraus, daß die 3. Kompanie während des Rückzugs von den Volksmassen umzingelt worden war. Die Soldaten der Kompanie standen Schulter an Schulter im Viereck und wichen Schritt für Schritt zurück in der Hoffnung, so der Vernichtung zu entgehen. Aber sie hatten nicht mit der Geschicklichkeit der heroischen chinesischen Volksmassen und deren hartnäckigen Willen zum Widerstand gerechnet. Die Kämpfer aus den Dörfern verwendeten eine Art von Hackenspeer, mit dem sie einen Feind nach dem anderen aus dem Block herausfischten, worauf sie ihm seine Muskete abnahmen und ihn dann energisch schlugen.

Sogar mit Hilfe der Verstärkung, die Gough geschickt hatte, gelang es dem geschlagenen Haufen nicht, vor 9 Uhr abends die Einkreisung zu durchbrechen. Sie wurden von den wütenden bewaffneten Volksmassen, die Ring um Ring um das Sifang-Fort legten, bis zum Morgen des 31. Mai verfolgt.

Der Kampf am 30. Mai wurde ein bedeutender Erfolg. Nach damaligen Berichten waren über 200 feindliche Soldaten getötet und eine wesentlich höhere Anzahl schwer verletzt worden. Über 10 Aggressoren waren gefangengenommen, und große Mengen an Trohpäen erbeutet worden.

Die Nachricht vom großen Sieg in Sanyüanli verbreitete sich rasch in den anderen Dörfern um Guangdschou. Menschen aus weit entfernten Dörfern, die von den Vorgängen früher nicht gewußt hatten, organisierten sich am 30. Mai und trafen während der ganzen Nacht beim Sifang-Fort ein. Am nächsten Tag um 10 Uhr vormittags war das Fort von mehreren tausend Menschen eingeschlossen. Ihre Banner flatterten im Wind, und ihre Schwerter und Speere ragten wie ein Wald empor, die Luft erzitterte von ihren Kriegsrufen. Angesichts dieser ungeheuren Masse von Kämpfern, wußten die Invasoren nicht aus noch ein.

In diesem entscheidenden Augenblick des Kampfes zog die Armee der Tjing-Dynastie, 8000 schwerbewaffnete Männer, mit fliegenden Fahnen aus Guangdschou ab. Das entsprach den Bedingungen der Kapitulation des Friedensvertrages von Guangdschou, die Truppen 60 Meilen von der Stadt zurückzuziehen. Sie gaben vor die Zehntausenden, die das Fort umzingelt hatten, nicht zu sehen. Der Feind, der auf den Höhen des Sifang-Forts in der Falle saß, sah diesen Fingerzeig, und Gough schrieb einen Brief, den er durch den Belagerungsring mittels eines chinesischen Verräters hinausschmuggeln konnte, an den Präfekten von Guangdschou, Yü Bao-tschun. Gough drohte, wenn die Tjing-Regierung nicht sofort die Volksmassen zerstreue, müßte die englische Regierung annehmen, daß sie mit offizieller Billigung handelten, und der Friedensvertrag von Guangdschou würde als null und nichtig ansehen, die englische Armee würde zum Angriff auf die Stadt übergehen und jedes Dorf und jede Stadt in der Umgebung niederbrennen.

Nachdem Yischan, der tödliche Angst vor den Invasoren hatte, Goughs Drohbrief gelesen hatte, schickte er sofort Yü Bao-tschun, um dem eingeschlossenen Feind zu Hilfe zu kommen.

Yü Bao-tschun, dieser Verräter, eilte in das Lager des Feindes, um zu versichern, daß die Tjing-Regierung nichts von den Aktionen der bewaffneten Bevölkerung gewußt habe und daß sich unter ihnen sicherlich keine Beamten der Tjing-Regierung befänden. Um seine ‚Zuverlässigkeit' zu demonstrieren, bot er die Briten, einen Offizier zu schicken, der zusammen mit



Die chinesischen Volksmassen leisteten heftigen Widerstand und verlangten von der Regierung, gegen die britischen Eindringlinge vorzugehen. Lin Dsö-hsü, Vizekönig von Hupeh und Hunan, stellte aus den besten Fischern in Kuangtung 5 000 zu einer zusätzlichen Seestreitmacht, den „Wasserlöwen", zusammen, denn er war gezwungen, sich im Kampf gegen die bewaffnete Aggression auf das Volk zu stützen. Andererseits fürchtete er als Mitglied der herrschenden Feudalklasse das Volk und hielt daher die „Wasserlöwen" ständig unter schärfster Kontrolle. Ein Jahr später bereits wurden die „Wasserlöwen" von dem Kapitulanten Tjischan, Vizekönig von Dschili, wieder aufgelöst. Heute hat das chinesische Volk seine in- und ausländischen Unterdrücker abgeschüttelt. Die Imperialisten ändern ihren Charakter nicht und blicken sehnsüchtig auf das blühende China und seine Reichtümer. Zur Verteidigung seines Landes hat das chinesische Volk Befestigungsanlagen und Tunnel gebaut und Getreidevorräte angelegt. Die Rote Armee und die Volksmilizen stehen jederzeit zur Verteidigung des Landes bereit. Weil die Arbeiterklasse und die Volksmassen Herren über das Land sind, ist das chinesische Volk unbesiegbar. Hier weibliche Mitglieder der Volksmiliz aus Fischerfamilien im Autonomen Gebiet Kuangsi.

ihm mit den Streitkräften des Volkes sprechen sollte. Gough schickte einen Kapitän Moore, der mit einer weißen Fahne in Händen und in Begleitung eines Übersetzers loszog. Als die Bauernkämpfer Yü Bao-tschun Schulter an Schulter mit einem der Feinde auf sich zukommen sahen, waren sie empört, richteten ihre Musketen auf Moore und verboten ihm näherzukommen. So war er gezwungen, sich fortzustehlen.

Da Yü Bao-tschun wußte, daß er die empörten Massen nicht reizen durfte, bat er sie in versöhnlichem Ton, sich zurückzuziehen. Aber die empörten Massen klagten ihn offen wegen des schamlosen Verrates an ihrem Land an. Ihre zornige Anschuldigung steigerte sich zu einem Schrei der Empörung. Die Aussichtslosigkeit der Lage erkennend, wandte Yü Bao-tschun sich an die Grundbesitzer und den Landadel. Seiner Forderung, sie sollten Mittel zur Auflösung der bewaffneten Volksmassen finden, verlieh der durch Drohungen Nachdruck. Er erklärte, dieser Zwischenfall sei ebenso ihr Werk wie das der einfachen Leute, und wenn die Massen sich nicht zerstreuen und etwas passiere, würde man sie für alles zur Verantwortung ziehen und das Lösegeld von 6 Millionen Silberdollars für die Stadt von ihnen einfordern. Die Mitglieder des Landadels hatten aus frischer Empörung, um ihre eigenen Familien und ihr Vermögen zu schützen, am Kampf gegen die Engländer teilgenommen. Aber als Mitglieder der Großgrundbesitzerklasse waren sie von gleicher Herkunft wie die Tjing-Beamten und selbstverständlich unfähig, sich gegen die Beamten zu stellen. Als ihnen Yü Bao-tschun auf diese Weise drohte, begannen sie zu schwanken. Einige stahlen sich davon, andere unterstützten Yü rhetorisch und durch viele Tricks, um die Massen zum Auseinandergehen zu bewegen.

Nachdem die Belagerung des Sifang-Forts aufgehoben war, wagten die Invasoren nicht mehr länger in Guangdschou zu bleiben und zogen sich in aller Stille am zweiten Tag aus Humen zurück.

Die Massen wurden zeitweilig zerstreut, aber die Flamme des Kampfes konnte nicht mehr erstickt werden. Als Charles Elliot, um das Gesicht der englischen Aggressoren zu wahren, am 7. Juni eine Proklamation veranlaßte, die die Niederlage verdecken sollte, standen die Massen erneut auf, wiesen diese in einer Antwort zurück und forderten sie zu einer neuen Schlacht heraus. Aber der Feind hatte die Kraft des Volkes zu spüren bekommen und stellte sich nicht.

Der Kampf gegen die Engländer in Sanyüanli war die erste spontane Schlacht, die das chinesische Volk gegen die ausländischen Aggression in neueren Zeiten führte. Sie ist ein großartiges Ereignis in der modernen Geschichte des national revolutionären Kampfes des chinesischen Volkes. Sie hob die Moral des Volkes und dämpfte die Arroganz der ausländischen Invasoren beträchtlich. Sie ermutigte die Bevölkerung von Kuangtung und des ganzen Landes in ihrem Kampf gegen die Aggression und zeigte ihr, daß sie sich nicht auf die Truppen des feudalen Tjing-Regimes verlassen konnte, daß man den Feind aber nicht zu fürchten brauche. Sie widerlegte mit Macht die Argumente der Kompromißler und Kapitulanten, daß die mächtigen Kriegsschiffe und die Artillerie der Invasoren unbesiegbar seien und zeigte, daß das Volk, einmal bewaffnet, die Eindringlinge trotz ihrer überlegenen Bewaffnung besiegen konnte."

Die ausländischen Kapitalisten unterwarfen sich China. In einer Reihe von ungleichen Verträgen sicherten sie sich militärische Besatzungsgebiete, erpreßten riesige Entschädigungssummen, erzwangen die Öffnung von Häfen und sprengten damit den Zugang zu den chinesischen Küstenprovinzen. Die einströmenden Waren aus den kapitalistischen Ländern, deren Zölle die chinesische Regierung nicht mehr selbst bestimmen durfte, untergruben schrittweise die ursprüngliche wirtschaftliche Grundlage Chinas und zwangen die Wirtschaft auf den halbkolonialen Weg der Entwicklung. Die britischen Aggressoren sicherten sich Privilegien im Handel mit China, um gegenüber den kapitalistischen Konkurrenten Konkurrenzvorteile zu erzielen. Auf diesem Wege schlugen auch die anderen kapitalistischen Staaten Europas und die USA weitere Breschen und unterwarfen sich China mehr und mehr.

Eine halbkoloniale und halbfeudale Gesellschaft entsteht

„Zum Hauptwiderspruch in der chinesischen Gesellschaft, dem zwischen dem Feudalismus und den Volksmassen, trat der Widerspruch zwischen dem ausländischen Kapitalismus und der chinesischen Nation. Von da an verwandelte sich China nach und nach in eine halbkoloniale und halbfeudale Gesellschaft. In dem Maße, in dem sich der Widerspruch zwischen dem Feudalismus und den Volksmassen verschärfte, kam es in der chinesischen Gesellschaft zu einem beispiellosen Umschwung in den Beziehungen der Klassen und in den Klassenkämpfen.

Der Vorsitzende Mao sagte dazu: *‚Der ausländische Kapitalismus hat eine gewaltige Rolle bei der Zersetzung der in China bestehenden sozialökonomischen Ordnung gespielt: Einerseits untergrub er die Grundlagen der selbstgenügsamen Naturalwirtschaft, zerstörte das Handwerk in den Städten und das Heimgewerbe der Bauern, und andererseits förderte er die Entwicklung der Warenwirtschaft in Stadt und Land.'* (Die chinesische Revolution und die Kommunistische Partei Chinas, Ausgewählte Werke Mao Tsetungs, Verlag für femdsprachige Literatur Peking 1968, Band II, Seite 358)

Die Rolle des ausländischen Kapitalismus beim Zerfall der chinesischen Volkswirtschaft wurde bereits wenige Jahre nach dem Opiumkrieg deutlich. Die Textil- und Handwerksbetriebe in den Gebieten um die fünf Handelshäfen, Guangdschou, Hsiamen, Fudschou, Ningpo und Schanghai, waren die ersten, die unter den auf den chinesischen Markt strömenden kapitalistischen Waren, wie ausländischen Stoffen und Garnen, litten. In Sungdjiang, Taitsang und anderen Orten in der Nähe Schanghais, ebenso wie in Guangdschou und Hsiamen begann der Abstieg um die Mitte des Jahres 1840. Der Niedergang dieses Handwerkszweiges, des hauptsächlichen ländlichen Nebengewerbes und wichtigen Bestandteiles von Chinas selbstgenügsamer Naturalwirtschaft, stand am Beginn des Zerfalls der chinesischen Volkswirtschaft.

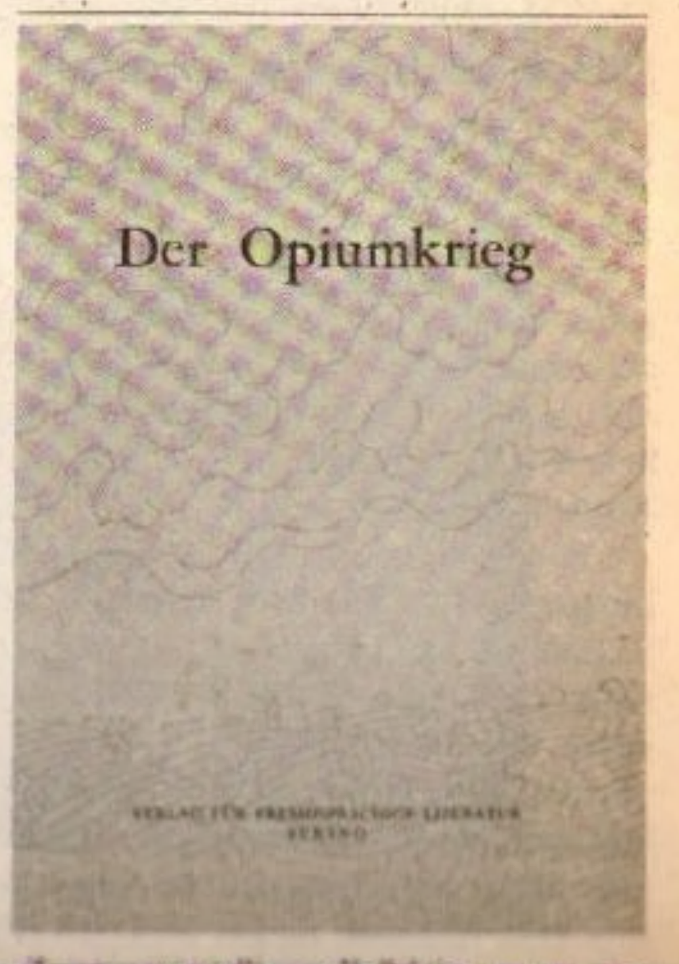
Gleichzeitig beschleunigte der ausländische Kapitalismus aber auch die Entwicklung der chinesischen Warenwirtschaft in Stadt und Land, was am steilen Anstieg des Seiden- und Tee-Exports deutlich zu sehen ist. 1851 wurden etwa 100 Millionen Pfund Tee exportiert, das war doppelt so viel wie der jährliche Export vor dem Opiumkrieg. Ende 1840 war der Seidenexport von 12000 Ballen vor dem Krieg auf über 20000 angestiegen. Diese riesigen Exporte regten die Produktion dieser beiden Güter an. Die Seidenspinnerei in Kiangsu und Tschekiang und der Teeanbau in Hunan weiteten sich rasch aus. In Schanghai wurden Fabriken für die Verarbeitung von Exporttee errichtet. Zu dieser Zeit wurde der Exporthandel mit Seide und Tee völlig von Ausländern besonders von Engländern kontrolliert, die über Mengen und Preise für den Export entschieden. Auf diese Weise wurde China zu einem Teil des kapitalistischen Weltmarktes.

Der Opiumschmuggel hielt an und war auch weiter ein wichtiges Mittel zur Ausbeutung des chinesischen Volkes durch die ausländischen Invasoren. Der jährliche durchschnittliche Import von Opium stieg von 37000 Kisten im Jahre 1840 auf 70000 in den Fünfzigerjahren. In den über zehn Jahren nach dem Opiumkrieg wurden etwa 700000 bis 800000 Kisten Opium im Wert von 300 bis 400 Millionen Silberdollar importiert. Hongkong wurde zum Zentrum des Opiumschmuggels, Schanghai und Guangdschou zu den zweitgrößten Einfuhrhäfen. (...) Die weitere Verbreitung des Opiums wirkte sich auf die Bevölkerung immer verheerender aus.

Nachdem die fünf Handelshäfen geöffnet worden waren, eröffneten die ausländischen Invasoren Geschäftshäuser, über die sie ihren Handel abwickelten und durch die sie ihre Macht ausdehnten. Schanghai entwickelte sich von den fünf Häfen am schnellsten. Die Engländer waren die ersten, die in Verdrehung der Vertragsbestimmungen 1845 Tjing-Beamte dazu brachten, das Gebiet am Huangpu-Fluß als ‚Britische Konzession' abzugrenzen. 1848 rissen die amerikanischen Invasoren einen Teil Schanghais als Wohnbezirk für Amerikaner an sich. Dieser wurde später mit der Britischen Konzession zur ‚Internationalen Niederlassung' verschmolzen. 1849 trennten die Franzosen ebenfalls einen Bezirk zwischen der nördlichen Seite der Schanghaier Stadtverwaltung und der Britischen Konzession für sich ab und erklärten ihn zur ‚Französischen Konzession'. Die ausländischen Eindringlinge nützten jede Gelegenheit, um Macht, sei es verwaltungsmäßige, richterliche oder polizeiliche in den Konzessionen, an sich zu reißen, wodurch sie diese zu ‚Staaten im Staat' machten. Nach der Besetzung Hongkongs ließen die Briten nichts unversucht, um es zu einem wichtigen Stützpunkt ihrer Aggression gegen China auszubauen. 1849 vertrieben die portugiesischen Kolonialisten die chinesischen Beamten aus Makao, weigerten sich, Pacht zu zahlen, und besetzten diesen Küstenhafen. Auf diese Weise entstanden entlang der chinesischen Südostküste eine Reihe von Städten mit kolonialem und halbkolonialem Charakter.

In diesen Städten bildete sich eine Schicht von Kompradorenkaufleuten heraus. Einige waren direkt von ausländischen Firmen angestellt, andere eröffneten eigene Geschäfts- und Warenhäuser, in denen sie die importierten Waren verkauften und Exportgüter für die Ausländer einkauften, wodurch sie ausschließlich der kapitalistischen wirtschaftlichen Aggression dienten. Sie waren damals noch nicht viele und noch nicht in der Lage, eine gesellschaftliche Kraft zu bilden. Ihre Aktivitäten aber halfen den Ausländern, in China ihre Import- und Exportgeschäfte auszuweiten, dadurch machten diese Kompradorhändler fette Profite und wurden reich. So zeigte sich in der Geschichte des modernen China die Kompradorenbourgeoisie als eine Klasse, die direkt von den Kapitalisten der imperialistischen Länder hervorgebracht wurde und diesen unmittelbar diente. (...)

Als die Bevölkerung von Kuangtung ihren Kampf gegen die Aggression führte, waren die antifeudalen Kämpfe der Bauern im ganzen Land im Anwachsen, und die Klassengegensätze in China entwickelten sich zu außerordentlicher Schärfe. Dies war die Folge der ausländischen Aggression einerseits und der Vertiefung der Krise der Feudalgesellschaft andererseits. Marx schrieb 1853: *‚Der Tribut, den China nach dem unglücklichen Kriege von 1840 an England zu zahlen hatte, der große unproduktive Verbrauch von Opium, der Abfluß von Edelmetallen durch den Opiumhandel, der zerstörende Einfluß der ausländischen Konkurrenz auf die einheimische Produktion und der demoralisierte Zustand der öffentlichen Verwaltung zeitigten zweierlei: Die alte Besteuerung wurde drükkender und quälender, und zu den alten Steuern kamen neue hinzu.'* (Karl Marx, Die Revolution in China und in Europa, Marx/Engels, Werke, Bd. 9, Seite 97) Zwangsläufig spitzten sich die Klassengegensätze und der Klassenkampf, die bereits vor dem Opiumkrieg in der chinesischen Gesellschaft sehr scharf gewesen waren, in der Folge des Krieges außerordentlich zu, denn zur alten grausamen feudalen Ausbeutung war die neue durch den ausländischen Kapitalismus gekommen.



Zusammengestellt vom Kollektiv für die „Serie der Geschichte des modernen China"

Verlag für fremdsprachige Literatur, Peking
124 Seiten, 8 Bildseiten
Preis: DM 3,10
Zu beziehen über:
Buchvertrieb Hager GmbH
Postfach 240
6000 Frankfurt/M 19

Nach dem Krieg preßte die Tjing-Regierung auf jede mögliche Weise das Volk bis aufs Blut aus, um die Kriegskosten und Entschädigungen, die zusammen 70 Millionen Silberdollars ausmachten, zahlen zu können. Die öffentliche Verwaltung wurde korrupter denn je, den Extrasteuern und die Auspressung durch die Beamten auf allen Ebenen vervielfachten sich. Der despotische Landadel und die Grundbesitzer arbeiteten eng mit den Autoritäten zusammen, um ihre eigene Belastung auf die Bauern abzuwälzen. Gegen die unbarmherzige politische Unterdrückung und die drückende wirtschaftliche Ausbeutung erhoben sich die Volksmassen schließlich zum Aufstand. In den *Dung Hua Lu* (den Annalen der Tjing-Dynastie) allein werden über 100 Aufstände erwähnt. Sie wurden zwischen 1841 und 1849 von den Han, Hui, Miao, Tibetern, Yi, Yao, Dschuang und anderen Nationalitäten begonnen und breiteten sich fast im ganzen Land aus. Viele Geheimgesellschaften, wie die Nian, die Fu und die Tiän Di Hui (Himmel- und Erde-Gesellschaft), wurden unter der Bevölkerung aktiv. Dies alles war aber nur das Wetterleuchten vor dem großen revolutionären Sturm, der China erschüttern sollte."

Hamburger Studenten: Gewehre für die Jugend Zimbabwes



Eine fortschrittliche Aktion: Die Einschmelzung des Kolonialisten von Melle

Nach der Universitäts-Vollversammlung in Hamburg am 3.5. haben 1 000 Studenten die Büste von Melles beschlagnahmt.

Es wurde beschlossen, sie einzuschmelzen und den Erlös für den bewaffneten Befreiungskampf zu spenden. Zu dem Zweck sollte ein Schmelzfest organisiert werden. Jetzt will der SSB (KB Nord) diesen Beschluß umstoßen. Auf einem Schmelzfest-Vorbereitungstreffen von 50 Studenten hat er durchgesetzt, daß das Motto des Festes „Studentenbewegung – gestern und heute" sein soll. Neben Zimbabwe soll „Buback, die Gewaltfrage, Streikauswertung Göttinger AStA" und das Konzept der „Demokratischen Gegenhochschule" verhandelt werden. Die Unterstützung des bewaffneten Befreiungskampfes soll damit hintertrieben werden.

Wir haben erklärt, daß wir das nicht zulassen werden, sondern den Beschluß der 1 000 Studenten durchsetzen werden. Der geschmolzene von Melle wird nur für die Vorbereitung eines Unterstützungsfestes zum bewaffneten Befreiungskampf eingesetzt.

Das gerade will die bürgerliche Klasse verhindern. Hamburgs Bürgermeister Klose hat die Polizei aufgefordert, verstärkt nach der Kolonialistenbüste zu fahnden. Die Lichtwarkstiftung (Hamburger Kunstverein) hetzt gegen die Einschmelzung. Das sei „Stürmermethode" und erinnere an den „Bildersturm und die Bücherverbrennung" im Faschismus.

Der Angriff auf die imperialistische Ideologie und ihre Wahrzeichen hat die bürgerliche Klasse ins Mark getroffen.



Kolonialist W. v. Melle

„Dreißig Jahre Hamburgs Wissenschaft 1891 – 1921", W. v. Melle

„1891 wurde von Melle zum Syndikus des Hamburger Senats gewählt. Er bemühte sich um den Ausbau des Vorlesungswesens in den wissenschaftlichen Instituten Hamburgs. 1905 faßte er seine Anstrengungen in der Gründung einer wissenschaftlichen Stiftung zusammen. Kapitalgeber dafür wurde sein alter Schulfreund Alfred Beit.

A. Beit war Bankier und hatte sein Geld als Diamantenkäufer in Afrika gemacht. Er war ein enger Freund von Cecil Rhodes und hat dessen Pläne zur Unterwerfung der afrikanischen Völker finanziell ermöglicht."

Denkschrift zur Errichtung des Kolonialinstituts 1907

„Von den Aufgaben des Kolonialinstituts wurde in der Denkschrift gesagt: Das Kolonialinstitut empfange einerseits Aufgaben aus den Kolonien und sorge für deren Verarbeitung durch eigene oder fremde Kräfte, und es stelle andererseits aus eigener Initiative oder auf Grund der Anregung heimischer Institute oder Personen neue Aufgaben, die in der Heimat oder den Kolonien zu lösen seien."

Lichtwark und der Kunstverein

„Er meinte, daß Hamburg durch seine hohe wirtschaftliche Bedeutung, durch den über Meere und Länder hinausreichenden Blick seiner unternehmenden Kaufleute und durch seine leider fast vergessene Kulturtätigkeit im 17. und 18. Jahrhundert berufen sei, von neuem auch im deutschen Geistesleben eine nicht nur nachfolgende, sondern entschiedene mitführende Rolle zu spielen, sowohl in seinem eigenen geistigen und wirtschaftlichen Interesse wie in dem wohlverstandenen Interesse von ganz Deutschland."



ger Freund von Cecil Rhodes und hat dessen lonien zu lösen seien."



Zimbabwesche Schnitzerei aus den Lagern der ZANU

Stiftung für Kolonialwissenschaft

Die Lichtwarkstiftung war eins der wissenschaftlichen Institute, die von Melles Obhut unterstanden.

„Auch Lichtwark hatte, unter anderem für seine Sammlung Hamburger Bildnisse, Beits wirksame Hilfe bereits gewonnen." 1907 regte der spätere Reichskanzler von Hertling die Schaffung einer außerordentlichen Professur für Kolonialwissenschaften an.

„Es ist auch anerkannt, daß die gesamten hamburgischen Verhältnisse koloniale allgemeine Kenntnisse und koloniale praktische Fühlung mehr erleichtern als die Hörsäle einer inländischen Universität. Diesen Tatbestand vorangeschickt, möchte ich meine Anregung in Ihren kräftigen Schutz stellen, da ich wohl nicht fehlgehe in der Annahme, daß die Angelegenheit Ihr spezielles Interesse finden wird. Ich erlaube mir noch, darauf hinzuweisen, daß auch das Beitsche Vermächtnis diesem Gedankengang nicht fernstehen dürfte. Wie kein anderer ist Herr Beit ein Vorkämpfer praktischer Kolonialpolitik gewesen."

„Mit Recht hatte Semler darauf hingewiesen, daß wichtige Vorbedingungen für koloniale Studien bei uns in Hamburg vorhanden seien. Sie nach verschiedenen Richtungen hin zu ergänzen und zu verstärken, konnte nur in unserem eigenen Interesse liegen. Denn Kolonialkunde oder, richtiger gesagt, Kolonial- und Auslandskunde und alles, was direkt oder indirekt damit in Verbindung steht, gehörte recht eigentlich zu der hanseatischen Note, die eine Hamburger Universität unter allen Umständen haben mußte."

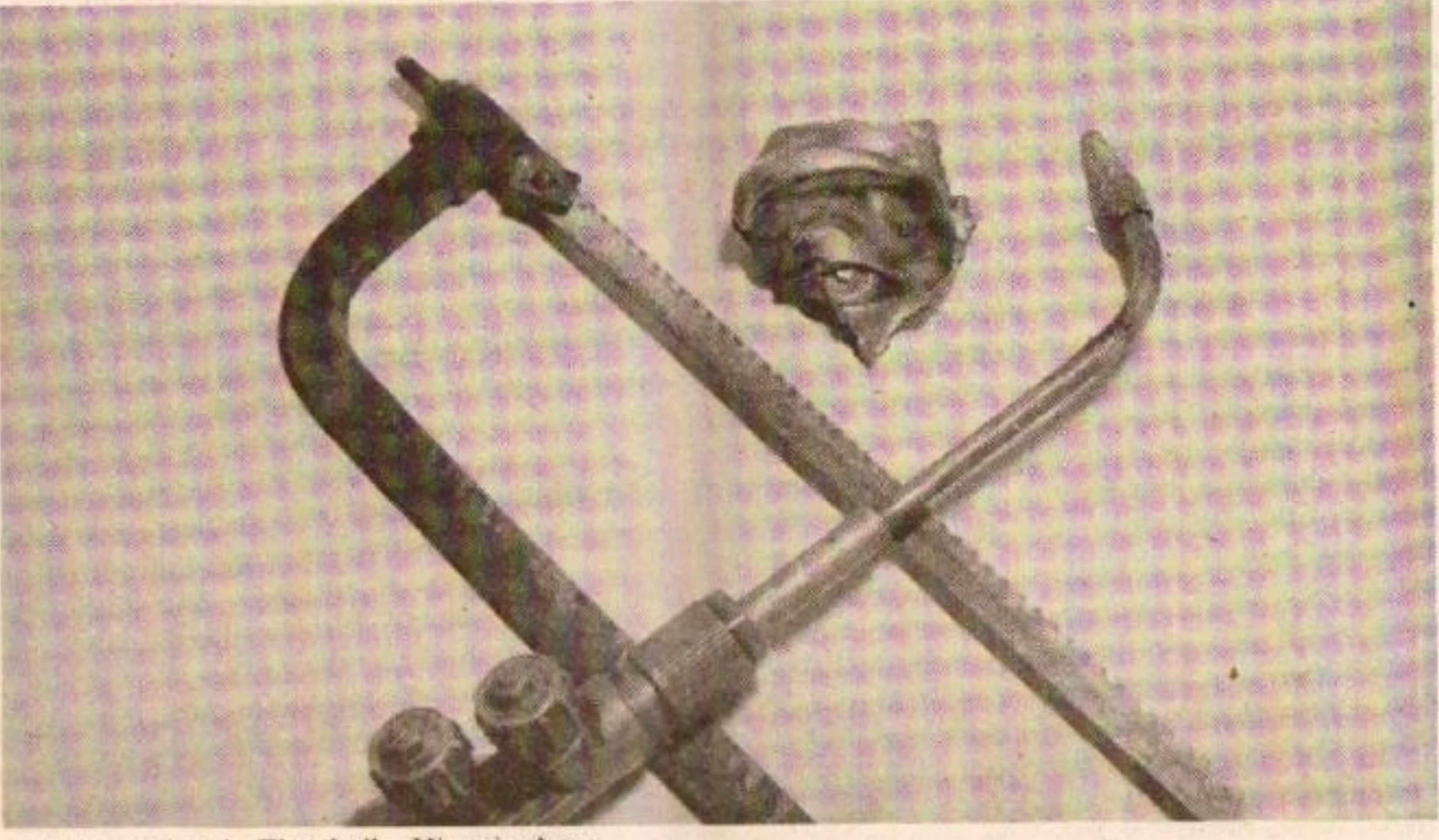
Von Melles Reise an die Westfront

Im Ersten Weltkrieg wurde von Melle Bürgermeister von Hamburg und unternahm 1917 eine Reise an die Westfront. Darüber hat er seine Reiseeindrücke zu Papier gebracht.

„Ich richtete einige Worte an das Regiment, in denen ich ihm die Anerkennung und den Dank des Senats für alles, was in diesem Krieg Rühmliches geleistet, aussprach. Nachdem ich mit einem Hoch auf den Kaiser geendet, unterhielt ich mich mit einer größeren Anzahl von Mannschaften und Offizieren, die ich nach Herkunft, Zivilberuf und anderen sie persönlich betreffenden Dingen fragte, wobei mir überall eine zuversichtliche, ja sogar freudige Stimmung entgegentrat. Es folgte dann noch die Verleihung von einer größeren Zahl von Hanseatenkreuzen, die ich einzeln als Gruß aus der Heimat überreichte, und ein tadellos ausgeführter Parademarsch. Das ganze Regiment machte nicht nur einen sehr guten Eindruck, sondern gewährte auch, sowohl, als es zuerst an dem Waldessaum aufgestellt war, wie hernach bei dem Parademarsch in den überaus kleidsamen Stahlhelmen ein prächtiges, martialisches Bild, das mich unwillkürlich an Darstellungen aus dem 30jährigen Krieg und eine vor kurzem gesehene Freilichtaufführung von Wallensteins Lager erinnerte."



Abtransport zur Säge



v. Melle, zerlegt in Einzelteile. Hier ein Auge.

„Denkt man weiter an die zerstörten Orte, an die vielen unbestellten Felder, ... und ferner an die fortgenommenen Maschinen und sonstige Metallteile aus fast allen Fabriken der besetzten Gebiete, so läßt sich schon hieran, von so vielem andren ganz abgesehen, ermessen, was ein Krieg im eigenen Lande auch bei der humansten Kriegsführung bedeutet. Wie viel Dank schulden wir doch unserem Heer und unserer Flotte, die dieses große Unglück von Deutschland fernzuhalten gewußt haben."

„Die Unterhaltung (mit dem Kronprinzen) drehte sich hauptsächlich um unsere Reise und Hamburg. Doch sprachen wir auch, anknüpfend an Brügge, über die alten Zeiten der Hansa, als noch kein Kaiser die Interessen der deutschen Kaufleute schützte wie jetzt."

Alle Zitate aus: von Melle, 30 Jahre Hamburger Wissenschaft, 1891–1919 und: von Melle, Reise an die Westfront

Inhaltsverzeichnis